



Biertäglicher Monatsschrift. In Breslau 6 Mark, Wochen-Monat. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Dingerie aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Exhibition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paketpoststellen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 106. Morgen-Ausgabe.

Achtundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Sonnabend, den 12. Februar 1887.

Die Gefahren für das Reichswahlrecht.

Wenn man die Wahlausübung der Cartellpartei liest, so ist die Rechte so harmloser Natur, als könnte sie kein Wässerchen trüben. Alles soll Spuk und Einbildung sein, die Monopolprojekte, die Vermehrung der Lebensmittel-Steuern, die Sorge vor der Einführung von Wollzöllen, die Verlängerung der Legislaturperiode, die Gefahr für das allgemeine Wahlrecht. In der That sind ja auch die Erklärungen, welche unmittelbar vor den Wahlen abgegeben wurden, bestimmt, alle möglichen Besorgnisse zu zerstreuen und die Wähler in Sicherheit zu wiegen. Allein die schönsten Wendungen und die künstlichsten Clauseln schaffen die Thatsache nicht aus der Welt, daß alle diese Pläne bestehen und sich der Verwirklichung nähern, sobald der Reichstag eine willenslose Majorität hat. Das Vertrauen ist eine schöne Tugend, aber mit Recht sagt Lothar Bucher in seinem Buche über den Parlamentarismus: „Die Alten kannten keine Bürgertugend des Vertrauens, aber wohl eine der Wachsamkeit.“ Es gibt eine doppelte Art von Vertrauen. Das Wort bedeutet eine Zuversicht, die auf dem Urtheil, und eine andere, die auf dem Gefühl beruht. Der Seemann hat Vertrauen zu seinem Schiffe. Er weiß, daß es mit Benutzung aller Erfahrung und alles Wissens gebaut ist, die aufgesammelt sind, seit der erste Kiel das Meer durchschuf. Er hat jede Planke, jeden Bolzen revidirt. Er weiß in Zahlen das dynamische Moment der Welle und die Widerstandsfähigkeit eichener Rippen. Er kennt seine Mannschaft und hat die schlechtbewährten Leute entlassen. Ein ganz anderes Vertrauen ist es, das in der Familie besteht, Thatsachen, Erfahrung tragen das Wenigste dazu bei. Aus diesem Vertrauen des Gefühls, das nur gegen bestimmte Personen und nur bei sehr nahen Verhältnissen möglich ist, haben die Theologen ihren Begriff von Vertrauen abgeschafft, zu einer Tugend oder Pflicht gemacht, was nur spontanes Erzeugnis sein kann. Die Wähler aber, welche einer ungewissen Zukunft entgegensehen, können sich für ihre Sorgen nicht mit der Forderung blinden theologischen Vertrauens abspeisen lassen, wenn dieses Vertrauen durch Thatsachen und Erfahrung Lügen gefälscht wird. Und daß dieses Vertrauen in Wahrheit ungerechtfertigt ist, wollen wir an dem Beispiel des Reichswahlrechtes erweisen.

Die Cartellkandidaten aller Orten behaupten, kein Mensch denkt daran, daß allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu befreien, „wer anders spricht, verleumdet die Regierung“. Freiherr von Leditz hat insbesondere hinzugefügt, kein Mensch werde an die Besetzung des Reichswahlrechtes denken, — wenn dasselbe nicht geradezu missbraucht werde. Allein, was ist ein Missbrauch des Wahlrechtes? Dasselbe besteht in der einfachen Beauftragung des Wählers, seine Stimme nach eigenem unbeschränkten Wahlgefallen abzugeben. Wie ist ein Missbrauch dieses Rechtes also möglich, und wer hat die Entscheidung über diesen Missbrauch? Die Erklärung des Herrn von Leditz ist daher zur Beruhigung wenig geeignet. Allein wir erinnern uns, daß eine Reihe conservativer Parteiführer ihre entschiedene Abneigung gegen das heutige Reichswahlrecht offen und unverhohlen ausgesprochen haben. Wir erinnern uns besonders, daß Herr von Minnigerode einst eine besondere Broschüre geschrieben, in welcher er das allgemeine gleiche Wahlrecht ein „Experiment nach imperialistischem Muster“ nennt, sich auf Macaulay beruft, daß, wenn das allgemeine Stimmrecht in England eingeführt werde, das Vaterland verloren sei, und endlich zu dem Schlusse gelangt,

„daß das allgemeine gleiche Wahlrecht, wie es für den Reichstag besteht, im Grunde nur eine Improvisation sei, ein Schachzug, gethan zur Verwirrung des Gegners, der aber, wenn er nicht wieder gut gemacht werde, die Partie dauernd verderben könnte. Es sei ein Stück ehemaliger Diplomatie, das unmöglich dauernd als Verfassungsparagraph verewigt werden könnte, eine Consequenz, die sich schließlich selbst negiere.“

Und, damit auch die Heiterkeit sofort zu ihrem Rechte komme, wollen wir gleich hinzufügen, zu welcher Schlussforderung der conservativen Freiherr von Minnigerode gelangt, nämlich:

„Erfas des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch das Dreiklassen-Wahlsystem, auf Grund — einer Reichsvereinigungsteuer.“

Ein anderer Führer der conservativen Partei ist Herr von Hellendorf. Dieser gab am 10. December 1885 folgende Erklärung ab: „Ja, meine Herren, ich habe gestern schon in meiner Rede mein Gehör daraus gemacht, daß ich in früheren Zeiten von dieser Stelle ausgesprochen habe, daß ich kein Freund des allgemeinen Wahlrechtes sei. Meine Herren, ich nehme gar keinen Anstand, es offen auszusprechen, daß ich den Standpunkt des Herrn Windthorst, der da sagte: „Wir wollen an dem allgemeinen Stimmrecht gar nicht röhren, es ist bei der Erschaffung des Reiches beihilftig, wir würden an dem Reiche rütteln, wenn wir jetzt das allgemeine Stimmrecht befürworten“ — ich spreche es offen aus, daß ich diesen Standpunkt nicht theilen kann.“

Wir erinnern ferner an verschiedene Anerkennungen der Kreuzzeitung. Herr von Hammerstein, der Urheber des „nationalen Cartells“, hat einst gesagt:

„Wenn die kaiserliche Botschaft ihre Erfüllung findet, wenn die realen Kräfte des christlichen Volkslebens corporatio werden zusammengesetzt sein, dann wird es Zeit sein, ein neues Wahlgebot zu machen und die corporative Gestaltung wieder zu Trägern des Wahlrechtes zu machen, wie sie es ehedem war.“

Dazu verdient Beachtung, was die Kreuz-Zeitung, das Organ desselben Herrn von Hammerstein, im Jahre 1882 schrieb:

„So lange das allgemeine geheime, direkte Wahlrecht die Stimme eines Halb-Blödsinnigen gleichwertig macht mit der eines im Staatsdienst oder im öffentlichen Leben erfahrenen und wohlverdienten Mannes, so lange die Gestaltung unserer Gesetzgebung im letzten Grunde abhängt von der unorganischen, urtheilslosen Masse, — so lange wird auch das unsittliche Treiben demagogischer Wahlhuberei, welches sich an die niedrigsten Instincte des Volkes wendet, die Oberhand behalten, böses Beispiel gute Sitten verderben und Goethe's Ausspruch von der Macht des „Niederträchtigen“ sich bewahrheiten.“

Wenn wir endlich noch gedenken, daß das preußische Herrenhaus einstmal gefordert hat, an Stelle des allgemeinen Stimmrechtes die Wahl von der Hälfte der Abgeordneten durch die höchstbesteuerten Wahlkreise zu setzen; wenn wir uns erinnern, daß der Herr Minister

von Puttkamer am 5. December 1883 erklärte, das geheime Wahlrecht führt auf eine schiefe Ebene der Moral und das preußische Ministerium besaße sich mit der ersten Erwägung, die geheime Stimmabgabe bei der Reichstagswahl abzuschaffen; wenn wir erwägen, daß nach der Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Fürst Bismarck durch ein besonderes Schreiben den Minister von Puttkamer zu dieser Rede beglückwünschte, und daß derselbe Herr von Puttkamer noch am 27. Januar 1886 erklärte, die Staatsregierung habe ihre ungünstige Meinung über das Wahlrecht nicht geändert; wenn wir endlich bedenken, daß Herr v. Rauchhaupt das heutige Wahlrecht die „Negation der Autorität“ genannt und die nationalliberalen Herren Hobrecht und Gneist sich ausdrücklich als Gegner der geheimen Abstimmung bekannt haben, so befinden wir uns leider nicht in der Lage, anzunehmen, daß Reichswahlrecht sei über jede Anfechtung erhaben und die Sorge um seine Zukunft sei Gegensternscherlei. Im Gegenthell, es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht nur erhalten werden kann, wenn die Wähler einsichtig genug sind, die Bildung einer governementalen Majorität zu verhindern. Daher, wer die Grundlage unseres politischen Lebens, wer die politische Rechtsgleichheit aller Bürger, wer sein eigenes höchstes Recht schützen will, der tritt am 21. Februar an die Urne und wählt unbirrt und unentwegt den Kandidaten der freisinnigen Partei!

dessen Anhänger „vaterlandslose Römlinge“ gescholten werden. Auch das ist Stoff zu einem Beirrbilde!

* Berlin, 11. Febr. [Tages-Chronik.] Die Kandidaten der Cartellpartei für die sechs Berliner Wahlkreise sind nun sämtlich aufgestellt, es sind dies die Herren: 1. Frhr. von Leditz-Meukirch, 2. Rechtsanwalt Wolff, 3. Oberbürgermeister Miquel, 4. Gymnasiallehrer Dr. Ewers, 5. Major z. D. Blume, 6. Fabrikant Holtz. Die „Nat.-Ztg.“ ist mit einem Theil dieser Kandidaturen sehr unzufrieden und sie gibt ihm Unruh in folgenden Worten kund: „Wir brauchen, nach unserer ganzen Stellung zu der gegenwärtigen politischen Krisis und insbesondere zur Septennatsfrage, kaum ausdrücklich zu sagen, wie lebhaft wir wünschen, daß Berlin oder doch einer und der andere Berliner Wahlkreis durch Abgeordnete vertreten würde, welche für die Militär-Vorlage stimmen. Aber wir würden der Pflicht eines Preßorgans, der in seinem Leserkreise bestehenden Auffassung Ausdruck zu geben, fehlen, wenn wir verbreiteten, daß die obige Kandidaten-Aufstellung von sehr vielen Gemäßigt-Liberalen für eine zum Theil nicht glückliche gehalten wird. Der Fortschrittspartheid ist früher mit Recht vorgeworfen worden, daß sie sehr oft ihre unbedeutendsten Leute für die Vertretung der Reichshauptstadt gerade gut genug fand. In der obigen Liste aber sind nur zwei Kandidaten, welche nach ihrer bisherigen öffentlichen Tätigkeit Anspruch auf ein Reichstagsmandat in Berlin erheben können. Wenn man beispielweise dem 2. Wahlkreis den Herrn Rechtsanwalt Wolff empfiehlt, nachdem Graf Molte abgelehnt, so hat man sich die Sache dem doch zu leicht gemacht.“

Wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, beschloß der französische Ministerrath, sich dahin zu erklären, daß, falls nach Beendigung der Budgetberatung der Antrag gestellt werde, der Berathung der Militärvorlage die Priorität einzuräumen, die Berathung der Getreidezölle die Priorität haben solle. Die französische Regierung empfiehlt also die abermalige Beratung der Berathung der Militärvorlage und documentiert dadurch, daß sie bemüht ist, jedes Moment der Beunruhigung zu beseitigen. Die „Librale Corr.“ knüpft hieran folgende Betrachtungen:

Wenn ein deutsches Blatt berätige, den friedlichen Interessen des Publikums dienende Erscheinungen verzeichnet und erläutert, so muß es sich gefallen lassen, von der Handalarufe des conservativen Wahlcartells als Geschäftsführer Frankreichs denuncirt zu werden. Wer die für die Friedensstimming zeugenden Thatsachen sammelt und vor Verdunklung schützt, entlastet Frankreich angeblich von dem Verdacht kriegerischer Angriffspläne und wältt in Deutschland zu; wer den funflosen Übertriebungen entgegentritt, die von deutschen Cartellblättern hinsichtlich des dem französischen Kriegsminister bewilligten 86 Millionen-Credits verbreitet werden, fordert die Berichtigung deutlicher „Patrioten“ heraus! Und doch sind diese Übertriebungen nichts als ein dreistes, auf Unwahrheit beruhendes Wahlmanöver. Denn die Ausgaben, welche aus dem von der französischen Kammer jetzt bewilligten Millionen bestimmt werden sollen, hat Deutschland längst gemacht. Am 19. Februar werden nach einer offiziösen Mitteilung ungefähr 250 000 Mann der deutschen Armee mit dem Gebrauch des neuen Repetiergewehres völlig vertraut sein. In Laufe des Jahres hofft man das Weiterre zu bewirken. Die zu dieser Neubewaffnung der Armee erforderlichen Mittel hat der Reichstag längst bewilligt, aber so geräuschlos, daß die Wähler davon nichts erfahren haben. Jahr für Jahr sind die Mehrforderungen im Etat, welche unter dem Titel „zur Verstärkung des Waffenmaterials“ gefordert wurden, in der Budget-Commission wie im Plenum ohne ein Wort der Erörterung bemüht worden. Jetzt, wo Frankreich, Österreich, Italien, Belgien u. s. w. Aufstehen machen, dem Beispiel der deutschen Armeeewaltung nachzufolgen, erheben die Offizieren ein lärmendes Gebrüll über beunruhigende Kriegsrücksichten! Ein anderes conservatives Blatt stellt diesen Beirücksicht der französischen Deputirtenkammer die angebliche Thatsache gegenüber, daß der Reichstag die 23 Millionen für die Militärvorlage „verneigt“ habe. Ist es eine Verweigerung, wenn die Majorität des Reichstags sich bereit erklärt, die von der Regierung geforderten Millionen, nicht 23 sondern 46, ohne Abzug zu bewilligen, nur mit dem Vorbehalt, daß nach drei Jahren eine nochmalige Prüfung der Bedürfnisfrage stattfinden solle?

Die „Nord. Allg. Ztg.“ ist glücklich dahin angelangt, die Führer des Centrums der „Irrelehr“ zu beschuldigen! Sie schließt einen Artikel mit den Worten: „Es handelt sich darum, mit vollem Gewicht den Irrelehr entgegenzutreten, welche unter den katholischen Wählern in der Centrumspresse und von den Parteidagitatoren auf Grund der Kölner Versammlung und deren Beschlüsse verbreitet werden.“

[Zur Wahlbewegung.] Abg. Rickert hat am 8. d. M. in einer dichtgedrängten Versammlung in Brandenburg a. H. gesprochen. Obgleich der socialdemokratische Kandidat Ewald und mehrere andere Socialdemokraten längere Reden hielten, wurde die Versammlung nicht aufgelöst. Am Mittwoch sprach Abg. Rickert in Rathenow in einer stark besuchten Versammlung, in welcher die Socialdemokraten sich an der Verhandlung nicht beteiligten.

In Hamburg fand dieser Tage eine Wählerversammlung der Cartellpartei statt. Wie dortige Blätter melden, richtete zum Schluß Herr Hauptmann a. D. Seelenan folgende Ansprache an die Versammlung: „Kameraden! Bei Eurem letzten Stiftungsfeste, wo ich als Euer Ehrenpräsident anwesend war, habt ihr aufs Neue das Gelübde gethan, mit Gut und Blut für das Vaterland einzutreten. Ich bin überzeugt, daß Dies nicht nur leere Phrasen waren, sondern daß ein treues Herz für das Reich und den Kaiser in Eurer Brust schlägt. Stillgestanden! Nicht Euch! Ich erwarte von Euch, daß Ihr am Tage der Wahl Mann für Mann, Schulter an Schulter an die Wahlurne geht und Eure Pflicht thut. So jetzt geht in Eure Quartiere!“

[Militärisches.] Die „Berl. Pol. Nachrichten“ schreiben: Der Oberst im Nebenamt des Großen Generalstabes und Chef der topographischen Abteilung der Landesaufnahme, Rhein, ist zum Commandeur des Infanterie-Regiments Nr. 128 ernannt worden. Die preußische Armee weist augenblicklich zwei Divisionencommandeure mit dem Range eines commandirenden Generals auf, den General der Cavallerie Prinz Heinrich von Hessen, Commandeur der Großherzoglich Hessischen (25.) Division, und den General von Nachtigall, Commandeur der 13. Division, was jedenfalls als eine etwas ungewöhnliche Erscheinung bezeichnet werden muß, die ihre Erklärung wohl darin finden dürfte, daß in den höchsten Commandostellen noch Verschiebungen beziehungsweise Veränderungen zu erwarten sind, welche mit besonderen Erwägungen persönlicher Natur in Verbindung stehen.

[Der sechste Congres für innere Medicin] findet vom 13. bis 16. April 1887 zu Wiesbaden statt. Das Präsidium desselben übernimmt Herr Leyden (Berlin). Folgende Themen sollen zur Verhandlung kommen: Mittwoch den 13. April: Die Therapie der Phthisis. Referenten: Herr Dietweiler (Falkenberg) und Herr Venoldt (Erlangen). — Donnerstag den 14. April: Über die Localisation der Gehirnkrankeiten. Referenten: Herr Nothnagel (Wien) und Herr Naunyn (Königsberg). — Freitag den 15. April: Über die Pathologie und Therapie des Keuchhustens. Referenten: Herr A. Vogel (München) und Herr Hagenbach (Basel). Ferner sind folgende Vorträge angemeldet: Herr Lichtheim

(Bern): Zur Kenntnis der perniciösen Anämie. Herr Rindfleisch (Würzburg): Zur pathologischen Anatomie der Tabes dorsalis. — Herr Universität (Jena): Ueber experimentelle Epilepsie. — Herr Mößbach (Jena): Ueber die physiologische Bedeutung der aus den Tonfillen und Zungenbaldrüsen auswandernden Leucocythen. — Derselbe: Ueber Thylurie. — Derselbe: Ueber einen Atemungsstuhl für Emphysematiker und Asthmatischer.

[Fürst von Isenburg-Birstein] hatte seine Erklärung zu Gunsten des Septembert des „Kölner Volkszg.“ zur Veröffentlichung zugeben lassen. Die „Kölner Volkszg.“ veröffentlicht nun den an den Hofmarschall des Fürsten, Frhrn. v. Der, gerichteten Brief, mit welchem ihr verantwortlicher Redakteur die Annahme der Erklärung des Fürsten abgelehnt hat. Der Brief lautet: „Um Hochwährgaben bedauere ich, daß im Auffrage Sr. Durchlaucht gütigst überhandte Anlage wieder zurückstellen zu müssen. Daß die Candidatur nicht zu Stande gekommen ist, hatten wir schon längst (31./1. Morgen-Nummer) in der verbindlichen Form festgestellt. Trotzdem würde ich die ersten, unsere Mittheilung ergänzenden Sätze mit Vergnügen abdrucken, wenn ich nicht befürchte, daß Sr. Durchlaucht hierauf sehr geringen Werth legt, desto größer aber auf die politische Erörterung. Leider muß ich offen gestehen, daß an den Abbruch der leichten in der „Kölner Volkszg.“ nur unter ganz entschiedener Verwahrung und Polemik zu denken wäre. Wozu überhaupt jetzt, mitten im Kampfe eine solche Divergenz dienen soll, vermag ich nicht abzuschließen. Ich kann mir zu meinem Bedauern nicht länger verzeihen, daß zwischen der politischen Gesamtauffassung Sr. Durchlaucht und denjenigen, welche ich mit voller Überzeugung vertrete, eine tiefe Kluft besteht. Ich halte es für eine Pflicht der Ehrlichkeit, ganz offen zu erklären, daß die von mir vertretene Zeitung nur und niemals den Tendenzen dienen wird, welche ich in der Anlage finde. Sudem ich bitte, Sr. Durchlaucht mein aufrichtigstes Bedauern auszudrücken, daß ich mich zu dieser Ablehnung genötigt sehe, verbleibe ich in Köln, 4. Februar.“ Zur sachlichen Erläuterung des von ihm eingenommenen Standpunktes fügt das Blatt dann noch hinzu: „Besonders mißfällt dem Fürsten die Stellung des Centrums zur Fortschrittspartei, der Opposition. Die Erklärung ist bezeichnend für die Auffassung eines kleinen Theils des höheren katholischen Adels, insbesondere desjenigen, der eine ziemliche Füllung mit den Hofkreisen unterhält. Ein erheblicher Theil des katholischen Hofadels hat zu Beginn des Culurkampfes die Katholiken vollständig im Stich gelassen, indem derselbe, anstatt auf Seite der Kirche zu treten, vielfach sogar an die Spitze von gewerntionalen Kundgebungen sich stellte, deren kircheneindliche Tendenz gar nicht zu erkennen war. Was wäre aus der katholischen Kirche in Preußen geworden, wenn diese staatskatholischen Elemente die Führung gewonnen hätten! Der weitauß größte Theil der katholischen Aristokratie dachte glücklicherweise anders und ließ keine Bestrebungen zum Hause rufen, um ungebunden für das Recht der Kirche einzutreten zu können. Dieser Verzicht wurde bekanntlich manchen Herren dadurch erleichtert, daß sie ihrer Staatsstellungen enthoben worden sind, so daß man heute, obwohl irgendwann die Verhältnisse in dieser Hinsicht sich einigermaßen geändert haben, auf der Suche nach katholischen Landrats-Candidaten in peinliche Verlegenheit gerathen ist. Heute gibet es keine Staats-Katholiken mehr, heute wird vielmehr von der Regierung aus streng darauf gejedem, daß sich jeder Katholik an die Weisungen und Wünsche des Papstes hält. Der Fürst zu Isenburg hat sich immer zu den kirchlichen Grundsätzen des Centrums bezoagt und thut es auch heute noch. Jeder Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Gestaltung ist erfreulicher Weise völlig ausgeschlossen; allein die Atmosphäre der Kreise, in welchen der Fürst sich bewegt, scheint den Blick derselben nach anderer Richtung hin zu trüben. Man versteht heute im katholischen Volke einfach die Leisterei nicht mehr, die noch niemals etwas genügt hat; freie, unabhängige Meinungsäußerung ist immer würdiger und schließlich auch erfolgsreicher gewesen. Die freiwillige Partei wird vom Centrum in vielerlei Hinsicht scharf bekämpft; aber soll darum das Centrum einen Bund mit den so hofflosen, jetzt im Cartellverband mit Freiconservativen und Nationalliberalen vereinigten Conservativen schließen? Die freiwillige Partei hat jedenfalls immer den Mut einer eigenen Überzeugung gehabt und in der Wahrung der politischen Freiheit unentzweybar Verdienst sich erworben. Ohne politische Freiheit giebt es im Grunde genommen auch keine religiöse; die eine wird mit der anderen aufrecht erhalten, und damit erledigen sich auch die Bedenken des Fürsten Isenburg gegen das zeitweilige Zusammenschließen des Centrums mit der freiwilligen Partei. In der Hoffnung wird leicht vergessen, wie mühsam politische Rechte erkämpft und seitgehalten werden. Bei den Conservativen waren sie zweitelles schlecht ausgehoben. Nach den Erfahrungen der letzten sechs Jahren sollte man meinen, könnte Niemand mehr darüber zweitelles sein.“

* Berlin, 11. Februar. [Berliner Neuigkeiten.] Der neunte Balneologen-Congress wird am 12. und 13. März in Berlin im Hörsaal des pharmakologischen Instituts tagen. Unter den zur Verhandlung kommenden Gegenständen befinden sich auch die Hygiene in den Kurorten und die Ausgaben der meteorologischen Disciplin für die Balneo-therapie.

Im Schauspielhause versagte gestern Abend während der Vorstellung plötzlich das elektrische Licht, so daß eine unscheinbare Pause eintrat. Herr Regisseur Krause meldete dem Publikum, daß die unterbrochene Vorstellung alsbald bei Gaslicht fortgesetzt werden würde, was

dann auch geschah. Dazu schreibt die Gesellschaft Städtische Elektricitätswerke: „Das Unbrauchbarwerden einer der Sicherheits-Schaltungen, welche die Unterbrechung der elektrischen Anlagen verhindern soll, hat den Strom auf der Bühne unterbrochen, während alle übrigen Räume erleuchtet blieben. Es mußte deshalb der zweite Act mit einer Nottheilbeleuchtung gegeben werden. Nachdem wir die Ursache der Störung bestätigt hatten, konnte die Beleuchtung auf der Bühne in gewohnter Weise stattfinden. Es sind Anordnungen getroffen, welche derartige Vorfälle in Zukunft verhindern.“ Diese Erklärung ist nur teilweise befriedigend. Es hätten die Anordnungen, welche für die Zukunft derartige Vorfälle verhindern so getroffen sein müssen, daß sie auch jetzt schon wirksam waren. Gerade in Theatern kann das Versagen der Beleuchtung unter Umständen eine Panik hervorrufen, deren Folgen gar nicht abschätzbar sind.

Ö ster reich - Ung arn.

x. Wien, 10. Februar. [Zwiespalt im deutschen Club.] Als ob es nicht schon schlimm genug wäre, daß die deutschliberale Opposition unseres Abgeordnetenhauses sich in zwei Fraktionen gespalten hat, droht nun auch ein seit Langem gährender Zwiespalt im Schoße des deutschen Clubs zum offenen Ausbruch zu kommen. Seit Langem ist es bekannt, daß eine Anzahl von Mitgliedern dieses Clubs, die sich zumeist aus Steiermark und Kärnten recruierten, sich stark zu Herrn von Schönnerer hingezogen fühlt, während das Gros des Clubs, insbesondere die Deutsch-Böhmen, wiewohl auch unter diesen nicht wenige antisemitisch angekränkt sind, sich mit gutem Grund scheut, antisemitische Tendenzen an den Tag zu legen. Eine concrete Frage hat den bestehenden Gegensatz in den jüngsten Tagen eine acutere Gestalt annehmen lassen. Es handelt sich um die Unterzeichnung einer von Schönnerer und Genossen projectirte Petition um Erlassung eines Gesetzes zur Verhütung der Einwanderung ausländischer Juden. Die antisemitisch gesinnten Clubmitglieder brachten nun diese Petition im Club zur Diskussion. Über den Verlauf derselben verlautete nichts Verlässliches, da man sich Geheimhaltung gelobt hatte. So viel wurde jedoch als Resultat der Discussion bekannt, daß die Unterzeichnung der Anti-Judeeinwanderungs-Petition den einzelnen Mitgliedern freigestellt ward. Neben dieser Angelegenheit bildete eine zweite ihr nahe verwandte den Gegenstand heftiger Clubdebatten. Der Chefredakteur des hiesigen erklärt Parteorgans des deutschen Clubs ist ein sehr tüchtiger und ehrenhafter Journalist. Der Umstand aber, daß er ein Jude war, ist der antisemitisch gesinnten Gruppe seit Langem ein Dorn im Auge, und sie haben wiederholt krampfhafte Anstrengungen gemacht, um den betreffenden Chefredakteur zu beseitigen. Einen heftigeren Sturmlauf wie je zuvor unternommen die Herren in der verflossenen Woche, allein ihre Anstrengungen waren diesmal ebenso vergeblich, wie die früheren Male. Dies hinderte indessen nicht, daß der Abg. Dr. Foregger — einer der steierschen Antisemiten — als er vor einigen Tagen die von ihm eingebrochenen Präreformanträge (welche nebst vielem Guten auch eine Reihe der unsinnigsten und unausführbarsten Bestimmungen enthalten) begründete, sich in Aussfällen gegen die Juden erging und sogar ganz in Schönnerer'scher Manier das „jüdische Volk“ in einen directen Gegensatz zu dem „frei geborenen deutschen“ brachte. Ob diese Neuherzung, die im Hause ganz unbeachtet blieb, weil Herr Foregger vor leeren Wänden sprach, die Ursache einer neuerlichen Controverse im Club gebildet hat, ist nicht bekannt geworden. Aber heute Morgen brachten einige Journale ein Grazer Telegramm, in welchem der deutsche Club als in voller Auflösung begriffen geschildert wird. Eine Gruppe unter Führung der Abg. Darshatta, Aupperer und Steinwender, so heißt es in diesem Telegramm, werde austreten und der Rest unter der Führung Pickerts und Weitloß sich dem deutsch-österreichischen Club anschließen. Nach den Informationen, die ich einholte, ist diese Meldung in hohem Grade übertrieben. Von einer Auflösung des deutschen Clubs ist keine Rede. Daß die oben genannten Abgeordneten und mit ihnen noch vier oder sechs andere austreten werden, ist möglich, wenn auch nicht gewiß. Es wird dies davon abhängen, ob ihnen von der Majorität des Clubs irgend welche Concessionen gemacht werden. Aber ihr Austritt würde keineswegs den Anschluß der anderen Clubmitglieder an den deutsch-österreichischen Club zur Folge haben. Der deutsche Club besteht dermalen aus 46 Mitgliedern; treten selbst 10 aus, bleibt er noch stark genug, um eine eigene Fraction zu bilden. Damit soll freilich nicht

gesagt sein, daß ein Anschluß an die Deutsch-Oesterreicher im Interesse der gesammten deutsch-liberalen Opposition nicht vorzuziehen wäre. Budapest, 10. Febr. [Der Rücktritt d. Finanzministers.] In parlamentarischen Kreisen verlautete Abend, daß der Ministerpräsident sich am Sonnabend nach Wien begeben werde, um dem Kaiser Vorschläge über Personalveränderungen zu erstatten und den gemeinsamen Conferenzen wegen Einberufung der Delegationen anzuhören. Tisza beabsichtigt, der Krone vorzuschlagen, die Demission Szapary anzunehmen, dessen Enthaltung Dienstag amtlich verlaubt werden soll. Im letzten Augenblick entschloß sich Tisza, dem Drängen seiner Freunde und anderer Faktoren nachgebend, die provisorische Leitung des Finanzministeriums, die er seinem Collegen Baróz zugeschrieben hatte, selbst zu übernehmen, und da er außer Stande ist, drei Portefeuilles zu versehen, die provisorische Leitung des Ministeriums des Innern dem Minister Baron Orczy zu übertragen. In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß Tisza die Finanzen später definitiv behalten und das Ressort des Innern, welches er durch 12 Jahre innegehabt, einer hervorragenden parlamentarischen Kraft übergeben werde. Ferner gilt die signalisierte Ernennung des Ministerialraths Becker zum Staatssekretär des Finanzministeriums als unmittelbar bevorstehend, wogegen Staatssekretär Dr. Röfinger, der auch Regierungs-Commissär bei der österr.-ungar. Bank ist, in Pension tritt. In politischen und Finanzkreisen macht es einen sehr beruhigenden Eindruck, daß Tisza die Finanzen übernimmt. Graf Szapary war noch in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses anwesend, nahm jedoch nicht mehr seinen Platz ein. Es heißt, daß er sich nach Ablauf der Session ins Oberhaus zurückziehen wolle.

G roß britann i en.

* London, 9. Febr. [Im Unterhause] bezeichnet Northcote, der Chef der Beughäuser, in Beantwortung einer Interpellation Hunter's, die Meldung, daß einer deutschen Firma eine Bestellung auf 500.000 Patronen für Queenland gegeben worden, als unbegründet. Der Auftrag sei einer renommierten englischen Firma zu Theil geworden. Ritchie, der Vice-Präsident des geheimen Rates, informirt Coghill, es tage in London gegenwärtig ein Misschung, welcher prüfen solle, ob es wünschenswert sei, in London ein Institut nach dem Vorbilde des von Dr. Pasteur in Paris gegründeten zur Behandlung von Personen, die von tollen Hunden gebissen worden sind, herzustellen. Hierauf wird die Debatte über den Antrag Barnell's zur Adresse fortgesetzt. Zuerst ergreift John Morley, der im letzten Cabinet Gladstone Obersekretär für Irland war, das Wort zu Gunsten des Antrags. Er behauptet, die Politik der gegenwärtigen Regierung föge kein Vertrauen in Irland ein, selbst nicht unter ihren Abhängern. Die Regierung leistete der Bill Barnell's Widerstand aus dem doppelten Grunde, daß die Preise der Alterzeugnisse nicht gefunden und daß die Land-Commissäre bei Feststellung der gerichtlichen Sachen einen etwaigen Fall der Preise berücksichtigen müßten. Dennoch lasse es sich nicht leugnen, daß die armen Bäcker Irlands unter wirklichen Nöten leiden, und wo dies der Fall sei, ohne daß legale Heilmittel geboten würden, nehme, wie die Weltgesichte lehrt, die Bevölkerung stets ihre Zuflucht zu ungezüglichen, vielleicht gar verbrecherischen Methoden der Abhilfe. Gleichwohl herrichten keine anarchistischen Zustände in Irland; das räume die Regierung selber ein. Redner bestreitet, daß der „Feldzugplan“ die sociale Ordnung in Irland umstöze. Was man auch über den Plan sagen könne, so sei er sicher Geheimbünden und Mörderclubs vorzuziehen. Der Plan sei auf alle Fälle nicht unsittlicher, ungerechter und unpatriotischer als die Härte mancher Grundsätze gegen ihre Bäcker. Nach einer abfälligen Kritik der Vorschläge Lord Hartingtons zur Abhilfe des agrarischen Notstandes in Irland, erinnert Worten die Regierung, dem irischen Volk die Kontrolle über ihre localen Angelegenheiten einzuräumen, wie dies Lord R. Churchill in voriger Sitzung namens der Regierung versprochen hatte. Das „bleierne Gewölfe“ schließt er, daß die Beratungen des Parlaments verbürtigter werde sich erst verzögern, nachdem das Parlament solche Reformen des Gesetzes und des Regierungssystems in Irland bewilligt, wie sie den Bedürfnissen entsprechen und das Vertrauen des irischen Volkes sichern würde. Von dieser Überzeugung durchdrungen, werde er für den Antrag stimmen.

B elgi e n.

a. Brüssel, 9. Februar. [Die militärischen Rüstungen Belgiens. — Die militärischen Kammerverhandlungen. — Im belgischen Senat. — Ruhestörungen in Gent.] Die gestrige Kammeröffnung muß als eine der bedeutamsten der Session angesehen werden. Die allgemein erwartete Erklärung des Ministeriums über die politische Lage blieb allerdings aus. Die Verhandlungen, welche das Ministerium über die Sicherung der Neu-

Eine Inventurplauderei.

Die ersten sechs Wochen des Jahres sind die Zeit der Inventuren.

In diesem Augenblicke noch sitzen Hunderttausende von Buchhaltern über die Conto-Correnten gebeugt und schreiben aus den neben ihnen liegenden dicken Hauptbüchern Ziffern über Ziffern in die blau und rot linirten Bogen und rechnen Zinszahlen zusammen und addiren und subtrahiren und tragen zuletzt mit schönster Kundschrift ein Saldo vor — Valuta 1. Januar 1887. Gustav Freytag muß alle Dichter der Welt überdauern: denn wenn der lezte Dachziegel des zukünftigen Reichstagsgebäudes verwittert sein wird, wird man in irgend einem heute noch unerfindlichen Volapük Rechnung führen — im Diesseits und Jenseits — über das „Soll und Haben“. Hunderttausende Commiss und Lagerhalter siehen heute noch auf den zugigen Holzplätzen, Eisenmagazinen, Getreidespeichern, Fabrikböden, in den feuchten Wein- und Dörfkellern mit dem Notizbuch in der Hand und lassen messen und wägen und schäzen und holen sich, außer ihrer Kenntnis von dem Inventar der Waarenbestände, bei dieser Gelegenheit einen bis zum Eintritt des Frühjahrs vorhaltenden Kataarch — was der Jurist das beneficium inventarii zu nennen pflegt. Es gibt ja viele Geschäfte, welche ihre Abschlüsse in irgend welchem anderen Monat vornehmen, wo es ein bisschen wärmer ist und weder der Karneval noch die Eisbahn auf die Mitarbeiter einen so zerstreuen Reiz ausüben. Es gibt ja zahlreiche Genossenschaften, welche ihre verehrlichen Actionäre alle Jahre in den April schicken — Pardon, ich meinte in den April hinein mit der Veröffentlichung ihrer Bilanzen warten lassen: aber das ist immer nicht das Gros. Selbst die Mutter Erde, die doch unbestritten eine tüchtige Geschäftsfrau ist, da sie in ihren Tiefen Kohlen und Edelsteine, in ihren Meeren Perlen und Korallen und unter ihrer Oberfläche eingesetzte Keime zu wertvoller Vegetation veredelt, hält ihre Inventur in diesen Wintertagen, obwohl diese manchmal bis in den März hinein nicht ganz vollendet wird. Um sich bei dieser schwierigen Aufnahme nicht tönen zu lassen und sich bei den Billiarden Embryonen nicht zu verzählen, zieht sie, wie die Berliner Geschäftsläden während der Kirchzeit, einen großen weißen Schleier über Land und Wasser und arbeitet dann, unbelästigt von neugierigen Blicken, Wochentags und Sonntags still fort an ihrer dem lieben Gott vorzulegenden Bilanz. Ich gäbe gleich was drum, wenn ich da einmal einen kleinen Einblick bekommen könnte.

Dass der um einige Wochen sich dehnende Januar auch wirklich der richtige Inventurmonat ist, geht schon aus der allgemeinen Feier des Sylvester-Abends hervor. Da weiß nämlich noch Niemand, wie er sieht, und darum ist man so lustig, weil man das unbestimmte Gefühl hat, nach der Inventur wird der Punsch nicht mehr so gu-

schenken. Denn wie auch jemand im landläufigen Sinne des Wortes im verflossenen Jahre vorwärts gekommen ist, nach einer Rückwendung ist er doch rückwärts gegangen, infofern nämlich, als er seinem Ende wieder ein Stück näher gerückt ist. Und das ist ja das Tragische, daß man in diesem Gebirge, welches man Leben nennt, einschläft, um nach seinem Gipfel zu gelangen, der doch nichts weiter ist als das Alstöhren, und daß man diese Wanderung mit einer Eile und einem Eilan betreibt, als hätte man etwas zu versäumen. Die Jugend vollends nimmt, sozusagen, immer drei Stufen auf einmal. Im späteren Mittelalter, um die Zeit, in der der unsereins sich befindet, so etwa Besperrunde 4 Uhr Nachmittags, schreitet man etwas langsamer, und der Greis möchte am liebsten auf jeden Schritt vor immer zwei zurückgehen, um nicht allzu früh am Ziele anzukommen. Das einzige Glück ist, daß man, wie in jedem coupierten Terrain, die zu erklimmende Spitze sehr selten zu sehen bekommt, daß Vorberge und Schluchten, Felsen und Wälder unseren ganzen Horizont begrenzen, der Wanderung mit all' den Fern- und Rundsichten ihren ewig aufregenden Reiz verleihen und daß die meisten so begnadet sind, jene erst in dem Momente vor Augen zu bekommen, wenn sich seine Augen für immer schließen.

Doch diese Wanderung hat mich zu weit abgeführt, und der verehrte Leser muß sich nun fast atemlos laufen, um mit von „dem Gipfel des Todes“, den er doch gar nicht sehen wollte, nach meinem Stübchen zu folgen, das er vielleicht auch nicht sehen will, das aber wenigstens ziemlich lebendig ist. Außer der Flamme, die im Ofen lodert, meiner Frau, die mir einen Bezug abstatte, meinem Canarienvögelchen, das mir seit einiger Zeit contractbrüchig geworden ist, indem es bissig ist, aber nicht singt, wird die Wand von den Bildern einiger guten Freunde, darunter Mozart und Beethoven, belebt, und blickt mich vom Aufsatz meines Büros der mir trotz polychromer Ausstellung noch immer sehr lieb, schneeweise Hermes vertraulich an, dessen fehlende Arme ich übrigens durch ein geschmackloses Arrangement von Plüscharten künstlerisch zu verdecken mich bemüht habe. An diesem Secretär also will ich auch Inventur machen, wie jeder „ordentliche Kaufmann“, obwohl ich kein „Kaufmann“ und nicht „ordentlich“ bin. Wenigstens behauptet dies meine Frau, und in der That könnte ich etwas mehr Ordnungssinn brauchen, da ich den Anspruch erheben darf, der größte „Verleger“ von Deutschland zu sein, indem ich in jeder Stunde des Tages mindestens zwei Bücher zu „verlegen“ pflege.

Trotzdem aber will ich ordnungsgemäß vorgehen und habe nach dem Geseze zunächst meine „Grundstücke“ zu verzeichnen. Ach du lieber Gott! „Einst spielt' ich mit Scepter und Krone.“ Nun sind auch die zehn Häuser in der Potsdamerstraße, welche ich bei der letzten Volkszählung in meiner Eigenschaft als Distrikts-Commissär

mein nennen durste, nicht mehr mein. „Alles ist weg.“ Mein einziger Immobilienbesitz sind die „Lufthöfe“, die ich mir jeden Morgen von Neuem errichte, welche aber kein Capitalist selbst bis zur Hälfte der Feuertaxe beilehnen mag, „die Pläne“ zu Theatertümern, Romanen und Humoresken, zu deren Aufarbeitung ein Menschenalter nicht ausreicht — es ist ein reines Glück für die Welt, daß immer nur ein Keim von Tausenden zur Entwicklung kommt — „das Terrain“, welches man sich in dem Herzen seiner Freunde und Freundinnen erworben — unverzähbar für den glücklichen Besitzer — aber weder zur Bebauung, noch als Acker, nicht einmal für Weide land zu verpachten, und endlich „mein Consorial-Antheil“ an der großen, schönen Welt, von welchem ich ja um so ungestört erfreut habe, als ich auf Grund desselben nicht eingeschäfft werde. Nach allem falle ich getrost aus „Grundstücke: keine!“

Nun kommt „das baare Geld“. Ich bin viel zu discret, um solche Interna in die Bilanz zu stellen. Ist etwas vorräthig, lieber Leser, glaube mir, es bleibt nicht lange an der Scholle haften. — Das Gold ist rund und muß sich dreh'n. Merkwürdigerweise drehen sich auch die Reichsbanknoten, obwohl sie nicht rund, sondern vierseitig sind. Das ist auch eine Lösung der Quadratur des Kreises. Das „das Gold nur eine Chimäre“ sei, kann ich nicht unbedingt zugeben; daß aber „Reichtum allein glücklich macht“, will mir noch weniger einleuchten. Ich kannte einen Mann von einer halben Million, der erschien immer mißmutig und traurig. Dann kannte ich einen, der nur 450.000 Mark besaß — der immer lustig und gute Dinge war. Wir Männer und Frauen von der Feder haben größtenheils auch ein federleichtes Portemonnaie. Ich glaube kaum, daß der Erfinder der feuerfesten Geldschränke ausschließlich den Stand der Literaten als Kunden im Auge gehabt hat; aber so wie es früher war, wo alle Mansardenbüchsen von Dichtern bewohnt galten, ist es doch heute auch nicht mehr. Von den hohen Wohnungen kam auch damals der hohe Schwung der Begeisterung. Wenn jene Trauervögel Recht haben, die in allen Tonarten den Niedergang der deutschen Literatur bejammern, so mag das mit dem Niedergang der Poeten aus dem fünften nach dem unteren Stockwerken in Zusammenhang stehen; was wird aus ihnen werden, wenn sie einmal bis in die Keller heruntersteigen?

Darauf folgen „Forderungen und Schulden“. Passons! sagt der Franzose mit einer graciösen Handbewegung. Eilen wir zu der nächsten Position!

Im „Mobilier“ hat sich seit der letzten Inventur wenig verändert, nur bemerkte ich mit Bestürzung, daß unsere vor achtzehn Jahren gemeinsam besorgte Einrichtung — o alte Brautstandsherrlichkeit — nachdem sie jedes Lustzum einen anderen Stil miterlebt hat, bereits wieder Spuren einer gewissen Modernität zeigt. Noch

traliat Belgens mit der englischen Regierung geknüpft hat, sind aber noch nicht abgeschlossen und man darf gespart darauf sein, ob die englische Regierung die Ziele Belgens, wie sie das „Brüsseler Journal“ angibt, erfüllen wird. Darnach soll England wie 1870 die Neutralität Belgien sichern und die belgische Armee, gestützt auf die Festungen des Landes, eine weitere Stütze — in der englischen Armee und Flotte finden, so daß „keine“ Macht den Einbruch wagt.

— In der Kammeröffnung brachte der Finanzminister ein Gesetz ein, das für 1887 49 381 896 Francs außerordentliche Credits fordert, davon für das Kriegsministerium 19 573 836 Francs, und zwar für die bessere Bewaffnung der Infanterie und für die Verbesserungen und vervollständigungen der Forts bei Lüttich und Namur; für 1887 fordert der Minister diese 19½ Millionen als ein Drittel der erforderlichen Summe; die ganze Ausgabe beträgt ca. 60 Millionen Francs. Zur Verhügung der Rechte stieg der Minister hinzu, daß dazu keine Erhöhung des Effectivbestandes der Armee erforderlich sei — obwohl alle Militärs das Gegenteil als unabdingbar fordern; auch sei der Staat in der Lage, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Es wird, wie nebenbei bemerkt sein mag, schon mit einem Bankconsortium über die Aufnahme einer 3½ prozentigen Anleihe verhandelt. Schweigend hörte die Kammer diese Erklärungen mit an. Als aber die Reihenfolge der von der Kammer nach dem Abschluß der Budgetberatung zu prüfenden Gesetze festgestellt werden sollte, brach der Sturm los. Wie ein Mann trat die Rechte für die Eingangszölle auf Bier und Fleisch ein; die Linke nicht minder für die Verhügung des Dultmont'schen Militärgesetzes behufs Einführung des persönlichen Militärdienstes. Die Redner der Linken beschworen die Rechte, patriotisch zu sein, die Parteiinteressen schweigen zu lassen und die Frage im Sinne der gleichen Pflicht für Alle zu lösen. Die Regierung zeigte sich geradezu läßig. Der Finanzminister überließ die Entscheidung dem Hause. Die Rechte war entschieden dagegen; vor Allem wollte sie die Bierzölle einheimfen, aber von persönlicher Dienstpflicht wollte sie nichts hören; nicht einer ihrer Redner trat dafür ein. Schließlich wurde die vorherige Beratung der Bierzölle mit 56 gegen 42 Stimmen beschlossen. Die Minister enthielten sich der Abstimmung. Daz an die Beseitigung der Siellvertretung in der Armee in dieser Kammer nicht zu denken, unterliegt keinem Zweifel mehr.

Große Heiterkeit erregte der Brüsseler Deputierte Somzée, der schleunigst zum Schutze der Wegeübergänge und Brückenkopfe einige hundert Mitrailleur anzuflauen beantragte. — Auch im Senat sind zwei Vorgänge erwähnenswerth. Es wurde festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien nicht sehr freundliche sind. Erstes zieht die Söhne von Belgien, die in Frankreich geboren sind, zur Militärschaft heran. Belgien protestiert ohne Erfolg; die französische Regierung würdigte schließlich die belgischen Noten keiner Antwort. Trotzdem will man weiter verhandeln. Ferner ergab sich aus den Mitteilungen des Finanzministers, daß er trotz aller Warnungen in der Münzfrage nichts vorbereitet hat. Kommt es zum Bruch der Münz-Union, so verliert Belgien 40 Millionen Francs und hat 400 Millionen Silbergeld im Umlauf. Der Minister tröstete den Senat, daß die anderen Staaten auch nichts thun, und es Frankreich noch viel schlimmer gehen werde. Ein trüber Trost. — In Folge der Aufhebungen der Militärschaft durch die Versammlungen des Genter Vorort kam es gestern bei den Ausloosungen zum Militärdienst in Gent zu groben Auseinandersetzungen. Polizei und Arbeiter wurden handgemein; zwei Polizisten wurden schwer verwundet. Nachdem die Unruhen über eine Stunde gedauert, — Tausende umlagerten das Rathaus — wurde erst durch zahlreiche Verhaftungen die Ruhe wieder hergestellt.

Provinzial-Beitung.

Zur Berechtigungsfrage der Oberrealschulen.

Unter den Petitionen, welche demnächst dem Landtag zugehen werden, ist diejenige der preußischen Oberrealschuldirektoren, welche um Erhaltung der den Oberrealschulen bisher gewährten Berechtigungen bittet, jedenfalls eine der wichtigsten. In dem-

einen paar Übergangsstile, und unser altes Gerümpel wandert als eine Meister-Collection aus dem Jahre 1868 in das Kunstmuseum. Ich hege nur die Befürchtung, daß an diesem großen Tage nicht mehr viel von diesen Prachtstücken zu haben sein wird. Denn wie sich der Mensch durch den Stoßwechsel alle paar Monate von Kopf bis zur Zunge erneuert, so wird auch in einer Wirtschaft unaufhörlich, aber stetig, ausgeschieden und ersetzt, bis von dem Ursprünglichen nicht ein Spahn mehr übrig ist. In diesem Jahre wurden drei Rohrstrümpfe, deren Gesicht ich beim Aufziehen der Uhren zerissen habe, erneuert. Ein anderes halbes Dutzend erfordert dringend eiserner Strümpfe, nachdem ein guter Freund des Hauses, eine ungewöhnlich gewichtige Person, die zierlichen Lehnen sämlich durchbrochen hat. Wenn er in seinem Leben so viel durchgesetzt, als er bereits durchgesessen hat, wird er es sehr weit bringen. Außerdem wurde ein kleines Büchergeschäft durch ein aus Faust's Studizimmer verschriebenes, „bis ans hohe Gewölb hinauf“ reichendes Depositorium erzeugt. Ich habe eigentlich gar nicht so viel Bücher, um diese Neuanschaffung zu rechtfertigen, aber meine Frau behauptet, so lange man nicht so ein schwarzes Riesengesäß besitzt, könne man keinen Anspruch auf den Titel eines Schriftstellers machen, und so habe ich mich denn aus diesen zwingenden Gründen darein ergeben. Endlich haben wir ein altes Canapé durch eines jener furchtbaren praktischen Patent-Universal-Sophas ersetzt, welche mittels kleiner Schrauben zu Fauteuils, Betten, Chaiselongues, Spinden, Speisezimmers und Harmoniums zu verwandeln sind. — Es ist dies Unikum das kostbarste Stück der Sammlung.

Auch die Garderobe hat einen Zugang und einen Abgang erfahren. Ich führe zu meinem Kleiderspind einen stets à jour gehaltenen Katalog, auf welche Einrichtung ich sehr stolz bin, und, wenn nicht ein ganz besonderes Verhängnis vorwaltet, bin ich im Stande, jede Weste oder jedes Jaquet in der Zeit herauszufinden, die für das Aufinden eines Buches aus der königlichen Bibliothek erforderlich ist. Für die austrangirten Stücke habe ich stets gute Kunden, welche so liebenswürdig sind, dieselben willig als neu zu übernehmen. Nur mit zwei Artikeln bin ich in einer steten Verlegenheit, indem mir für dieselben ein Absatz fehlt und sie sich in bedrohlicher Menge von Jahr zu Jahr aufhäufen: das sind die weißen Handschuhe und die weißen Schlüsse. Ich würde es für eine bittere Ironie halten, einem Bedürftigen ein paar Ballhandschuhe oder eine feierliche Cravate zu schenken, und so warten diese Schneeblüthen winterlicher Gesellschaft auf eine heut noch ungeahnte Massen-Verwertung.

Das schwierigste Problem ist die Aufnahme der Scripturen. Da liegen zunächst die eigenen halbfertigen, ganz fertigen, die viel oder wenig gereiften Manuscrits — ich versende sie in der Regel als

selben Sinne sind Petitionen von Magistraten, u. a. auch von dem Magistrat in Breslau, an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden.

Es wird uns darüber geschrieben:

Die fraglichen Berechtigungen sind von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten durch die „Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Bau- und Maschinenfach vom 6. Juli 1886“ insofern wesentlich verkürzt worden, als die Zulassung zu diesen Prüfungen von dem Besitz eines Zeugnisses der Reife von einem Gymnasium oder einem Realgymnasium abhängig gemacht wird. Diese Berechtigungen waren früher auch den Oberrealschulen eingeräumt, sollen aber nach den neuesten Bestimmungen nur noch für diejenigen Abiturienten dieser Anstalten in Kraft bleiben, welche sich ihr Reifezeugnis vor Ende des Jahres 1889 erworben haben. Nach dieser Zeit vermögen die Oberrealschul-Abiturienten nur dadurch zu demselben Ziele zu gelangen, daß sie sich einer Nachprüfung im Lateinischen unterwerfen, wodurch ihnen alle Berechtigungen der Realgymnasial-Abiturienten verliehen werden.

Die neuen Bestimmungen müssen umso mehr überraschen, als der Herr Minister hierdurch die von ihm selbst erst unter dem 1. November 1878 erlassene und eingehend begründete Verordnung aufhob, durch welche den Abiturienten der Oberrealschulen jene Berechtigungen ausdrücklich erhoben worden waren, eine Verordnung übrigens, von der er in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 21. Januar 1879 durch seinen Commissar hatte erklären lassen, daß sie nur auf Grund der „wiederholtesten und reiflichsten Erwägungen“ erlassen worden sei.

Zudem hat der Herr Minister für die Aufhebung der Verordnung vom 1. November 1878 Gründe nicht angeführt, und es ist insbesondere nirgends behauptet oder auch nur angedeutet worden, daß die Oberrealschulen den gehegten Erwartungen nicht entsprochen hätten, so daß angenommen werden muß, er habe nur dem Drängen der wiederholt von gegnerischer Seite betriebenen Agitation auf die Dauer nicht widerstanden.

Es ist dies um so mehr zu bedauern, als sich das Abgeordnetenhaus mit der Erhebung der nunmehr den Oberrealschulen entzogenen Berechtigungen im Jahre 1879 ausdrücklich einverstanden erklärt hat, indem es beschloß, über zwei Petitionen einer großen Anzahl von Staatsbeamten um Aufhebung dieser Berechtigungen zur Tagesordnung überzugehen. — Auch der aus mehr als 3000 Mitgliedern bestehende Verein deutscher Ingenieure stimmte auf seiner im August 1886 zu Coblenz abgehaltenen Hauptversammlung durchaus nicht der Berechtigungsentziehung zu und beschloß, den einzelnen deutschen Landesregierungen hieron Kenntniß zu geben. Da dieser große, mit den wissenschaftlichen Anforderungen auf technischem Gebiete gewiß wohlvertraute Verein ist der Ansicht, daß der Nutzen, welcher aus dem sprachlichen Unterricht für die allgemeine Verstandesbildung gewonnen werden kann, aus dem Studium und der Übung der neuen Sprachen ebensoviel wie aus demjenigen der alten zu erzielen sei, und es hält derselbe eine Schulbildung auf Grundlage der neuen Sprachen, der Mathematik und der Naturwissenschaften nicht allein der sogenannten humanistischen für völlig ebenbürtig, sondern auch für die Studirenden der technischen Hochschulen, welche sich der Industrie, also dem Maschinenbau, den chemischen Gewerben, dem Bau-, Berg- und Hüttenschule widmen wollen, für zweckmäßiger.

Ähnliche Ansichten herrschen auch in anderen europäischen Culturstaaten, z. B. in Frankreich. Obschon die dort vorhandenen Realanstalten, mit neunjähriger Lehrdauer, ausdrücklich die Pflege des Lateinischen und Griechischen vom Lehrplane ausschließen und in denselben dafür zwei fremde lebende Sprachen aufgenommen haben, gewähren sie doch die Berechtigung der Zulassung zu dem Studium auf der polytechnischen Schule und der Fortakademie in gleichem Maße wie die dortigen Gymnasiasten und mit gleichem rechtlichem Gefolge für die Staatsämter; ebenso gewähren sie die Zulassung zum Apothekerberufe und zu allen Verwaltungsbüroen, insbesondere zum Post- und Telegraphendienst, und hierin sogar mit einem Vorzug vor den Gymnasialabiturienten. In Österreich, welches eine große Anzahl von Oberrealschulen besitzt, werden die Abiturienten

„Muster ohne Werth“ — die dramatischen Jugend- und Alterstümde, welche von ihren Wanderungen einen Odour der verschiedenartigsten Directions-Cigaren und von ihrem Lager einen verdächtigen Kellergeruch angenommen haben. Wie soll ich sie abschaffen? Sie sind unschäubar: selbst der südligste Einschätzungs-Commissar steht ihnen gegenüber rathlos.

Dann aber kommt die Aufnahme „der Briefe“, und hierbleibe ich in der Arbeit sitzen. Es gibt praktische Menschen, welche jeden eingehenden Brief, nachdem er gelesen oder beantwortet, dem Papierkorb oder Kaminfeuer — das letztere ein bei den dramatischen Autoren sehr beliebter Moment — übergeben; ich bringe das nicht fertig. Es ist mir zu Muthe, als tödete ich eine Seele, als würde ich den Briefschreiber selbst in die Flammen. Es wächst auf diese Weise Jahr um Jahr ein wahres Korallenrifff wohlregistrierter Briefschaften zusammen, das in eine Kiste gezwängt wird, und ich sehe schon den Tag nahen, wo wir für dieses „Kistengenie“ eine besondere Remise miethen werden. Diesesmal hatten wir uns gemeinsam zu der Resolution aufgeschwungen, einen Theil der Briefliteratur zu vernichten. Aber welchen? Da findet man so viele Briefe von Menschen mit großen Namen, sogenannte „Autographen“, die man doch sicher aufheben muß. Aber wo ist die Grenze? Kann der Paketfahrtkutscher, der mir heute eine Quittung unterschreibt, nicht morgen einen großartigen Tenor in seiner Kehle entdecken und zum ersten Stern der Opernbühne avancieren? Kann der Schuhmacher, dessen Rechnung ich achilos zerreißen will, sich nicht durch einen Criminalprozeß sensationell machen und die Anwartschaft auf das Panopticum erringen? Dann kommen die Briefe, welche durch den Inhalt feststellen, dann diejenigen von Freunden und Verwandten, deren Lecture immer von Neuen die zärtlichsten Beziehungen ins Leben rüttet; endlich die gleichzeitig scheinenden flüchtigen Zeilen, welche für den vereinstigten Archäologen das höchste culturhistorische Interesse haben. So blieb denn die ganze Ausscheidung auf einige Wahlzettel, Einladungen und erledigte Bittgesuche beschränkt; der Rest wurde aufgehoben.

Ihr aber, die ihr euch eines radicaleren Sinnes erfreut, errichtet einen großen Scheiterhaufen und werst hinein mit allem Überflüssigen, was der eine Tag hervorgebracht und der andere verschlungen, Sorge und Kummer, Neid und Missgunst, Grübelei und Neue, denn alle diese Dinge sind die überflüssigsten, nicht werth, inventarisirt und aufgehoben zu werden. Habt ihr einen guten Abschluß gemacht, freut euch dessen, und war er ungünstig, so freut euch, daß er nicht noch ungünstiger war und daß das laufende Jahr Gelegenheit gebe, das Verlorene einzuholen. Alles in Allem — „man vergibt, was nicht mehr zu ändern ist“, und feiert als

derselben gleichfalls als ordentliche Höret an den technischen Hochschulen, an der Hochschule für Bodenkultur, an den Militär-, Berg- und Kunstabakademien aufgenommen und genießen bezüglich des Eintritts in die Verwaltungsfächer das gleiche Recht wie die Abiturienten der Gymnasien. In Schweden gewähren die dortigen, unseren Oberrealschulen entsprechenden Bildungsanstalten, in welchen ebenfalls mit Ausschluß der alten Sprachen nur lebende fremde Sprachen neben Mathematik und Naturwissenschaften betrieben werden, ausschließlich das Recht zum Eintritt in die technische Hochschule und die Bergakademie und zur späteren Zulassung zu den Staatsprüfungen, außerdem aber zu allen sogenannten Verwaltungsfächern. Den Abiturienten der dortigen Gymnasien ist der Eintritt in die technische Hochschule und die Bergakademie versagt, sofern dieselben sich nicht einer nach Maßgabe der für die dortigen Oberrealschulen geltenden Bestimmungen eingerichteten Nachprüfung in der Mathematik, Physik und Chemie mit Erfolg unterzogen haben. Auch in München und Stuttgart müssen die Gymnasialabiturienten auf den technischen Hochschulen zwei Semester länger studiren, als diejenigen anderer Schulen.

Sehr auffällig muß es ferner erscheinen, daß die Entziehung der angekündigten Berechtigungen der Oberrealschulen nur durch die Entschließungen des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten und anscheinend ohne Mitwirkung des Herrn Cultusministers, dem die Anstalten in den letzten Jahren unterstanden und jetzt noch unterstehen, entschieden worden ist.

Die Directoren der Oberrealschulen befürchten mit Recht, daß durch diese Entziehung die Leistungsfähigkeit, ja die Existenz der unter ihrer Leitung stehenden Anstalten gefährdet sei, und nicht ohne Grund werden viele Väter durch diese Neuerung arg beunruhigt, indem sie sich in der Hoffnung getäuscht sehen, daß ihre elterlichen Schüler anvertrauten Söhne dereinst nach dem akademischen Studium zu den Prüfungen im Bau- und Maschinenfach zugelassen werden könnten. Eine Rechtsentziehung, wie die hier in Aussicht genommene, widerspricht nach ihrer Ansicht der in der Unterrichtsverwaltung bisher üblichen Praxis, nach welcher Umwandlungen von Schulen stets nur von unten auf mit vollständiger Wahrung und Schonung der Interessen der bereits eingetretenen Schüler vorgenommen werden.

X.

Zur Wahlbewegung.

Der Generalbevollmächtigte des Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck, Herr Regierungsrath a. D. Braunschweig, erläßt von Carlsbad aus unter dem 9. Februar an die Beamten der Donnersmarck'schen Verwaltung folgendes Schreiben:

Es ist der Wunsch Seiner Hochgeboren des Herrn Grafen, daß die gräßlichen Beamten, die sich an der bevorstehenden Reichstagswahl beteiligen, einen Mann wählen, der regierungsfreudlich ist und dabei womöglich auf der andern Seite sich dem Centrum nähert.

Nach der Ansicht Seiner Hochgeboren würde die Bewilligung des Septembertags viel zur Erhaltung des Friedens beitragen.

Indem ich dieses zu Ihrer Kenntniß bringe, erüche ich Sie, den Ihnen unterstellten Beamten und Arbeitern hieron in geeigneter Weise Mittheilung zu machen.

Der Generalbevollmächtigte des Hugo Graf Henckel von Donnersmarck.

Oberbürgermeister von Forckenbeck, der Kandidat der Freisinnigen und bisher Vertreter des Wahlkreises Sagan-Sprottau, wird am Sonntag, 13. Februar, in Sagan und Montag, 14. Februar, in Sprottau seinen Wahlern Bericht über die verflossene Legislaturperiode erstatten und sein politisches Programm entfalten.

Gestern erzählten wir von den Mischmachern im Görlixbauaner Wahlkreise, die es durch ihre Wählereien dahin gebracht haben, daß dem Kandidaten der dortigen Freisinnigen, Herrn Stadt-

der alten und als Aufrückerung zu neuer Arbeit „das Inventurfest“ im Karneval!

Oscar Justinus.

— s. Sechster Kammermusik-Abend des Breslauer Orchester-Vereins. Ein groß angelegtes, pathetisches Thema, ein wahrhaft prachtvoller Introitus, mit ganz willkürlichen daran gehängten, sehr gemachten Improvisationen à la Schubert — das ist das Quintett op. 34 von J. Brahms. Die Fähigkeit geistreicher Verknüpfung mystischer, musikalischer Nebensarten, welche sich immer Platz für jeden noch etwa kommenden Einfall reservieren, diese Fähigkeit kann einen Componisten wohl zum Meister der strengen musikalischen Form machen, jedoch ein Kunstwerk im idealen Sinne kommt dabei noch nicht zu Stande. Dazu gehört eine originale Position dem Leben und der Welt gegenüber; schöne Einsätze sind in dieser Hinsicht nur Mittel zum Zwecke. Herr Julius Butths behandelt den Clavierpart dieser ersten Nummer des Programms mit bedeutend mehr Feuer und Gestaltungskraft, als wir in früheren Jahren an ihm wahrzunehmen Gelegenheit hatten; nur im Figurenwerk, welches bei Brahms oft höchst geistreich geweist ist, fehlt die nötige Deutlichkeit. Seine Technik konnte offenbar an solchen Stellen gegen die Streichinstrumente nicht aufkommen. Ganz anders klang die zweite Nummer: der Karneval von R. Schumann, bei geöffnetem Flügel. Hier waren es gerade die zarteren Episoden, welche Herrn Butths weniger gelangen, so z. B. Eusebius; überhaupt liegt träumerisches, poetisches Empfinden Herrn Butths wohl auch heute noch so fern wie früher. Seine Stärke als Claviere Spieler zeigte sich, abgesehen von kleinen Gedächtnisschwächen, hauptsächlich in den Stücken wie: Paganini, Marsch der „Davidsbürdler“ &c. Dem Clavierspiel „im Großen“, wie es Herr Butths offenbar anstrebt, steht wohl noch die Art und Weise seiner Clavierbehandlung sehr im Wege. — Von der dritten und letzten Nummer des Programms: Streichquartett op. 18. Nr. 6 von Beethoven hören wir nur die beiden ersten Sätze. Dieselben wurden in gewohnter, sehr toller Weise ausgeführt; einige schüchterne Versuche, im ersten Satze den Vortrag durch gelindes Drängen zu beleben, gingen ohne nachhaltige Wirkung vorüber.

* Universitätsnachrichten. Zu Ehren des Geh. Medicinalrathes Professors Dr. Olshausen in Halle, welcher ebenso wie Prof. Dr. Frisch in Breslau einen ehrenvollen Ruf nach Leipzig abgelehnt hat, veranlaßten die Studenten einen solennens Fackelzug. Wie wir bereits mitgetheilt haben, feierten die Breslauer Studenten das Bleiben des Professors Frisch durch Veranstaltung eines Commerces. — Wie der „Frankf. B.“ geschrieben wird, ist der seit Jahren bestehende Plan einer Geschichte der Universität Halle seiner Verwirklichung erheblich näher gerückt, indem sich der Curator, Geh. Regierungsrath Dr. Schröder, bereit erklärte, die Abfassung derselben zu übernehmen. Die archivarischen Arbeiten für dieses Werk hat Professor Schum übernommen. Professor Dr. Brauns hat der Universität seine reichhaltigen geologischen, mineralogischen, ethnologischen &c. Sammlungen aus Japan zum Geschenk gemacht.

rath Lüders, von den Gastwirthen in Langenöls die Hergabe ihrer Säle verweigert wurde. Zu Langenöls treten heute noch 23 Ortschaften, in denen Herrn Stadtrath Lüders das gleiche Schicksal erreichte. Das liberale Wahl-Comité wendet sich in dieser Angelegenheit mit einem Aufruf an die Wähler, in dem es heißt:

Unser Kandidat, Herr Stadtrath a. D. Erwin Lüders, hat sich bereit erklärt, noch in mehreren Orten des Wahlkreises zu den Wählern zu sprechen, ist aber, durch Verweigerung der Säle seitens der Gastwirthe, in diesem Vorhaben vielfach verhindert worden. Es geschah dies in Ober-Rudelsdorf, Bollersdorf, Seidenberg, Schönbrunn, Klingewalde, Wiesa, Braunaus, Ludwigsdorf, Krischa, Troitschendorf, Jauernitz, Berna, Böbel, Lichtenberg, Königshain, Langenöls, Gräbigsdorf, Ober-Gebhardtsdorf, Mittel-Gerlachsdorf, Gersdorf, Ober-Laußig, Hollendorf, Königshain, Kunnersdorf. Die bereits ertheilte Zusage zur Benutzung ihres Locals haben nachträglich zurückgenommen sechs Gastwirthe in Wiesa, Lichtenberg, Heidersdorf, Nieder-Lauda, Langenöls, Thielitz. — Wir sind überzeugt, daß dies Verhalten der Gastwirthe nicht in einer der liberalen Sache feindlichen Gesinnung seinen Grund hat, sondern, wie aus vielen Zuschreibungen und Ausführungen hervorgeht, lediglich eine Folge verwerflicher Beeinflussung und Einschüchterung ist. Die traurige Thatstheit zeigt nur zu deutlich, wie weit die Reaction in unserem Vaterlande schon vorgeschritten ist und wie das Volk in der Ausübung des ihm verfassungsmäßig zustehenden Versammlungsrechts und der Redefreiheit durch unwürdige Mittel beeinträchtigt wird. — Wählervorbedenken, welchen Zuständen unser Volk entgegnet, wenn solcher Druck fortduert. Das zu verhindern liegt in Eurer Hand! Gebt Eure Stimme dem unabhängigen freisinnigen Mann: Stadtrath a. D. G. Lüders.

— Stadthyndicus Dr. Eberty, der Kandidat der Liberalen im Wahlkreise Waldenburg, hält morgen, Sonnabend, in Dittersbach einen Vortrag.

Breslau, 11. Februar.

!! Von der Universität. Bebauung der Doctorwürde in der philosophischen Fakultät wird Herr Alfred Hoffmann aus Breslau seine Inaugural-Dissertation: „Kaiser Friedrichs III. (IV.) Beziehungen zu Ungarn in den Jahren 1458—1464“ gegen die Herren Opponenten cand. prob. Richard Härtel und Cand. d. böh. Lehramus Richard Wandelt im Musiksaal am Montag, 14. d. M., Mittags 12 Uhr, öffentlich vertheidigen. — In der am letzten Dienstag im Café Restaurant „zur Silberkugel“ stattgehabten Versammlung des Ausschusses der Breslauer Studentenschaft wurde die Beschaffung eines Universitäts-Banners beschlossen. Die Kosten desselben sind auf ca. 1200 Mark veranlagt worden. Die Beteiligten hoffen auf pecunäre Unterstützung von Seiten ehemaliger Commissarionen und der Gönner der Breslauer Studentenschaft.

* Concert. Am 27. Februar veranstaltet Frau Amalie Joachim im Musikal der Universität einen Lieder-Abend, in dem zum ersten Male der vollständige Lieder-Cyclus „Die schöne Müllerin“, Text von Wilhelm Müller, komponirt von Franz Schubert, mit verbindendem Terte zur Aufführung gelangt. Die Concertgeberin wird von ihrer langjährigen Begleiterin, Fräulein Anna Böck, und dem Declamator und Schauspieler Herrn Paul Berthold unterstellt. — Billets à 3 und 2 Mark sind in der Schletter'schen Buch- und Musikalienhandlung (Franz u. Weigert) zu haben.

* Militärisches. Wie wir hören, ist Major Freiherr v. Kleist, etatsmäßiger Stabssoffizier des Garde-Husaren-Regiments, für den verabschiedeten Oberst v. Schmeling mit der Führung des 2. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8 beauftragt worden.

* Von den städtischen Mittelschulen. Der Magistrat macht bekannt, daß mit Genehmigung der königlichen Regierung vom 1. April d. J. ab in den drei höchsten städtischen Mittelschulen für Mädchen ein Monats-Schulgeld von 4 M. für einheimische und 6 M. für auswärtige Schülerinnen erhoben wird.

* Errichtung neuer Elementarschulklassen. Angestellte Erhebungen haben ergeben, daß eine Anzahl begabter Schulkinder die erste Klasse der Elementarschule 3 Jahre lang befahren müssen. Das Bestreben der bisherigen Schulbehörde ist nun seit längerer Zeit darauf gerichtet gewesen, diesen Kindern einen reicher und neuen Unterrichtsstoff statt einer beständigen Repetition zu bieten. Es erscheinen der Schuldeputation die durch Theilung der ersten Klasse bei einzelnen Schulen neu geschaffenen Ia-Klassen geeignet, die Erreichung jener Absicht zu fördern. Es sind daher, wo immer dies ausführbar ist, Schüler und Schülerinnen der Klasse I, welche bei ihrem Eintritt in diese Klasse noch volle 3 Jahre schulpflichtig sind, nach Absolvierung eines Jahrescursus der Ia-Klasse einer benachbarten Schule zu überweisen, wo sie alsdann noch 2 Jahre Unterricht genießen sollen. Von Ostern 1887 ab werden folgende Ia-Klassen bestehen: In den evangelischen Elementarschulen die Knabenklassen 26, 27, 19, 25, 42, 32 und die Mädchenklassen 7, 13, 48, 9, 24, 33, 23, 30; in den katholischen Elementarschulen die Knabenklasse XII und die Mädchenklasse X. — Natürlich kann eine Umschulung in dem gedachten Sinne nur mit Zustimmung der Eltern und erst dann erfolgen, wenn der Dirigent der einen Schule sich mit dem Dirigenten der anderen (neuen) Schule, event. durch eine vorzunehmende Prüfung, über den Bildungsstand des Kindes, sowie über die sonstigen Maßregeln verständigt hat. Auch wird für die Zahl der in die Ia-Klassen zu übernehmenden Schüler und Schülerinnen die Frequenz dieser Klassen maßgebend sein und Überfüllung vermieden werden müssen.

□ Bezirksverein der Odervorstadt. In der am 10. d. Mts. im Saale der Enderschen Viehalle (Bismarckstraße) unter dem Vorsitz des Expeditionsvorstehers Melzer stattgehabten Versammlung wurde eine große Reihe von Fragen und Anträgen discutirt, welche zum Theil auch allgemeines Interesse beanspruchen. Der Antrag des Apothekers Haufe, beßtus Ankauf des Colleweichen Grundstücks zur Verbreiterung der Blücherstraße beim Magistrat durch eine Petition oder Deputation vorstellig zu werden, wurde nach eingehenden Erörterungen des Stadtverordneten Urban und namentlich in Folge der Mahnung des Vorstehenden, nur ganz dringende Wünsche, deren ja die Odervorstadt zur Genüge habe, dem Magistrat vorzutragen, abgelehnt. Bei der Frage, ob es sich nicht empfehlen würde, die bei Thau oder Negenwetter stark aufgeweckten und darum unpassierbaren Gänge des Matthiasplatzes mit Trottoirplatten zu belegen, trat besonders Turndirector Krämpe aus sanitären Gründen warm, als die Wahrung des promenadenartigen Charakters dieses Platzes ein, als eine Tummel- und Erholungsstätte der vorstädtischen Jugend. Die weitere Frage, welche die Errichtung einer Apotheke auf der Schießwerder- oder Adolphstraße anregte, wurde vom Vorstehenden dahin beantwortet, daß für Erteilung der Concession behördlicherseits vorzugsweise die Einwohnerzahl in Betracht käme, im Verhältniß zu welcher die bereits bestehenden drei Apotheken für die Odervorstadt vollständig ausreichen. — Die Frage, warum im Rieger der III. Gasanstalt die Kletschauer- und die Bergmannstraße durch schlechtbrennende Döppenlampen, die in deren Nähe liegende Hermannstraße dagegen mit Gas beleuchtet werde, fand ihre Erklärung durch die Erklärung, daß letztere bereits vollständig ausgebaut sei, während die vorgenannten Straßen zum großen Theil noch unbekaut wären; die Frage einer zweckmäßigen Beleuchtung dieser Straßen werde wohl zur richtigen Zeit auch ohne Unergründlichkeit des Bezirksvereins in's Auge gefaßt werden. Das Hauptinteresse der Versammlung nahm die Frage in Anspruch: Welches Grundstück ist wohl das geeignete für den Bau des in die Odervorstadt zu verlegenden Friedrich-Gymnasiums? An der Diskussion derselben beteiligten sich vorzugsweise Fabrikbesitzer Guttmann und Stadtverordneter Geier. Während Geier namentlich den an der Oder belegenen städtischen Bauhof wegen seiner für die Vorstadt mehr centralen und besonders in sanitärer Beziehung günstigen Lage als geeignetes Grundstück empfahl, glaubte Herr Geier den Ecke Neue Junkernstraße und Lehndamm gelegenen „Baronhof“, welcher den Anforderungen voll genüge, welche die Unterrichts-Verwaltung in Bezug auf Größe, Lage u. s. w. stelle, als den geeigneten Platz für das Gymnasium vorwerben zu sollen. Der Einwand von der Concurrenz dieser Anstalt mit der in der Nähe befindlichen Oberrealschule sei bei dem durchaus verschiedenartigen Charakter der beiden höheren Schulen vollständig hinfällig. — Eine fernere Frage betrifft die in anderen Vereinen übliche Abfassung und Vertheilung von Jahresberichten und Mitglieder-Verzeichnissen an die Mitglieder des Vereins. Das Resultat der sich hieran knüpfenden Debatte war ein negatives; indeß behielt sich Director Krämpe vor, den mit Wohlwollen aufgenommenen Vorschlag, des historischen Interesses wegen wenigstens in Perioden von fünf oder zehn Jahren gedruckte Berichte an die Mitglieder zu vertheilen, in einer der nächsten Sitzungen näher zu formuliren. Die leste der vorliegenden Fragen beschäftigte sich mit den der Greifenhau- und Universitätsbrücke anhaftenden Nebelständen. Bei jener bot die mangelhafte Beschaffenheit der Holz-

pflasterung, hier wieder einmal die schon öfters besprochene „Drainirung“ der Trottoirplatten zum Zwecke des Ablusses der in den Berührungen sich anansammelnden Niederschläge. Die Versammlung beschloß eines Theils die Polizei-Commission des Bezirks zu Rathe zu ziehen, damit dieselber event. beim Königlichen Polizei-Präsidium eine Ablisse anregen, andererseits sprach sie den Wunsch aus, es möchte die Presse von Neuem und so lange den Nebelstand geheilen, bis man denselben von zuständiger Seite abgeschlossen hätte. — Ein neuer Punkt der Tagesordnung betraf die Bewilligung von Beiträgen zu wohltätigen Zwecken. Nach längeren Für- und Widerreden bewilligte die Versammlung den beiden im Bezirk befindlichen Suppenanstalten einen Betrag von je 50, und für Verabreichung von warmem Frühstück an hilfsbedürftige Schulkinder in Folge eines von Seiten des Stadtschulrats Pfundtner an den Verein gerichteten Gesuches die Summe von 30 M. Zum Schluß hielt Herr Haupt aus Berlin mit Genehmigung des Vorstandes einen Vortrag über die neuesten in Sohrau und Umgebung fabrizirten Braun Kohlenbriquettes, von denen er 2 Exemplare in der Versammlung ausführen ließ, und für die Einführung derselben in Breslau plädierte. Der noch auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Maurermeisters und Stadtverordneten Urban wurde auf Be schluß der Versammlung der vorgedachte Stunde wegen vertagt.

— d. Bezirkverein für die Stadttheile südlich der Verbindungs bahn. In der letzten, unter dem Vorsitz des Kaufmanns und Stadtverordneten Wienanz abgehaltenen Versammlung wurde u. a. der Bericht über die vom Vereine veranstaltete Weihnachtsbelebung erstattet. Danach waren im Ganzen 282,75 Mark eingegangen. Davon wurden 30 alte Leute mit je 7 Mark, 8 alte Personen mit zusammen 29 Mark, ferner mit Christsternen, Pfefferluchen &c. beschient. Die Gesamt ausgabe betrug 281,95 Mark. Herrn Dienstfabrikanten Fraas wurde für die geleiste Rechnung dankend Decharge ertheilt.

— e. Vor der Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau. Nach einer seitens des Vorstandes der gemeinamen Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau ergangenen Bekanntmachung ist es wiederholt vorgekommen, daß einzelne Kassenmitglieder in Erkrankungsfällen, namentlich bei äusseren Verlebungen, nicht die ihnen vollständig frei gewährte Hilfe des zuständigen Kassenarztes nachgeehnt, sondern sich in die Hände eines Heilpräbers oder eines sogen. Medicinalpüfchers begeben haben. Im eigenen Interesse der Kassenmitglieder hat daher der Vorstand dieselben auf die Nachfrage, welche ihnen durch die Nichtbefolgung der statutarischen Verpflichtungen erwachsen können. Besonders machte er darauf aufmerksam, daß diejenigen Mitglieder, welche gleichzeitig gegen Betriebsunfälle versichert sind, durch Umgehung der Statutvorschriften der Gefahr preisgegeben sind, daß die betreffende Berufsgenossenschaft event. die Zahlung einer lebenslänglichen Rente verweigert, wenn sich das Kassenmitglied stellt in die Behandlung des zuständigen Arztes in die Hände eines Pusches begeben hat.

— f. Gründung der Oder-Gießbahn. Heute Nachmittag 2 Uhr fand die Abnahme der Oder-Gießbahn seitens der Strompolizei statt; die Gießbahn ist mit Weidenruten ausgekleidet und hat eine Breite von fünf Meter, die Gießfläche beträgt ca. 10 Zoll; die Bahn beginnt an der Scheitniger Uebersäße (Ulrichstraße), erstreckt sich bis nach Wilhelmshafen und berührt die Stationen Oberschlößchen, Gedry und Schlossgötzsch.

* Alarmierung der Feuerwehr. Heute Nachmittag 3 Uhr 52 Min. wurde die Feuerwehr nach der Zimmerstraße 9 alarmiert. Es war dort in einer in der ersten Etage gelegenen Wohnung eine Gardine, ein Vorhang, ein Schreibtisch &c. aus unbekannter Ursache in Brand geraten. Das Feuer wurde jedoch durch die Hausbewohner vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht, so daß dieselbe bereits um 4 Uhr 30 Minuten wieder nach der Wache abrücken konnte.

+ Einbruch. In der verflossenen Nacht drangen Diebe in die Comptoirbude auf einem Kohlenplatz des Oberschlesischen Bahnhofes ein, wurden aber durch den Bahnhofswächter bei dem Einbruche gestört. Am Orte der That wurde eine Art vorgefunden, mit welcher die Eingangstür gewalzt und gesprengt worden war.

+ Unglücksfall. Der Schneidersgasse Heinrich Reiß von der Schmiedebrücke stürzte am 10. c. Abends 9 Uhr, auf dem dortigen glatt gefrorenen und unbestreuten Trottoir so unglücklich in den Stein, daß er einen Bruch des linken Oberschenkels erlitt und nach dem Allerheiligsten Hospital geschafft werden mußte.

+ Vermißt wird seit dem 8. c. der 19 Jahre alte und bisher King Nr. 29 wohnhafte Schneidergeselle Carl Gang. Derselbe ist von mittlerer Statur, hat blonde Haare und ist mit braunem Ueberzieher und dunklem Anzug bekleidet.

+ Verhaftet wurde gestern in einer hiesigen Restauration ein 17 Jahre alter Kellner, welcher in Gemeinschaft mit einem stellungslosen Handlungsbüro dem Vater des Letzteren, einem Kassendienner von der Mühlgasse, mittels gewaltthamen Einbruchs aus dem Schreibsekretär die Summe von 250 Mark, eine silberne Aufschrift und einen goldenen Siegelring gestohlen hatte. Die beiden Complicen hatten dann den Raub geheiligt und reisten nach Berlin. Da sie jedoch Furcht hatten, mangels jeglicher Legitimationspapiere verhaftet zu werden, begaben beide gestern wieder nach Breslau zurück; hier wurde der Kellner verhaftet. Der dienstliche Sohn, der der Handlungsbüro Adolf Künge, treibt sich indessen hier noch herum, ohne daß es jedoch bisher gelungen wäre, denselben aufzufinden.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurde einem Landwirth von der Ritter Wilhelmstraße ein Portemonnaie mit 19 Mark Inhalt. — Gefunden wurden ein Fußsack mit Pelzfutter, ein goldener Ringerring, ein Notenbuch, zwei schwarze Muffs, ein Stohrstod mit Silberbügel, eine Mützeldienstaufzeichnung, eine Wagenleder, ein schwarzer Sammelmuth, ein Sac mit einer Wagnerspange und ein Sac mit Riss. — Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizeipräsidiums aufbewahrt.

— g. Umschau in der Provinz Alt-Wasser. Der „Geb.-Cour“ berichtet: Die Frau des Stellmacher Neudek in Alt-Wasser, an welcher auf dem hiesigen Bahnhofe ein Mordversuch verübt wurde, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der Mörder, welcher sich gegenwärtig in Waldenburg in Untersuchungshaft befindet, behauptet jetzt, nur in augenblicklicher Erregung gehandelt zu haben, doch dürfte er mit dieser Ausrede bei den offen am Tage liegenden, ihm schwer wegen Mordversuchs belastenden Thatsachen wenig Glauben finden. — o. Bunzlau. In der am Donnerstag abgehaltenen Februarirung des hiesigen Landwirtschaftlichen Kreisvereins stand die Rechnungslegung für das Jahr 1886 statt. Nach diesem Bericht hat die Rote Linie des Jahres einen Bestand von 226 M. aufgewiesen; das Vereinsvermögen beträgt jetzt 1576 M. Hierauf standen einige Wiederwahlen statt und zum Schluß hielt der Vorstehende, Herr Domitalpächter Jungfer-Tillendorf, einen Vortrag über die Entstehung und Veränderung unseres Ackerbodens. — Im Handwerkerverein hielt Lehrer a. D. Pieper einen Vortrag über „Paris und Petersburg.“ — o. Habelschwerdt. Am 8. d. M. feierte der hiesige Gewerbeverein im „weißen Hof“ sein 25jähriges Jubiläum durch eine gemeinschaftliche Abendbrot und Tanz. Gegen 100 Personen (Herren und Damen) nahmen an dem Feste Theil. — In der gestern stattgehabten Stadtverordnetenversammlung wurden die wieder- resp. neugemachten Magistratsmitglieder, Rendant Wein und Brauereibesitzer Kestner, durch Bürgermeister Schäfer feierlich in ihr Amt eingeführt. — In der letzten Sitzung des hiesigen Landwirtschaftlichen Clubs wurde u. a. die Düngung mit Thomastalz, vorläufig verlustweise, empfohlen. Ferner wurde über Landesrindzucht referiert. — o. Landeshut. Der hiesige, unter Leitung des königlichen Musikdirectors Cantors Julius stehende Gesangverein führte am Mittwoch die „Alhalia“ von Mendelssohn auf. Die Orchesterbegleitung hatte Herr Musikdirector Goldschmidt mit seiner Capelle übernommen. Für die Sopran-Soli war Fräulein Minna Fuchs aus Breslau gewonnen worden. Das Concert war äußerst zahlreich besucht.

Meldungen aus der Provinz Posen.

* Posen, 10. Februar. [Dages-Chronik.] Das Mittergut Bojciechow bei Jaraczewo, bisher Herrn von Golski gehörend, ist im gestrigen Subbastionsterminen um 221 000 M. für die Aufstellungs-Commission erstanden worden. Das Gut hat 410 Hectare Flächeninhalt. — Die „Pos. Chr.“ berichtet: Gestern fand die canonische Institution und heilte die Installation des neuen Prostes beim Posener Domkapitel, Dr. Wanjura, bisherigen Prostes beim Pelpiner Domkapitel, statt. Zwei Wochen zuvor wurde beim hiesigen Domkapitel Domherr Dombek aus Breslau insituirt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 11. Februar. [Schwurgericht. — Wissenschaftlicher Meineld und Anstiftung zum Meineid.] „Meine Herren Geschworenen! Wir stehen am Ende einer aufregenden, an Überraschungen reichen Verhandlung, welche uns einen tiefen Einblick in das Treiben und Zusammenwirken notorischer Verbrecher gewährt.“ Also sein Plädoyer einleitend, gab Herr Staatsanwalt Lindenberg in heutiger Sitzung des Schwurgerichts ein kurzes, aber treffendes Bild der Ergebnisse der Beweisaufnahme in der auf wissenschaftlichen Meineid bzw. Anstiftung lautenden Anklagefache gegen den Tischlergeselle Joseph Bischof und den Maler und Haupterer Joseph Walde aus Breslau.

Wir müssen, um die der jetzigen Anklage zu Grunde liegenden Thaten für unsere Leser klar darzustellen, die dazu gebürgte Vorgeschichte kurz erzählen; dies geschieht in Folgendem: In der Nacht vom 3. zum 4. October 1885 stiegen Diebe in das Gehöft des an der Kreuzstraße Nr. 2 belegten Schulgrundstücks, sie entwendeten dabei nach Aufbrechen der befestigenden, zur Wohnung des Rector Hahn gehörigen Räume, aus dem Hühnerstall 12 Hühner und aus dem Wein Keller circa 6 Flaschen Wein. Der Wein war von den Dieben an Ort und Stelle getrunken worden. Am nächsten Tage erhielt der Besitzer eine am den „Hühnerlogen Hahn“ gerichtete Postkarte, durch welche er eingeladen wurde, an dem Hühner-Abendbrot, welches aus den bei ihm gestohlenen Hühnern hergestellt wurde, heut Abend im Restaurant „Otel Tom's Hütte“ (an der alten Oder, links an der verlängerten Sternstraße belegen) teilzunehmen. Nicht durch die Postkarte, sondern durch andere zufällige Umstände entdeckte die mit der Untersuchung dieses Diebstahls betrauten Criminalbeamten, daß derselbe durch die Postkarte, sondern durch andere zufällige Umstände entdeckt wurde, nicht durch die Postkarte, sondern durch andere zufällige Umstände entdeckt wurde. Da er selbst sich als unbeteiligt an dem Diebstahl bezeichnet bat, so konnte man von ihm auch nicht erwarten, daß er betrücks seiner Complicen Angaben machen werde. Auch nach der Festnahme des Walde versicherten beide Personen, sie seien in der in Rede stehenden Nacht gar nicht zusammen gewesen. Während Walde in Untersuchungshaft saß, machte er dem Untersuchungsrichter eines Tages die Anzeige, der richtige Hühnerdieb habe sich selbst gemeldet, es sei dies der Tischlergeselle Joseph Bischof, derselbe befand sich in einer anderen Sache in Untersuchung und sei sein Stubengenosse. Bischof wurde vorgeführt und legte in stümlicher Übereinstimmung mit den bereits acutesten Details dar, daß er und Schröder den Diebstahl verübt hätten, während Walde aber dabei gar nicht beteiligt gewesen sei. Die bisher gegen Walde ermittelten Verdachtsmomente waren aber so überzeugend Natur, daß gegen ihn das Verfahren seinen Fortgang nahm; höchstens kam, so folgerte die Anklage, Bischof als Dritter im Bilde sich an dem Diebstahl beteiligt haben. Außer seiner Selbstbezichtigung fand sich gegen Bischof kein Beweis, Bischof wurde deshalb in der am 5. August 1886 gegen Walde vor der 1. Strafkammer stattgehabten Verhandlung nicht als Angeklagter, sondern nach vorheriger Vereidigung als Zeuge vernommen. Es war ihm dabei in der nach dem Gesetz vor geschriebenen Form bedeutet worden, daß er nicht nothwendig habe, sich selbst zu beziehen, daß er aber im Falle der Aussage alle Folgen des Meineids tragen müsse. Bischof hatte sich zur Aussage bereit erklärt und dann versichert, nicht Walde, sondern er selbst sei der Dieb gewesen.

Die Strafkammer schenkte seinem Zeugnis keinen Glauben, Walde wurde schuldig befunden und als rücksäßiger Dieb zu 5 Jahren

Zuchthaus und Ehrenstrafe verurtheilt. Gegen Bischof wurde später das Verfahren wegen wissenschaftlichen Meineids eingeleitet, ehe es aber zur Anklageerhebung gegen ihn kam, meldete er sich freiwillig bei der Behörde mit der Angabe, er habe in der Walde'schen Untersuchungssache einen Meineid gelest, hierzu sei er von demselben durch Versprechungen überredet worden. Dieser habe ihn in der Untersuchungszelle gehalten, die Schuld auf sich zu nehmen, weil er (Walde) als rücksäßiger Dieb eine hohe Zuchthausstrafe gewärtigen müsse, während gegen ihn (Bischof) das Urteil viel milder ausfallen würde, da seine Verstrafen nur wegen Widerstands, Schlechtließvergehen und Betrug erkannt seien. Walde bestritt mit aller Entschiedenheit die Verleitung, er versicherte, Bischof habe ihm ganz freiwillig seine Beteiligung am Diebstahl erzählt und sich ebenso freiwillig erboten, diese Bekundung vor Gericht zu wiederholen. Daß er (Walde) vom Augenblick seiner Festnahme an jede Wissenschaft oder Theilnahme am Diebstahl abgeleugnet habe, sollte insbesondere derjenige Criminal-Beamte befunden können, welcher ihn verhaftet hatte. Es war dies der Criminal-Commissioner Kasper.

Im heutigen Verfahren vor den Geschworenen machte Bischof, der augenscheinlich unter dem Einfluß des Mitangeklagten stand, den Einwand, er leide zeitweise am Delirium tremens, er wollte also die ihm lastende Bezeichnung hinsichtlich des wissenschaftlichen Meineids in einem Anfälle von Geistesstörung gemacht haben. Der Gefängnissarzt Dr. Gräbisch widerlegte diese Behauptung, indem er nachwies, daß Bischof, welcher bereits vor der Entfernung des Walde im Gefängnis befindlich gewesen ist, während der ganzen Zeit seiner Haft keinen Krankheitsanfall gehabt hat. Walde hatte auf

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* Berlin, 11. Februar. Die heutige Beratung des Staats des Bergverwaltung brachte einige interessante Zwischenfälle, welche zeigen, daß die Begeisterung für die Staatshilfe und den nationalen Schutz stark im Niedergange begriffen ist. Die nationalliberalen Abgeordneten Natury und Schmieding wiederholten ihre oft gehörten Gesuche um Herabsetzung der Kohlentarife für Westfalen, und namentlich der letztere Redner bediente sich einiger Wendungen, welche den Minister Maybach stark zu verhören schienen. Der Minister wies diese „Anzugsungen“ mit überraschender Schärfe zurück und betonte, daß es seine Pflicht sei, stets die Interessen der Gesamtheit im Auge zu halten. Die westfälischen Bergbauteile gingen in ihren Wünschen zu weit; es mache auf ihn den Eindruck, als ob dieselben die Dinge von einem zu eigennützigen Standpunkt beurtheilten. Dabei seien sie an den bestehenden Nebelsäulen selber mitschuldig, denn nach dem Urteil aller Sachverständigen sei der Dortmunder Bergbau ganz übermäßig zerstückelt und dadurch nicht im Stande, günstige Resultate zu erzielen. Die Befriedigung der Wünsche auf Tarifherabsetzungen würde einen Nettoausfall von 22 Millionen, und wenn man sie auf den Bergbau des ganzen Landes ausdehne, von 35 Millionen verursachen. Wir würden dadurch in eine Finanzlage gerathen, die weder er (der Minister) noch sein Nachfolger, den man anscheinend auf jener Seite (bei den Nationalliberalen) bald zu sehen wünsche, verantworten könnte. Er werde, so lange er könne, verhindern, daß die Steuerzahler zum Vortheile einzelner Produzenten benachtheilt werden. Diese Erklärungen mit pointirter Stimme vorgetragen verfehlten nicht, eine große Wirkung zu erzielen, welche der nationalliberale Abgeordnete durch Vorwürfe der Uebertreibung und Anklagen gegen die Berggesetzgebung nicht zu entkräften vermochte. Im Gegenthil, er rief dadurch den ehemaligen Minister Dr. Achenbach in die Schranken, welcher nachwies, daß den Hauptantheil an dieser Gesetzgebung gerade Herr Hammacher selbst habe. Maybach sowohl wie Achenbach traten entschieden für freie Concurrenz wie für Staatshilfe ein — sicherlich ein bedeutsames Zeichen der Zeit. Der Abgeordnete Letha brachte die Verhältnisse des Breslauer Bezirks zur Sprache und namentlich die traurige Lage der Oderschiffahrt. Während der freiconservative Abg. Dr. Arndt sich für einen Rohölzoll begeisterte, mit dem der Landtag gar nichts zu thun hat, da Zollfragen zur Kompetenz des Reichstages gehören, entpuppte sich in diesem Punkte sogar Herr Natury als Freihändler. Alsdann kamen wesentlich Specialfragen von minderem Interesse zur Verhandlung, so die Lohnstatistik der Bergarbeiter, die materielle Lage der Unterbeamten, die Salzindustrie von Noworadz, die Stettiner Kaliindustrie, bei der manigfach über die Vortheile des Privat- und des Staatsbetriebes gestritten wurde, ohne daß große Gesichtspunkte erörtert worden wären. Die bedeutendste Erscheinung der Verhandlung war unzweifelhaft das Verhalten des Herrn Maybach gegen die nationalliberale Partei. Es scheint, als wittete man irgendwo Pläne dieser Partei, den Lohn für ihre Dienste im Gestalt von Ministerpostkarten zu beanspruchen. Herr Maybach ist nun schon der dritte Minister, der in dieser Weise mit der nationalliberalen Partei redet und auf seinen Nachfolger hinweist. Sollte vielleicht den nationalliberalen Angriffen eine eigennützige Absicht wirklich nicht fernliegen? Aber die Nürnberger zerlegten den Bären nicht, ehe sie ihn hatten.

Abgeordnetenhaus. 17. Sitzung vom 11. Februar.
11 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Die zweite Beratung des Staats wird bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung fortgesetzt (Einnahmen 108 648 928 Mark, Ausgaben 93 481 732 Mark, Extraordinarium 750 000 Mark; bleibt Überschuss von 14 410 196 Mark gegen 15 940 033 Mark im vorigen Etat).

Abg. Natury (nationalliberal): Unser jetziger Etat der Bergverwaltung ist in derselben Weise aufgestellt wie im vorigen Jahre und kann auf die Dauer kein günstiger sein. Das Jahr 1886 stellt sich ungünstiger als die vorherigen Jahre. Wir haben uns der Denkschrift gegenüber, welche zu Ende des Jahres eine Hebung der Production constatirte, immerhin skeptisch zu verhalten und glauben, daß die Befestigung nicht von langer Dauer sein wird. Besonders ungünstig stehen der Kohlenbergbau und der Eisenbergbau. Was den Kohlenbergbau betrifft, so ist die Production, welche 5 600 000 Tons beträgt, nur um etwas höher als im Vorjahr. Dagegen wird angenommen, daß der Preisrückgang auch in diesem Jahre ein dauernder sein wird. Besonders ungünstig steht es mit den Eisenenzen, wo eine Verminderung der Production von 102 000 auf 83 000 Tons stattgefunden hat. Der Preisrückgang ist außerordentlich stark gewesen, in Dillenburg z. B. von 8,15 auf 7,30 M. Während im vor. Jahre noch ein Überschuss war, haben wir diesmal einen Rückgang von 79 000 Mark zu leiden. Es ist anerkennenswerth, daß der Herr Minister als Chef der Staatsbahnenverwaltung für die bedrängten Bezirke an der Dill und Lahm eine erhebliche Verbesserung der Fracht eingeführt hat, um ihnen die Concurrenz mit den spanischen Erzen zu erleichtern. Auch der rheinisch-westfälische Privatbergbau, der über die Hälfte der Production hat, hat 1886 das ungünstigste Jahr seit Langem erlebt, indem sowohl Preise wie Production zurückgegangen sind. Was die Ursachen des Preisniederganges betrifft, so führt man einerseits dieselben auf Verminderung des Verbrauchs zurück, was, wenn zutreffend, auf einem Rückgang der gewöhnlichen Verhältnisse schließen ließe. Das trifft aber nicht zu; die industriellen Verhältnisse erfreuen sich eines Aufschwunges. Zwar steht an und für sich der Brennstoffverbrauch in Deutschland hinter demjenigen Englands und Belgien zurück, wo dreiz. bzw. zweimal so viel Kohle per Kopf der Bevölkerung verbraucht wird, als in Deutschland. Aber in der Hauptzüge ist der Mindestverbrauch auf die Verengerung des Absatzgebietes, auf ein Zurückgehen des Exportes zurückzuführen. Redner gibt darüber statthafte Zahlen und findet als heitweise Ursache dieser Erscheinung die für die Industrie Belgiens besonders günstigen Tarife der belgischen Bahnen. Er hofft, daß der preußische Minister diese Sache im Auge behalten und nach Möglichkeit Abschaffungen werde. Die finanziellen Ergebnisse der niederrheinisch-westfälischen Kohlenindustrie sind wahrhaft erschreckend niedrig. Bei 21 Bergwerken in Westfalen, die 157 Millionen Anlagekapital repräsentieren, betrug im Jahre 1885/86 der Reinertrag nur 444 000 M., also eine Verzinsung von nur 2,81 p. ct. 58 andere Gesellschaften haben in dem Jahre eine Summe von 5 031 000 M. zugesetzt und eine Einbuße von 52 P. pro Tonne auf sich genommen, um nur den Betrieb aufrecht zu erhalten. Man wird es daher nicht umgehen können, daß die Werke ein für alle bindendes Kartell befreisst Einschränkung der Production abschließen, und den Herrn Minister bitte ich, daß er, wenn dasselbe in die Wirklichkeit tritt, seine Genehmigung dazu giebt. Allerdings wird man dabei auch die Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigen müssen. Denn, bedenken Sie, meine Herren, daß die Einschränkung der Production um 1 p. ct. die Entlassung von 1000 Arbeitern zur Folge hat, so wird es klar, daß diese Einschränkung nur mit großer Vorsicht getreten kann.

Abg. Letha konstatiert zu seiner großen Befriedigung, daß die Resultate der Bergwerksbetriebe namentlich des Steinkohlenbergbaus im Bezirk des Oberbergamts Breslau etwas günstiger seien als überall. Es wären keine Arbeiterentlassungen notwendig, sondern bei einer Steigerung der Production von 2 907 513 M. auf 3 238 657 Tons hätte eine Mehrbeschäftigung von 1400 Arbeitern stattfinden können. Redner bemängelt aber die Schiffahrtsverhältnisse auf der Ober-, namentlich die sehr mangelhaften und mehr als befehlenden Hafenverhältnisse in Breslau, und geht dann auf die oberösterreichischen Arbeiterverhältnisse ein. Seine Ausführungen bleiben aber bei seiner letzten Stimme, und da er der Tribune den Rücken kehrt, im Einzelnen unverständlich.

Abg. Schmieding (nat.-lib.): Zur Hebung der Notlage der Montan-Industrie giebt es zwei Wege, einmal die zeitweise Verminderung der Production, sodann die dauernde Erweiterung der Absatzgebiete. Erster Weg ist nur bei allgemeinem Einvernehmen möglich und bisher sind die Vereinbarungen in dieser Richtung immer an der Nichtbeherrschung einer Minorität gescheitert. Ich bitte daher den Minister um seine Zustimmung zu dem Zweck Ermöglichung eines Produktions-Verminderungszwanges angestrebten Statutenänderungen der Berggesellschaften, zumal ja auch der Minister denselben Weg als einen gangbaren bezeichnet hat. Aber dieses Mittel würde nur kurze Zeit helfen. Vielmehr ist daneben hauptsächlich die Ausdehnung der Absatzgebiete anzustreben. Wie sehr dieselbe wünschenswert ist, erhebt schon aus der Thatssache, daß das westfälische Kohlenbeden doppelt so viel Kohlenreichthum enthält als sämtliche Becken Englands. Dennoch produziert England 158 Millionen Tonnen jährlich und exportiert davon 25 Millionen, während in ganz Deutschland nur 48 Millionen Tonnen Kohlen und 22 Millionen davon allein im westfälischen Becken gefördert werden. Alle unsere Versuche, wenigstens concurrenzfähige Tarife zu erhalten, sind bis heute von geringem Erfolg gewesen. Auf unsern Bitte um Verbillsigung der Ausföhrtarife nach Frankreich und den angrenzenden Ländern war die einzige Antwort vom Ministerialisten — ein beredtes Schweigen. Ich muß Ihnen Minister dringend bitten, daß er die Montanindustrie, die 150 Millionen, also fast ein Sechstel der Einnahmen der Staatsseisenbahnen liefert, mehr berücksichtige. Denn wenn ein Industriezweig von so großer Bedeutung bereits mit Zuschüssen arbeiten muß, so ist das doch ein dringender Nothstand!

Minister für öffentliche Arbeiten Maybach: Ich habe neulich bei Gelegenheit des Eisenbahn-Etats darauf hingewiesen, wie alle jene Tariffragen behandelt werden müssen, auch wie es in den westfälischen Provinzen zu geschehen hat. Ich glaube nicht, daß heute der Ort ist, über Eisenbahntarif-Fragen zu discutiren. Es ist eine zufällige Personalunion, wenn der Bergbauminister gleichzeitig Eisenbahminister ist. Ich kann also dem Herrn Abgeordneten nur erwidern, daß ich das, was heute hier gewünscht worden, dem Chef des Eisenbahnmessens mittheilen werde (Heiterkeit), und daß dieser es sich überlegen wird, was er veranlassen kann, um jene Wünsche zu befriedigen. Nur eines glaube ich bemerken zu müssen, wenn der Herr Abgeordnete von einer Bitterkeit in jenen Kreisen spricht, die ja auch in der Presse Ausdruck findet, so glaube ich, daß man darin etwas zu weit geht, daß man etwas einseitig und eigenmächtig urtheilt unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse. Ich bin empfindlich gegen derartige „Anzugsungen“, selbst wenn sie in mehr verbindlicher Form kommen; aber nichtsdestoweniger muß ich mir sagen, wenn man Vorwürfe erhebt gegen die Regierung, so muß man sich fragen, ob nicht die Situation selbst mit Schuld trägt. Dieser Vorwurf kann ich den Herren eben nicht ersparen. (Sehr richtig!) Es wird mir gelast, daß die ganze Organisation des Bergbaues im dortigen Bezirk in seiner Zersplitterung auf 189 Becken mit ihren großen Verwaltungen, mit ihrer nicht genügenden Ausnutzung der maschinellen Einrichtungen nicht richtig ist. Nun wird verlangt, daß die Folgen der Calamität auf Kosten des Staates beseitigt werden. Ich bin damit einverstanden, daß die Regierung, so weit es ihr möglich ist entgegen zu kommen in Bezug auf Export, auf Erleichterung des Transports, ihre Aufgaben verstehen wird; aber wir dürfen nicht vergessen, wir haben es nicht mit einem einzelnen Gebiete zu thun, sondern mit dem ganzen Lande. (Sehr richtig!) Ich habe schon im vorigen Jahre erwähnt, wenn ich alle Wünsche des dortigen Bezirks befriedigen wollte, so würde das einen Ausfall von 22½ Millionen am Netto-Errate des Staats machen, und wollten wir die Maßregel aufs ganze Land ausdehnen, so würde der Ausfall 35 Millionen betragen. Der Appetit wächst beim Essen. Auf anderen Gebieten werden ähnliche Wünsche laut werden, und wir werden vor einer Finanzlage stehen, der kein Minister entgegenwirken kann, auch wenn ein anderer Mann an meine Stelle tritt, wie man es auf jener Seite seit Jahren vielleicht zu sehen wünscht. (Oh! Oh!) Was das gemachten Vorschläge anbelangt, so hat auch der Handelsminister dieselben zu prüfen. Sie liegen demselben gegenwärtig vor; ich will übrigens bemerken, daß mir auch schon Widersprüche dagegen zugegangen sind. Ich bin für jede Anregung dankbar und werde bemüht sein, dieselbe nach Kräften zu berücksichtigen. Aber etwas Geduld muß man haben! (Beifall.)

Abg. Dr. Hammacher (national): Ichtheile und unterstütze den Wunsch des Collegen Letha auf schnellere und weitergehende Förderung der Wasserwege in Schlesien, muß aber seinem Hinweis auf die Bevorzugung der westfälischen Provinzen in dieser Beziehung widersprechen. Dort hat die Staatsfazie keinen Pfennig, z. B. auch bei dem angezeigten Hafen von Gauß, nicht einen Pfennig, Zuschuß geleistet, sondern die Betriebs-Einnahmen haben alle Kosten der Erweiterungsbauten gedeckt. Was die Arbeits- und Lohnverhältnisse betrifft, so sind zwar die Löhne in Westfalen und im Saarbrücker Becken sehr verschieden, aber auch die Arbeitszeit, die in den Tabellen nicht berücksichtigt ist. Solche Tabellen führen zu Trugschlüssen. Ich bitte die Verwaltung um Vorlage der Tabellen, aus welchen alle einschläglichen Verhältnisse, auch die Tabellen der in den Werken beschäftigten Frauen und Kinder, ersichtlich sind. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist gewiß von Wohlwollen für alle Zweige seines Ressorts besetzt. Wenn aber der Herr Minister des Bergbaus meint, daß der Herr Eisenbahminister mit dem Ausfall von 22 Millionen Mark, der mit der Erfüllung des Gesuches der Montanindustriellen verbunden sei, nicht einverstanden sein würde, so muß ich ihn doch darauf aufmerksam machen, daß nicht die Koblenz, also die Montan-Industrie, sondern daß die Eisenindustriellen Westfalen die Urheber jenes Wünches sind. Die Schuld der Überproduktion liegt nicht an der Bergverwaltung selbst, sondern an der Bergbaugesetzgebung, welche den Bergbau zu sehr freigegeben hat. Ich habe das schon oft vor Ihnen ausgesprochen, daß den Schäden, welche die Freigabe der Concurrenz heut zu Tage erzeugt hat, nur abgeheben werden kann, entweder durch Staatsgesetzgebung oder durch freie Vereinbarung der Produzenten unter sich über die Höhe der Production. Daß die rheinischen Industriellen es etwa an Energie und Intelligenz mangeln lassen, daß sie sich bloss auf die Staatshilfe verlassen, muß ich durchaus in Abrede stellen. Ebenso wie vom Ministerialisten, ist auch in der Presse eine Besserung der Zustände nicht durch einseitige Staatshilfe, vielmehr in der von mir angeborenen Richtung angeregt worden. Wenn wir die Mittel erwägen, welche zur Hebung der Hilfsmittel des Landes, sei es auf industriellem, landwirtschaftlichem oder anderem Gebiete, führen, so können wir etwa durch Staatshilfe zu keinen besseren Verhältnissen kommen, wenn nicht der allgemeine Wohlstand durch erhöhte Fleisch und die erhöhte Betriebsamkeit der befreiteten Kreise selbst gehoben wird.

Abg. Dr. Seeltg: Die Calamität röhrt allerdings zum großen Theil davon her, daß die Produzenten sich zu einer Überproduktion haben verleiten lassen. Herr Schmieding will einen steigenden Absatz auf Kosten der Eisenbahnen herbeiführen. Er verlangt Tarife, bei denen die Eisenbahnen nicht auf ihre Selbstkosten kämen. Wir erfordern im Fett, wir haben zu viel Kohlen, sagt man im Dortmunder Revier. Dem gegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß man bereits berechnet hat, wann in England die Kohlenflöze erschöpft sein werden. Steht uns nicht diese Zukunft bevor? Man spricht über die wirtschaftliche Barbarei, welche die Mittelmeerländer verübt hat, indem sie die Wälder niederschlug. Was soll aber werden, wenn die Kohlen verschwunden sind? Herr Schmieding sagt: „Wir produzieren Kohle und setzen sie mit Verlust an das Ausland ab.“ Das ist eine nationale Wirtschaftspolitik! Der Staat soll noch Kosten dazu aufwenden, um diese unwirtschaftliche Verschleuderung und Verkümmern zu unterstüten! (Beifall.)

Abg. Dr. Achenbach (freicon.): Es ist Pflicht und — wie ich annehme — auch der Wille der Regierung, die Zustände des Dortmundener Bergbaus zu verbessern. Aber das hat doch seine Grenzen. Mit Recht hebt der Herr Minister hervor, daß er nicht bloss Minister eines Bezirkes sei, sondern mit gleicher Fürsorge auch die übrigen behandeln müsse. Ich will den Herren aus Westfalen vorhalten, daß aus verschiedenen Bezirken Anträge an den Herrn Minister gelangt sind, die er, wenn er finanziell in der Lage sein sollte, in erster Linie zu berücksichtigen hätte. Ich vermag nicht zu ermessen, wie weit die Finanzen des Staates den Wünschen beispielweise aus meiner Heimat Rechnung tragen. Ich spreche hier geradezu die Ansicht aus, daß er unsere Anträge mehr berücksichtigen möchte, als die zur Zeit aus Westfalen vorliegenden. M. H. Wir kämpfen um unsere Existenz in unserem natürlichen Absatzgebiet. Sie dagegen am Rheine bemühen sich um Gebiete, die Ihre natürlichen Absatzgebiete nicht mehr sind. Aus meinem Bezirk bringt man dem Minister volles Vertrauen entgegen, und man weiß, daß die Staatsverwaltung nach Möglichkeit überall helfend eintreten wird, wo es nötig ist, aber daran möchte ich den Herrn Minister doch auch erinnern, daß es außer Westfalen auch noch andere Bezirke gibt, die der Fürsorge der Regierung bedürfen. Ich habe mich außerdem zum Wort gemeldet, weil der Abg. Hammacher davon

sprach, daß die Calamität der westfälischen Kohlenindustrie etwa durch den Minister verursacht wäre, oder daß die Gesetzgebung nicht auf dem rechten Wege sei. Er selbst schlägt zwei verschiedene Wege zur Abhilfe vor: Entweder Selbsthilfe der Interessenten oder Veränderung der Gesetzgebung. Ich weiß nicht, ob er meint, daß auf dem Gebiete des Bergbaus irgend eine Hand angelegt werden sollte gegen die freie Concurrenz. Er selbst ist einer der Männer, die die freie Concurrenz seinerzeit herbeigeführt haben. Ich nehme bei der rümlichen Bergangenehme des Herrn Abgeordneten auf agitatorischem Gebiet in dieser Beziehung nicht an, daß er jetzt sein früheres Werk zerstören und einen Weg ebnen will, auf welchen die freie Concurrenz besiegt werden würde. (Sehr richtig links!) Man muß auch in Erwägung ziehen, daß heut die Verhältnisse ganz andere sind als früher. Als unsere ganze Bergindustrie noch eine sehr winzige Production aufzuweisen hatte, verlangte dennoch als Verjüge, die darauf gerichtet waren, eine allgemeine Regulierung des Betriebes der Bergwerke einzutreten zu lassen. Um so weniger ist es möglich, jetzt, da alle Verhältnisse unseres Bergbaues ins Neueste und Ungemach gewechselt sind, deren Bedürfnissen mit solchen kleinen gesetzlichen Mitteln gerecht zu werden. Nur die Selbsthilfe hat Aussicht auf Erfolg. Es ist doch gerade in Westfalen eine so reiche Intelligenz vorhanden. Der Herr Abgeordnete hat selbst immer so richtig gehandelt, daß es ihm gewiß auch möglich sein wird, in diesem Falle den rechten Weg zu finden. Und wenn es, wie ich glaube, dem Herrn Minister möglich sein wird, seine Bestimmungen so zu treffen, daß wenigstens eine Betriebsconsolidation herbeigeführt werden kann, so würde das schon eine wesentliche Erleichterung für den Bergbau, speziell Westfalen sein. Ebenso glaube ich, daß die Neugründung der Bergbauskassen in der angestrebten Richtung die Genehmigung der Staatsregierung findet. Meiner Ansicht nach bewegt sich alles das, was nach der Richtung der Selbsthilfe aus Westfalen hier vorgeschlagen worden ist, auf gesunder Basis. Ich möchte aber gegen jeden Schritt protestieren, der dahin gerichtet ist, den bisherigen Weg der Gesetzgebung auf diesem Gebiete zu verlassen.

Minister für die öffentlichen Arbeiten Maybach: Wenn ich Bemerkungen darüber gemacht habe, daß die Betriebskosten vielleicht vermindert werden könnten, so bezieht sich das lediglich auf die Consolidation der Bergwerke; denn während jetzt viele kleine Gewerkschaften bestehen, würden sich bei dem Zusammenlegen derselben die Verwaltungskosten bedeutend vermindern. Wegen dieser Erfahrung möchte ich aber die Initiative der Produzenten, nicht die Gesetzgebung in Bewegung setzen. Ich habe keineswegs einen Mangel an Vertrauen darin gegeben, daß man sich gleichzeitig an den Minister für Handel und Gewerbe gewandt habe, sondern ich habe daraus entnommen, daß auch andere Industrien bei dem Vorgehen berücksichtigt sind. Auch ich halte die Änderung der Berggewerkschaftskassen für ein probates Mittel zur Einschränkung der Produktion.

Abg. Schmieding verwarf sich gegen den Vorwurf, als habe die westfälische Kohlenindustrie unnatürliche Absatzgebiete gefügt, und dankt dem Abg. Achenbach und dem Minister für die Bereitwilligkeit, einer Änderung der Berggewerkschaftskassen zugestimmen. Nachdem die Bahnen verstaatlicht worden seien, habe man doch ein Recht, auf die Tarifierung einzutreten. Mit dem Abg. Seelig beklagte er (Redner), daß in Folge der jüngsten Schleuderpreise man selbst die allerbesten Flöze anbauen müsse. Regierungs-Commissar Ministerialdirektor Dr. Huyssen: Wenn die Herren, welche die Tabellen des Oberbergamts ansehen, würden, welche außerordentliche Mühe damit verknüpft ist, so würden sie nicht das unmögliche von ihnen verlangen. Die Tabellen sind abhängig von den Angaben der Privaten, und wir sind darin auf die Gefälligkeiten der Bergwerksbesitzer angewiesen. Die Tabellen enthalten außer diesen Nachweisen eine Einleitung, die den Bergbau im Allgemeinen behandelt. Man kann nicht sagen, daß das notwendig ist. Bei anderen Verwaltungen werden diese allgemeinen Übersichten nicht gegeben. Die Mängel liegen in der Unvollständigkeit des Materials, und es wäre vielleicht besser, auf diese Einleitung fünfzig ganz zu verzichten.

Abg. Dr. Hammacher: Den letzten Bericht will ich gern leisten, wenn der Herr Regierungs-Commissar nur das Versprechen gibt, daß die Tabellen in Zukunft auf gleichmäßigen Grundlagen aufgestellt werden. Die Schwierigkeit der Aufstellung der Tabellen erkenne ich gerne an. Ich möchte ferner bitten, daß in der Folge noch die Löhne der im Erz- und Salzbergbau beschäftigten Arbeiter in der Tabelle aufgenommen werden. Im übrigen schließe ich mich völlig den Bemerkungen des Herrn Dr. Achenbach an, daß wir auf dem Boden des 1875 eingeführten Bergbaufreies stehen bleiben müssen. Hinsichtlich der vom Herrn Minister aufgeführten Zersplitterung der Becken bemerke ich, daß zu einer Consolidation der kleinen Becken die gesetzlich erforderliche ¾ Majorität ein großes Hindernis bildet. Der Herr Minister macht es vielleicht zum Gegenstand einer Untersuchung, wie dieses Gesetz abgeändert werden kann. Nach keiner anderen Richtung strebe ich die Unterstützung der Regierung an.

Dieser Titel, ebenso wie die folgenden werden angenommen.

Die Position „Salzwerke“ weist eine Einnahme von 6 247 975 Mark auf.

Abg. Dr. Wehr-Deutsch-Gron (freicon.): Der Etat der Salzwerke produziert ein Deficit von 611 670 Mark. Ich möchte dem Chef der Berg-, Salinen- und Hüttenverwaltung anheimgehen, den Chef der Eisenbahngesetzgebung auf eine Untersuchung der Frachttarife für Kalz- und Kalsalztsalze aufmerksam zu machen. Der Herr Minister hat nicht gewünscht, daß Tariffragen heute hier zur Sprache kommen. Ich behalte schließlich mich völlig den Bemerkungen des Herrn Dr. Achenbach an, daß wir auf dem Boden des 1875 eingeführten Bergbaufreies stehen bleiben müssen. Hinsichtlich der vom Herrn Minister aufgeführten Zersplitterung der Becken bemerke ich, daß zu einer Consolidation der kleinen Becken die gesetzlich erforderliche ¾ Majorität ein großes Hindernis bildet. Der Herr Minister macht es vielleicht zum Gegenstand einer Untersuchung, wie dieses Gesetz abgeändert werden kann. Nach keiner anderen Richtung strebe ich die Unterstützung der Regierung an.

Regierungs-Commissar Geh. Oberbergrath Freund bezeichnet als die Ursache des Rückgangs des Absatzes deutschen Salzes nach Rußland die hohen russischen Eingangszzölle, auf deren Herabsetzung nicht habe ich gezwungen werden können.

Regierungs-Commissar Geh. Oberbergrath Freund bezeichnet als die Ursache des Rückgangs des Absatzes deutschen Salzes nach Rußland die hohen russischen Eingangszzölle, auf deren Herabsetzung nicht habe ich gezwungen werden können.

Die Position wird bewilligt.

Bei den Einnahmen aus den Werken, die mit anderen Städten gemeinschaftlich betrieben werden, regt

Abg. Arndt die Einführung eines Rohölzolls an. Die Lage der Kupferproduktion habe sich seit dem vorigen Jahre noch erheblich verschlechtert. Die Mansfelder

Bei dem Titel „Büchse zu Knappischäfken u. s. w. 92126 Mar“ bemerkt

Abg. Naturp: Die Industrie steht mit einiger Sorge auf die ihr durch das Kranken-Unfallversicherungsgeheg erwachsenden Neubefestigungen. Sie kann nicht mit der Denkschrift über die Betriebsergebnisse zugeben, daß diese Besorgnisse unberechtigt sind, daß man es nur mit den „unvermeidlichen Unzuträglichkeiten einer Übergangszeit“ zu thun habe, daß diese Einflüsse auf die Verhältnisse der Knappischäfken sich später wieder ausgleichen würden. Nach den vorliegenden Ermittelungen sind für die zweite Section unserer Berufsgenossenschaft vom zweiten Semester 1885 auf das erste Semester 1886 die Ausgaben für die Krankenversicherung von 246 000 auf 484 000 M. gestiegen. An Umlagen ist 1886 schon ein Prozent der Arbeitslöhne für diesen einen Zweck der Versicherung erhoben worden und im laufenden Jahre wird sich dieser Satz auf 1½ p. C. erhöhen. Hoffentlich wird im nächsten Etat eine genaue Darlegung dieser Verhältnisse gegeben werden.

Der Titel wird bewilligt, desgl. die sämmtlichen übrigen Capitel des Ordinariums. Nur bei der Position 250 000 M. zur Ausführung von Bohrversuchen wünscht

Abg. Schulz-Böhm: Tieftbohrungen im Münsterländchen Becken, um die Ausdehnung und den Umfang des westfälischen Steinkohlenreviers festzustellen.

Im Extraordinarium werden 400 000 M. zur Fortsetzung des bei der Saline zu Schönebeck in der Ausführung begriffenen Ablaufens eines Steinplatzaufbaus und 350 000 M. zur Herstellung einer Auflösungsstation für Carnallitze beim Achsenbachschacht des Stahlfurier Salzwerks gefordert. Die Budgetcomission empfiehlt beide Posten zur Bewilligung, sowie betreffs des zweiten Postens die Annahme folgender Resolution:

„Die Petition der Privatalkalifabriken der Staatsregierung in der Richtung zur Erwörgung zu überweisen, daß bei der Errichtung der Löfstation die Interessen der betreffenden Chlorkaliunfabriken nach Möglichkeit geschont werden.“

Abg. Dr. Dürre (nat.-lib.) macht auf die Gefahr aufmerksam, welche durch eine solche Station den Privatwerken entsteht. Gewiß würde das Staatswerk in dieser Beziehung nicht von Privatunternehmern abhängig sein, aber die hier vorgelegte Einrichtung werde die weitreichendsten Consequenzen haben. Der Staat müsse dann noch mehr Stationen anlegen, er müsse die Mutterlauge selber verarbeiten und zu diesem Behufe eine große Fabrik einrichten. Es gäbe weit bessere Mittel, um den von der Regierung beabsichtigten Zweck zu erreichen, als das vorgelegte, z. B. wenn der Bau der Löfstation den Privatunternehmern überlassen werde, natürlich gegen angemessene Entschädigung an den Staat, und dadurch die Möglichkeit der Verarbeitung der Mutterlauge und somit der Erhaltung ihrer Existenz überhaupt verbleibe.

Abg. Graf Limburg-Stirum führt aus, der Betrieb müsse dem Fiscus übertragen werden, schon aus Rücksicht auf die Landwirtschaft; denn die Privatindustrie werde den Landwirt nur dann mit den nötigen Salzen versorgen, wenn sie ihren Profit dabei finde. Der Fiscus werde auch durch das jetzige System direct geschädigt. Die betreffenden Gesellschaften seien in der Lage gewesen, Dividenden bis zu 60 p. C. zu zahlen. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Windthorst spricht sich aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen alle neuen Staatsbetriebe dieser Art auch gegen diesen aus.

Abg. Dr. Freih. v. Schorlemmer meint, es handle sich hier weniger um einen neuen Staatsbetrieb, als darum, einen bestehenden Betrieb für den Staat nutzbar zu machen. Er sei deshalb für die Position. (Beifall rechts.) Der Fiscus sei vollständig berechtigt, die jegliche Convention mit ihrem Ablauf zu kündigen, es sei ein großer Fehler seiner Zeit gewesen, diesen Betrieb Privaten zu überlassen, die Millionen aus ihm gezogen hätten zum Schaden der Landwirtschaft. (Zustimmung rechts.)

Abg. Berger-Witten empfiehlt gleichfalls die Annahme des Commissionsantrages.

Geheimrat Freund legt dar, die beabsichtigte Anlage solle der Privatindustrie keine Konkurrenz machen, sie sei im Grunde nur die Befreiung des schon vorhandenen Staatsbetriebes. Die private Salzproduktion würde daneben sehr gut wie bisher bestehen können.

Die Position wird angenommen, ebenso die dazu gehörige Resolution.

Damit ist dieser Etat erledigt. — Es werden sodann der Etat des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses ohne Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Sonntags 11 Uhr Eisenbahn-Verstaatlichungsvorlage und Secundärbabylonvorlage.

Schluß 4 Uhr.

* Berlin, 11. Februar. Die conservative Kreuzzeitung erklärt heute, vom deutsch-nationalen Standpunkte könne sie im Gegensatz zur „Post“, welche aus der Bulle de salute animarum eine solche unbedingt bindende Verpflichtung für die Katholiken ausdrücklich herleitet, ohne anscheinend zu merken, daß sie damit das frühere, von ihr stets mit Schmähungen überhäufte Verhalten des Centrums vollständig rechtfertigt und es den Katholiken auch für die Zukunft zur Gewissenspflicht macht, dem Papst auch in politischen Dingen mehr zu gehorchen, als dem Könige, die Verpflichtung einer deutschen politischen Partei, dem Papst Gehorsam zu leisten, nicht anerkennen.

* Berlin, 11. Februar. Bischof Kopp von Fulda hat der Wiederwahl des Grafen Droste-Vischering ausdrücklich zugestimmt und, wie das Wahlcomité bekannt macht, unter Ertheilung der Ernächtigung, dies dem Clerus mitzutheilen, erklärt, daß er jede Einmischung von anderer Seite zurückstelle, daß er seine Wahlpflicht erfüllen und für den Kandidaten des Centrums stimmen werde.

Der „Osservatore Romano“ versichert, daß auch das zweite Schreiben des Cardinals Jacobini nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei. Das päpstlich-offizielle Blatt erklärt, nicht zu wissen, von wem die Veröffentlichung ausgegangen sei.

* Berlin, 11. Februar. Auch die Redacteure der „National-Zeitung“ haben den Aufruf der hiesigen Cartellpartei nicht unterschrieben.

Der offizielle Bericht über die gestrige Bundesrathssitzung besagt nichts von einem Beschlusse, über Offenbach oder Stettin den kleinen Belagerungszustand zu verhängen.

Ebenso wie dem freisinnigen Landrat Baumbach ist auch dem ultramontanen Staatsanwalt Gröber in Württemberg der Urlaub zur Candidatur verweigert worden.

Der 16. Congress der deutschen Gesellschaft für Chirurgie wird am 13. bis 16. April in Berlin abgehalten werden.

* Berlin, 11. Februar. Aus Paderborn wird jetzt in allem Ernst die anfangs als schlechter Scherz aufgefaßte Meldung bestätigt, daß man als „guten Katholiken“ Herrn Geheimen Commissionsrat Pindler, Chefredakteur der „Nord. Allg. Ztg.“, dem Centrumsmann Stadtstrat Hesse entgegenstellen wolle.

* Berlin, 11. Februar. Aus Halle meldet ein Privattelegramm: Der bisherige Reichstagabgeordnete Kayser wurde gestern Nachmittag 2 Uhr bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe polizeilich festgesetzt, weil er im Verdacht stehen sollte, als Wahlkandidat der sozialdemokratischen Partei einer geheimen Verbindung anzugehören. Bei der Durchsuchung fand man bei ihm drei Briefe des hiesigen Wahlcomités und eine Klummer der Zeitschrift „die Gleichheit“, die ihm volitzig abgenommen wurden. Um 6 Uhr wurde er wieder freigelassen.

* Berlin, 11. Februar. Am Stelle des Generalmajors Hoffmann Commandanten von Sonderburg-Düppel, welchem der erbetene Abtschied bewilligt wurde, tritt Oberst von der Schulenburg, bisher Commandeur des Infanterie-Regiments Nr. 129, an dessen Stelle Oberstleutnant Kirchhof, bisher Commandeur des 2. Schlesischen Jäger-Bataillons Nr. 6, an des letzteren Stelle Major von Bojanowski vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. — Rittergutsbesitzer Dr. Heimann aus Wegschnü, Kreis Cosel, hat den Roten Adler-Orden 4. Klasse erhalten.

* Tilsit, 11. Februar. Der hiesige deutschfreisinnige Wahloverein hat einstimmig von Saucken-Tarpuschen als Kandidaten aufgestellt.

* Wien, 11. Februar. Der Handelsminister Bacquey beantwortete heute die Interpellation Fuß wegen Ausschau des Eisenbahnen Troppau-Ratibor dahin, daß die Ausführung dieser Bahn, sowie

der nicht minder wichtigen Bahnlinie Ottmachau-Lindewiese in nicht fernster Zeit erfolgen werde.

* Wien, 11. Februar. Der deutsche Club ist gesprengt. Fünfzehn Mitglieder antisemitischer Couleur dürfen austreten. Morgen findet die Entscheidung statt.

Aus Woss' Telegraphischen Bureau.

Berlin, 11. Februar. Der Kaiser empfing heute Vormittag den General Gols, den Oberceremonienmeister Graf Eulenburg, den Oberhofmarschall Peyerl, nahm darauf militärische Meldungen entgegen, konferierte mit den Grafen Stolberg und Hochberg, und machte eine Spazierfahrt, wobei er der Herzog Max Emanuel von Bayern einen Besuch abstatte. An dem Diner nahm Prinz Wilhelm teil.

München, 11. Februar. Ergiebiger Besitzer v. Miller ist heute Nacht gestorben. (Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.)

Rom, 11. Februar. Die „Opinione“ weist auf die Verhandlungen Nobilants über die Fortdauer der Beziehungen Italiens zu Deutschland und Österreich-Ungarn im Interesse eines allgemeinen Friedenspolitik und der Sicherung des alseitigen Territorialbestandes hin und sagt, die gegenwärtige Ministerkrise treffe Italien in einem sehr heiklen Augenblick. Wer könnte mehr als Nobilant die Fähigkeit und Autorität besitzen, um bei diesen brennenden Unterhandlungen zu reüssieren? Wenn ihm die Verpflichtung zusalle, einer augenblicklichen Entmündigung nicht nachzugeben, liege auch der Majorität und den Dissidenten die Pflicht ob, ihrer ungeheuren Verantwortlichkeit sich bewußt zu bleiben und eine parlamentarische Mittelpartei vorzubereiten, welche die Regierung mit der ganzen nothwendigen Autorität ausübt, um ihren entscheidenden Einfluß in Europa auszuüben. Die „Opinione“ fährt dann fort: Wir hatten diese sehr ernste Situation im Auge, als wir vor Kurzem einen Appell an die Eintracht der Majorität mit den Dissidenten richteten und ein ausgezeichnetes Mitglied der anderen Partei, welche mehr durch historische Erinnerungen als durch wesentliche Meinungsverschiedenheiten von uns getrennt ist, zum Anschluß an die Majorität und zum Eintritt in die Regierung aufforderten. Wir haben es nicht eilig, die Krise in wenigen Tagen beendet zu sehen; es liegt uns vielmehr daran, daß dieselbe nicht mit der Bildung eines schwachen und dem Auslande gegenüber autoritätslosen Cabinets abschließe. Da uns der Patriotismus die rücksichtloseste Offenheit zur Pflicht macht, sprechen wir es aus, daß vor Allem einigen hervorragenden Männern die Verantwortlichkeit für gewagte Entschlüsse zufällt, wovon es abhängt, ob Italien morgen noch einen Einfluß auf die Angelegenheiten Europas zu besitzen im Stande sei und seine wesentlichsten Interessen zu vertheidigen vermöge oder nicht.

Paris, 11. Februar. Das „Journal des Débats“ bemerkt zu dem Antrage Wolffs, betreffend die Neutralisierung Ägyptens: Wenn man den Fall sehe, Frankreich oder Deutschland erhielten durch einen feierlichen Vertrag das Recht, die belgische Armee zu befehligen und Belgien mit Heeresmacht zu durchziehen, sowie im Falle eines Aufstands Antwerpen, Brüssel und Lüttich zu besetzen, so erhalte man eine annähernd richtige Vorstellung von der Art der Neutralität, welche England Ägypten zugedacht habe. In Frankreich nenne man das Protectorat. Das Journal meint, die Türkei dürfte einer so selbstsamen Neutralität den status quo vorziehen, der ihr die Ellbogen frei lasse. (Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.)

Paris, 11. Februar. Das „Journal des Débats“ bemerkt zu dem Antrage Wolffs, betreffend die Neutralisierung Ägyptens: Wenn man den Fall sehe, Frankreich oder Deutschland erhielten durch einen feierlichen Vertrag das Recht, die belgische Armee zu befehligen und Belgien mit Heeresmacht zu durchziehen, sowie im Falle eines Aufstands Antwerpen, Brüssel und Lüttich zu besetzen, so erhalte man eine annähernd richtige Vorstellung von der Art der Neutralität, welche England Ägypten zugedacht habe. In Frankreich nenne man das Protectorat. Das Journal meint, die Türkei dürfte einer so selbstsamen Neutralität den status quo vorziehen, der ihr die Ellbogen frei lasse. (Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.)

Wähler-Versammlung.

H. Breslau, 11. Februar.

Die heut abgehaltene Wählersversammlung der deutschfreisinnigen Partei war überaus zahlreich besucht. Der große Saal des Liebig'schen Cafés blieb aus, aus dem die Tische entfernt waren, war bereits längere Zeit vor Beginn der Versammlung in allen seinen Räumen dicht gefüllt und noch strömten immer neue Scharen herein, sobald schließlich gar mancher kleinen Eintritt mehr fand. Eingeladen waren alle Parteigenossen und solche Wähler, welche mit der deutschfreisinnigen Partei zu stimmen gezeigt sind.

Der stellvertretende Vorsitzende des deutschfreisinnigen Wahlovereins, Rechtsanwalt Kirschner, eröffnete gegen 8½ Uhr die Versammlung, indem er die Herren Dr. Elsner, Stadtstrat Bielefeld, Stadtverordneten Simon und Stadtverordneten Geier ersuchte, als Beisitzer zu fungiren, und so dann ausführte:

M. H.: Als dem Reichstage am 14. Januar ein jähres Ende bereitet und das deutsche Volk gleichzeitig zu Neuwahlen aufgerufen wurde, da konnte sich wohl jeder einsichtige Politiker sagen, daß es einen schweren Kampf geben würde, und in der That, m. H., je länger der Kampf währt, um so klarer wird es wohl auch dem blödesten Auge, daß es sich für die freisinnige Partei darum handelt, um ihre Existenz im deutschen Vaterlande zu kämpfen, daß es einen Kampf gilt für das Recht der freien und selbstständigen Meinung und deren Verhüttung auf verfassungsmäßigen Wege.

M. H.: Allerdings wurde der Verbiß gemacht, unsere Stadt Breslau von diesem Kampfe auszuschließen. Aber die Diejenigen, die zunächst die Pflicht hatten, sich über den Compromiß-Vorschlag der vereinigten Parteien zu entscheiden, kamen bald einmütig zu der Überzeugung, daß es nicht recht gehan wäre, daß sich diese Stadt nicht ausschließen könne von einem Kampfe, der durch unser gesammtes Vaterland geht, und die Folgezeit hat gelehrt, daß wir recht gehandelt haben. In der That, es wäre eine widernatürliche Vereinigung gewesen, wenn wir zu einer Zeit, wo zum Theil dieselben Männer, die uns das Compromiß anboten, in glühenden Worten die Schleifer aufrufen zum Kampfe gegen unsere Parteigenossen, wenn wir in dieser Zeit in unserer Stadt das Compromiß eingegangen wären und die Hände in den Schoß gelegt hätten, eine Vereinigung, deren Kitt lediglich der Haß gegen die deutschfreisinnige Partei gewesen wäre. (Beifall)

Nun, m. H., in einer solchen Zeit ist es für uns eine große Genugtuung, daß wir Ihnen als Kandidaten und als Führer im Streite Männer präsentieren können, zu denen die Bürgerschaft das volle Vertrauen haben kann. Wir schlagen Ihnen vor, als Kandidaten der deutschfreisinnigen Partei aufzutreten Herrn Rittergutsbesitzer von Saucken-Tarpuschen und Herrn Stadtstrat A. D. Friedländer. (Bravo!) Letzterer weilt unter uns und wird Ihnen Rede und Antwort stehen. Wir aber wissen ja, daß er alle Zeit bereit ist, für die Interessen der Gesamtheit, mannhaft einzutreten. Wir kennen ihn als Abgeordneten zum Landtag, wir wissen, daß wir vertrauensvoll die Vertretung dieser Stadt im Reichstage in seine Hand legen können. Herr v. Saucken-Tarpuschen hat gebeten, obwohl er bereit ist, bei einer eventuellen Stichwahl unter uns zu erscheinen, vorläufig mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Erscheinen an dieser Stelle Abstand zu nehmen. Nun, m. H., der Name, den dieser Mann trägt, ist in dem deutschen Vaterlande so wohl bekannt, wir Alle wissen, wie er sich im jahrelangen Kampfe bewährt hat, daß wir wohl seine persönliche Erscheinung die Überzeugung gewinnen können, er werde diese Stadt, sofern die Wahl auf ihn fallen sollte, mit Ehren vertreten. (Lebhaftes Bravo.)

Nun, m. H., so lassen Sie uns denn in diesen Kampf eintreten, lassen Sie uns dabei unverrückt im Auge haben das letzte Ziel, das Wahl unseres gelebten deutschen Vaterlandes (Lebhaftes Bravo), das wir uns nicht anders glücklich und nicht anders wahrhaft groß denken können, als wenn jedem im Volke das Recht gewahrt ist, unangefochten seine Meinung zu vertreten, und als wenn die Stimme des Volkes die ihr gebührende Verstärkung erfährt. (Bravo.)

Nun, m. H., so lassen Sie uns denn in diesen Kampf eintreten, lassen Sie uns dabei unverrückt im Auge haben das letzte Ziel, das Wahl unseres gelebten deutschen Vaterlandes (Lebhaftes Bravo), das wir uns nicht anders glücklich und nicht anders wahrhaft groß denken können, als wenn jedem im Volke das Recht gewahrt ist, unangefochten seine Meinung zu vertreten, und als wenn die Stimme des Volkes die ihr gebührende Verstärkung erfährt. (Bravo.)

Demnächst nahm

Stadtrichter Friedländer, von der Versammlung mit lang an-dauerndem rauschenden Beifall begrüßt, das Wort zu folgender Ansprache: Meine Herren! Zuvorüber darf ich Ihnen für den freundlichen Empfang, den Sie mir soeben bereitet haben. Er mag mir als ein Zeichen Ihres Wohlwollens und auch Einverständnisses dafür gelten, daß ich als Ihr Vertreter für den Reichstag hier kandidieren soll, und es ist dies für mich um so nützlicher und anerkennenswerther, als es heut zu Tage wahrhaftig nicht leicht für ein Mitglied der deutschfreisinnigen Partei, die Ehre und Würde einer solchen Kandidatur auf sich zu nehmen.

Als, m. H., im Reichstage die Militärdebatte zur zweiten Lesung stand,

befand ich mich weit weg vom Vaterlande im Auslande. Selbstverständlich verfolgte ich den Gang der Debatte mit Ungebild und Sorgfalt, und als ich die Nachricht aus französischen Blättern, die mir zuerst zugangen waren, empfing, daß die deutschfreisinnige Partei und mit ihr das Centrum sich entschlossen habe, hinsichtlich der Erklärungen, welche die Reichsregierung in der Commission und im Parlament gegeben hatte, alles, was die Sicherheit des Vaterlandes und die Vermeidung der Militärfrau im Frieden gefordert habe, zu bewilligen mit der einzigen Einschränkung, daß nicht auf 7 Jahre die geforderte Bewilligung gelte, sondern daß auch dem fünfjährigen Reichstage nach Ablauf von 3 Jahren das Recht zustehe, die Frage von neuem zu prüfen, da dachte ich, eingedenk der Prophezeiung der „Schlesischen Zeitung“: glücklicherweise ist das Schwerste überstanden, ein Conflict ist undenkbar.

Doch leider! Wie so manchmal hatte sich die „Schlesische Zeitung“ in ihrer Prophezeiung geirrt, und kaum war der § 2, der viel berufene Paragraph, in welchem die materielle Forderung der Regierung bewilligt wurde, mit Majorität angenommen, da wurde aus der verhängnisvollen rothen Mappe, bevor noch die zweite Beratung zu Ende kam und bevor noch an die dritte Lesung gegangen war, die Auflösung des Reichstages beschlossen. Und, m. H., von dem Moment an, kaum daß ich den deutschen Boden betreten hatte — es war 5 oder 6 Tage darauf — entfesselte sich ein Wahlkampf mit einer Intensität, mit einer Heftigkeit, wie ich ihn, der doch manchen Wahlkampf mitgemacht habe, noch nicht erlebt hatte. Neue Parteigruppen zeigten sich und neue Ziele wurden der zur Neuwahl berufenen Bevölkerung gestellt.

Im ersten Moment war ich und eine nicht geringe Zahl davon überrascht. Ich stand, offen gestanden, im ersten Augenblick nicht: warum dieser furchtbare heftige Kampf? Es liegt nur eine ganz einfache Verfassungsfrage vor; es liegt nur die Frage vor: soll es der Vertretung des Deutschen Reiches nicht verwehrt sein, nach Ablauf von 3 Jahren den künftigen Reichstag, welcher dann unter allen Umständen in Funktion sein würde, von neuem vor die Frage zu stellen, ob es hinfällig der so drückenden Militärlast, der ungeheuren Summen, welche die Bevölkerung erschöpft, ob es nicht geboten und erlaubt sein möchte, von neuem an die Regierung die Frage zu stellen, ob es möglich sei, sei es rücksichtlich anderer Einrichtungen, vielleicht durch Einschränkung der Militärpflicht, Verkürzung der Dienstzeit, Erleichterungen einzutreten zu lassen?

Das war der wesentliche Kern der Frage, und wie ist sie aufgebaut worden?

Gleich traten in Berlin die Parteien, die sogenannten Nationalliberalen, die Freiconservativen und die Conservativen, zusammen und bildeten ein Wahlcartell. Und das Beispiel dieses Berliner Cartells hat sich über das ganze Land mit der Scheidung vollzogen. Auch hier in Schlesien dauerte es nicht lange, so waren die drei Parteien geschieden und hielten es für angemessen, den Zweck ihrer Vereinigung und den Zweck der Wahl zusammen zu fassen in einem an sämtliche Wähler der Provinz Schlesien gerichteten Aufruf und die Wähler für sich zu gewinnen. Nun, Sie werden zugeben, m. H., — ich sage voraus, daß Ihnen sämtlich der Aufruf bekannt ist, — daß, wenn jemand mit den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, nicht ganz vertraut ist, und wenn er diesen Aufruf liest, daß er auf den Gedanken kommen muß, daß lediglich von dem Votum, ob drei oder sieben Jahre, nicht nur das Wohl des Vaterlandes, sondern der ganze Frieden, ja die Existenz des Reiches abhängt.

In diesem Aufrufe wird gefragt, der Feind stehe vor dem Thore, und eine bunt zusammengewürfelte Majorität wage es, das der Kaiser, was der Kanzler und was der hochberühmte, siegreiche Heerführer Moltke gefordert habe, mutwill

Fassung — so sei in gewissem Sinne zugugeben, daß die Einrichtung eine Art von provisorischem Charakter habe. Der Gedanke, 15 neue Bataillone zu bilden, sei hervorgegangen aus der Nothwendigkeit des vermehrten Grenzschutzes; man habe aus denselben nicht selbständige, gröbere Formationen gebildet, sowohl aus Rücksicht auf die Sparsamkeit, als unwillkürlich eine eventuelle Rückbildung zu erleichtern."

M. H.! Sie sehen daraus, daß der Kriegsminister selbst von dem Gedanken geleitet war, daß wenn es nicht nötig sei, die Kriegsverwaltung gern bereit sei, an der Rückbildung dieser 16 Bataillone.

Abgegeben davon, sehen Sie nicht eine ganze Reihe von für unser Vaterland ebenso nöthigen Einrichtungen nicht nur auf 3 Jahre, sondern auf einjährige Zeit? Haben wir nicht schon wiederholt im Reichstage und anderweitig auseinandergefecht und nachgewiesen, der ganze Marine-Etat wird jährlich bewilligt, ebenso die Eisenbahntruppen, und hat sich irgendwie gezeigt, daß das von einem wesentlichen Nachteil sei? Endlich sagt man, es sei unmöglich und unkenbar, daß einzelne Offiziere so zu sagen auf Kündigung gefeuert werden; es wird die Berufsfreudigkeit gemindert. Nein, m. H.! Ich habe solches Vertrauen einerseits zu den betreffenden Offizieren und andererseits zu dem deutschen Reichstage, daß, wenn er die volle Überzeugung gewinnen wird, und daß auch, so lange wir den deutschen Bund und deutschen Reichstag haben, jeder kommende Reichstag, wenn auch nach sorgfältiger Erwägung der Umstände, doch gern und willig alles, was nothwendig ist für des Reiches Sicherheit, bewilligen wird. (Lebhafte Bravo.)

M. H.! Man ist weiter gegangen, man sagt, und das war auch ein Punkt, in welchem sich die coalirten Parteien mit dem Reichskanzler getroffen haben, diese Frage bedeute einmal die Überschreitung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages, und zweitens sei es der Bruch eines Compromisses, den die Regierung und der Reichstag mit einander geschlossen hätten. In beiden Fällen hat der Kanzler meines Erachtens Unrecht. Gerade die Parteien, welche heute mit einer Entschlossenheit mit wenig beneidenswerther Entschiedenheit Kopf über Kopf in den Wahlkampf stürzen, namentlich die Freisinnigen, sind klassische Zeugen dafür, daß davon nicht die Rede sein kann. Lasker, Bennington und andere Führer der Nationalliberalen haben ausdrücklich, als es sich zu jener Zeit darum handelte, diese Fassung zu schaffen, anerkannt, daß dem Reichstage unbedingt das Recht zustehe, sei es durch ein besonderes Gesetz, sei es durch den Etat, die Militärfriedensstärke festzustellen, und man hat freiwillig auf eine verschiebene Reihe von Jahren, auf 4, auf 3½ und zweimal auf 7 Jahre im Wege des Compromises sich damit einverstanden erklärt, zunächst immer auf die beschlossene Zeitdauer auf eine anderweitige Feststellung des Militäretats zu verzichten, und m. H., gerade der Mann, welcher heut, nachdem er sich lange schwankend von der politischen Schaubühne zurückgezogen hat, wieder erscheint! Bennington hat, als seiner Zeit das Compromiss geschlossen wurde, ausdrücklich erklärt, daß der Reichstag nach Ablauf des Compromises unbedingt das Recht habe, nach dem Gesetz und nach dem Budget über diese Frage zu entscheiden.

Also, m. H., nach allen Richtungen bin ich Ihnen dargelegt zu haben, daß es unrichtig ist, wenn man sagt, der Reichstag hat mutwillig die Sicherheit des Vaterlandes in Frage gestellt, er hat das Vaterland in Kriegsgefahr gebracht, der Reichstag habe seine verfassungsmäßigen Rechte überschritten und er habe das Compromiss einseitig gebrochen. Ich glaube, es ist nicht möglich, daß eine Landesvertretung Compromisse schließen soll, welche künftige Vertretungen binden. Das war der Grund, aus welchem heraus die deutschfreisinnige Partei in ihr Programm aufgenommen hat, daß das Militärbudget nur auf 3 Jahre bewilligt werde. Drei Jahre ist die Dauer, welche der Reichstag verfassungsmäßig zu wünschen hat, und es sollte jedem künftigen Reichstage das Recht gewährt werden, von neuem diese Frage zu prüfen. Es ist geradezu widerstimmig, wenn man von der Verfassung abzubrücken sucht. Kommt man erst auf diesen Boden, dann würde ich sagen: besser keine Verfassung, als eine solche. (Bravo!) Wenn man dem Reichstage, wie der Kanzler versucht hat, das Recht absprechen will, zu beschließen, man stößt sich an das Wort „bewilligen“, man nennt es Freiheit, daß der Reichstag bewilligen will, er müßte sich zufrieden geben, zu dem, was die Regierung fordert, „ja“ zu sagen — nein, m. H., so lange wir kämpfen können und so lange wir das Vertrauen der Wähler genießen, so lange werden wir, mögen wir viele, einige oder noch einer abrig bleiben, auf unsern Standpunkt stehen bleiben. (Lebhafte Bravo.)

Und darum, m. H., freut es mich, hier aussprechen zu können, daß auch die Mitglieder des Centrums, von denselben Erwägungen ausgebend, trotz aller Drohungen und Lockungen — mit Zuckerbrot und Peitsche hat man sie abwechselnd behandelt — daß dieselben, von dem gleichen Gesichtspunkte ausgehend, sagen: „Drei Jahre und nicht mehr!“ (Lebhafte Bravo.)

M. H.! Aber warum denn dieses Geschiere, warum wird denn mit so unerhörten Mitteln gegen uns gekämpft? Nun, m. H., blos deshalb, weil die gegnerischen Parteien eigentlich etwas anderes wollen, als Sie vorgeben. Es handelt sich nicht um diese Frage. Diese Frage ist, sage ich, und da stellt ich mich ganz auf den Boden der „Schlesischen Zeitung“, der „conservative Correspondenz“ und der Kreuzzeitung, eine reine Opportunitätsfrage, die in allererhötesten Fällen eine Verfassungsfrage, der gar nicht die Bedeutung innerwohnt. Nein, m. H., man glaubt, es sei endlich die Zeit gekommen, um die Partei „Knoblauch“, ich meine natürlich den Landrat Knoblauch (Heiterkeit), es sei der Moment gekommen, um die Partei „Bismarck sans phrase“ bilden zu können, eine Partei, die nur eingeschworen sein soll auf einen einzigen Punkt: sie will, was der Reichskanzler will, und sie will das nicht, was der Reichskanzler nicht will. (Bravo und Ruf: „Psui“.)

M. H.! Trost des „Psui“ werden Sie mich an meiner wohlüberlegten Neuzeugung nicht irre machen. Ich bin nicht gewohnt, mit Worten zu spielen, ich habe mir die Sache wohl überlegt und bin bereit, mein Wort zu geben, auch einem Gegner gegenüber, zu vertreten. (Lebhafte Bravo.)

M. H.! Darum handelt es sich, und warum handelt es sich darum? Welches Interesse kann der Reichskanzler, dem man nicht abstreiten kann, daß er neben den unsterblichen Verdiensten, die er sich bei der Errichtung des Deutschen Reiches erworben und die er auch bei der Fortführung nach allen Richtungen trotz allem hat und behalten wird, welches Interesse kann der Reichskanzler haben und warum soll auf einmal mit aller Macht und allen Mitteln diese Partei zu Stande kommen?

Nun, m. H., der Herr Reichskanzler hat Ihnen seine leichten Ideale wiederholt vorgeführt. Er hat gefunden, daß er trog aller diplomatischen Verhandlungen mit den Parteien und Vertretern im Reichstage nicht zum Ziele kommt, er will aber, daß doch endlich dieses Ziel erreicht werde. Er wird, wie er selber sagt, älter, und möchte die Sache gern noch in Ordnung bringen. Aber dem gegenüber müssen wir unausgesetzt auf dem Posten sein, die wir nicht mit der Verwirklichung dieser Ziele einverstanden sind, und den Kampf dagegen führen, denn was der Kanzler will, liegt offen da, es sind die Monopole (Sehr richtig); es ist die weitere Einschränkung, die verfassungsmäßige Einschränkung der der Volksvertretung in der Reichsverfassung gegebenen Rechte (Ruf: Wahlrecht!), gewiß, an der Spitze das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Und wenn ihm sein erster Versuch mißlungen ist, so wissen Sie, daß der Reichskanzler bei seiner Energie sich nicht leicht durch einen mißlungenen Versuch zurücktrecken läßt, sondern den Versuch wiederholt, und Herr von Puttkamer hat gar kein Hehl daraus gemacht, daß sein Ideal immer sei, die Erwählung anzustreben, ob es gerechtfertigt sei, daß allgemeine geheime Wahlrecht im Reiche beizubehalten. Und Herr von Scholz hat vor wenigen Wochen im Landtag, ohne der Gefahr ausgezogen zu sein, „gerammelt“ zu werben (Heiterkeit), erklärt, nach wie vor bleiben die Monopole sein lechtes Ziel. Und nun, m. H., was die Monopole bedeuten, brauche ich in dieser Verhandlung nicht auseinander zu ziehen. Als dieselben zum ersten Male auf die Tagesordnung gelegt wurden, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Ihnen die furchtbaren Schädigungen, die mit der Einführung dieser wenigstens für Deutschland fremdartigen Einrichtung verbunden wären, auseinanderzuziehen. Wir haben Ihnen gesagt, daß es sich bei dem Schnapsmonopol darum handelt, zum Besten von vielleicht 3000 Großbrennern Hundertausende von redlich sich bis dahin ernährbaren Existenz zu vernichten. Wir glauben nicht, daß unsere damaligen Ausseinerungen auf unfruchtbaren Boden gefallen sind. Ich bin überzeugt, daß mein Gegencandidat, der heute in einem anderen Locale spricht, der Herr Landgerichtsdirektor Witte, dort erklären wird, die Nationalliberalen wollen keine Monopole. Ich glaube dem Manne, m. H., er sagt es, aber es ist doch nicht wahr! (Heiterkeit) Ja, m. H., ich will Ihnen sagen, warum. Diese Herren, bei aller Ehrenhaftigkeit, die Ihnen ja unbedingt innerwohnt, können gar nicht sagen: wir wollen kein Monopol. Darauf kommt es gar nicht an, was sie wollen, es kommt einzige darauf an, was der Reichskanzler will. (Bravo!) Wenn der Herr Reichskanzler will, werden die Herren auch wollen. Wenn erst die Frage an sie herantritt, dann werden sie bei der ersten oder zweiten, die Besten werden bei der dritten Lesung umfallen. Wir haben wiederholt die Erfahrung gemacht. (Beifall.)

Und nun, m. H., um eine solche Partei zusammenzuschweißen und zur

Majorität zu bringen, scheint jedes Mittel recht und haben sich gerade in den letzten Tagen nach dieser Richtung Dinge hin entwickelt, die man bis zu diesem Augenblick kaum für möglich gehalten hat. Ich habe, als ich mich vor 2½ Jahren zum ersten Male um eine Candidatur in Breslau bewarb, auf eine Interpellation erklärt, ich halte den Kulturmäpf für bedenklich, weil es nicht wohlgeht sei, mit einem auswärtigen Souverän über die Rechte und Pflichten der Untertanen zu verhandeln. Aber weit darüber hinaus hat man nun mehr versucht, den Papst in unsere inneren politischen Fragen hineinzuziehen. Wenn wir nun sehen, daß die Nationalliberalen, die Freisinnigen und der größte Theil der Conservativen dem zufielen, seien wir andererseits das Centrum geschlossen Mann für Mann ersehen als die Vertreter deutscher Unabhängigkeit und deutscher Selbständigkeit, Männer, die, obwohl sie Katholiken sind und die Unfehlbarkeit des Papstes in religiösen Dingen anerkennen, in politischen Dingen sagen, der Papst hat uns nichts zu befiehlt. (Bravo.)

Und darum, m. H., und auch dieser Punkt ist uns Deutschfreisinnigen vorgeworfen worden, finde ich es ganz selbstverständlich, daß, ohne daß wir nötig haben, darum zu bitten oder uns erst zu cartelliren, jetzt das Centrum uns unterstellt. Denn in dieser wichtigsten aller Fragen sind wir aneinander geleitet und veranlaßt, Reihe an Reihe miteinander zu kämpfen, unbeschadet der großen und schwerwiegenden Unterschiede, die uns sonst von jenen trennen und immer trennen müssen. Aber alle diese Feinde mußten in diesem Augenblick zurücktreten hinter die wichtigste, hinter die recht eigentliche Verfassungsfrage, die durch die Art, wie der Kampf geführt worden ist, in sich sagt die Frage der selbständigen Existenz des deutschen Reichstages. M. H! Malen Sie es sich aus, wenn Deutschland auf diesem Wege forschieren sollte mit denselben Rechten, mit welchen die deutsche Reichsregierung den Papst anruft in dieser rein politischen Frage und den deutschen Katholiken den Rath geben haben soll und zum Theil gegeben hat, für das Septennat zu stimmen, könnte dann nicht ein anderer Papst, wenn z. B. ein Bourbon auf den französischen Thron kommt, den deutschen Katholiken empfehlen, für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen zu stimmen, weil das den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich befestigen könnte? (Bravo!) Sie sehen also, wie gefährlich eine solche Politik ist und wie sie, um ihre Ziele zu erreichen, einseitig vorschreitend zu den selbstamten Ereignissen führt. Es ist, als ob unter Führung der Mitglieder der Protestantvereine ein Kreuzzug deutscher Scharen nach Italien veranstaltet werden sollte zur Wiederherstellung des Patrimonium Petri. Ist das die Aufgabe gewesen, welche wir verfolgten, als wir, unserem Jugendideal nahegehend, endlich auferstehen sahen die Herrlichkeit des Deutschen Reiches?

Und nun, m. H., alles das zusammen genommen, frage ich Sie: Sind das die Mittel und Wege, um in Deutschland in einer ernsten Zeit, wie jene Herren sagen, die Einigkeit, die ja nothwendig ist, herzustellen? In einem Saale dieser Stadt hat vor Kurzem, als jener ausgezeichnete Aufruf berathen wurde, mein hochgeehrter College vom Landtage, Graf von Limburg-Stirum, gesagt: Wir gehen einer liefernsten, kriegerischen Zeit entgegen; darum sei es nothwendig, die Sicherheit des Reiches und die Einigkeit des Bürgers zu stärken. Nun, ist das da der Weg, um die Einigkeit, die ja nothwendig ist, wenn ein Krieg uns so unmittelbar bevorstehen soll, herzustellen, ein Weg, bei welchem man zu verheben sucht die eine Hälfte des Volkes gegen die andere, bei dem man das ganze Schimpflerl des deutschen Sprachgebiets erschöpft, um damit zu bezeichnen die Führer und Mitglieder theils der deutschfreisinnigen, theils der Centrumspartei? (Sehr richtig!)

Wenn die Herren so vorgeben, nehme ich zu ihren Gunsten an, daß sie am besten wissen, es sei nicht Ernst, wenn sie uns grau in grau alle die Schrecken des kommenden Krieges ausmalen, sobald man statt 7 Jahre 3 Jahre sagt. Nein, m. H., das ist nicht richtig, und wäre es richtig, so würden sie geradezu dem Vaterlande gegenüber unverantwortlich handeln. Aber auch keiner von uns, wenn er es einleben könnte, würde auch nur einen einzigen Augenblick anstreben, jenen Männern beizutreten. (Bravo!) Weiß denn nicht jeder von uns, daß, wenn der Krieg kommen sollte, der Feind nicht darnach fragen wird, wie hast Du gestimmt und für wen hast Du gestimmt und daß, wenn er oder seine Angehörigen in den Kampf treten müssen, des Feindes Kugel ihn ebenso treffen wird, mag er nun für mich, für Richter, für Windhorst oder für von Seydelwitz oder Witte gestimmt haben? (Beifall.) Und wenn wir trotzdem so dastehen, so mag Ihnen das ein Beweis mehr sein, wie wir ruhig und überlegt die Fragen auffassen. Und darum ist es auch doppelt bedauerlich, daß seitdem der Wahlkampf entbrannt ist, mit dem Kriege in einer Weise gespielt wird, daß dadurch Handel und Wandel auf das Tiefste erschüttert und jedes Vertrauen untergraben wird. (Sehr richtig!)

Nachdem die gerühmte Schutzpolizei Schiffbruch gelitten hat, den vorausgefragt zu haben, wir den Sturm in Anspruch nehmen dürfen, nachdem in den letzten sieben Jahren die Industrie sich langsam erholt hat, wird mit einem Schlag das alles vernichtet und frivo niedergestreut. M. H.! Man mußte glauben, daß jeden Augenblick der Krieg ausbricht, daß der Feind schon vor den Thoren steht, und man war gezwungen, immer balancirend, weil es tatsächlich gegen die Wahrheit war, den einen Tag zu widersprechen, was man den anderen Tag von neuem brachte, und das hat leider in weite Kreise gegriffen und das Vertrauen in unsere Prinzipien zum Theil auch erschüttert.

Wir persönlich ist von verschiedenen Seiten gesagt worden, wir seien ein, es ist an und für sich für die Kriegs- und Friedensfrage gleichgültig, ob die Friedenspräzess auf 3 oder auf 7 Jahre bewilligt wird. Aber hätte Ihr die 7 Jahre bewilligt, dann hätten wir nicht ein solches Kriegsgeheul gehört, dann wäre nicht das Vertrauen in allen geschäftlichen Kreisen erschüttert worden.

Nun, m. H., es ist ein Glück! Jene haben in ihrem sonst sehr fein berechneten Spiel einen Fehler gemacht, einen taktischen Fehler, weil sie ihr Publikum zu früh verputzt haben. Sie haben zu früh das Kriegsspiel angefangen und waren nun, als sie saben, welche furchtbare Verwirrung sie angerichtet haben, gezwungen, zum Rückzug zu blauen, und ich habe die Hoffnung, daß die verirrten Köpfe nach und nach nun wieder fühl und klar sehen werden. (Bravo.)

M. H! Gewiß, die Zeit ist ernst. Möglich ist, wir kommen zum Krieg und Frieden entschieden werden, wie das Schicksal es bestimmt hat, sollten die ersten Stunden kommen, dann wollen wir alle, vergessend den inneren Haber, den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit, des Vaterlandsvertrahes, dann wollen wir auch mit jenen Glied am Glied und Reihe an Reihe kämpfen, weil sie doch trotz allem unsere Brüder sind, weil wir sein wollen ein einig Volk in Not und in Gefahr. (Bravo!) Und darum glaube ich nicht besser den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit, den man uns macht, jenen Parteien wiederzugeben, als mit der Erklärung, wir erkennen sie nicht als Reichsfeinde an, wir wollen aber hoffen, daß, sollte ein solcher schwerer Kampf kommen, er die Wirkung haben wird, aus den deutschen Landen die häßlichsten alten Erscheinungen herauszuwerfen, das ist eine solche Art des Parteikampfes. (Beifall.) Dazu, daß dies bald geschehe, werden Sie am meisten beitragen, wenn Sie unbekütt von allen Verzimpfungen, von allen Anfeindungen, trotz der müsten Agitation und trotzdem man glaubt, alle Mittel gegen uns anwenden zu dürfen, mutig und entschlossen am Wahltag an die Urne treten und nach Ihrer Überzeugung Ihre Stimme abgeben. Und wenn Sie dann glauben, in mir den Mann zu finden, der einfach und ehrlich und gesücht auf seine Überzeugung und nichts anderes im Auge hält, als des Vaterlandes Wohl und Glück, wenn Sie dann glauben, in mir diejenen Mann zu finden, dann bitte ich Sie um Ihre Stimmen. Und sollte die Wahl auf mich fallen, so seien Sie überzeugt: Ich habe nur das eine Ziel im Auge zu wirken für das Beste unserer Stadt und für das Beste des deutschen Vaterlandes. (Lang anhaltender, wiederholter, rauschender Beifall.)

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Niemand zu dem Vortrage das Wort wünscht, wünscht ein Herr aus der Mitte der Versammlung eine Erklärung des Candidates darüber, wie der selbe sich zu der Frage der Ausnahmegesetze stellt.

Herr Stadtrichter Friedländer erwirbt, er sei selbstverständlich Gegner jedes Ausnahmegesetzes (Lebhafte Bravo), er erkläre, daß, wie die freisinnige Partei seinerzeit gegen das Sozialistengesetz gestimmt habe, er auch unter allen Umständen dagegen stimmen werde, den Sozialdemokraten nicht zu Liebe, sondern zu Leide, weil er der Überzeugung sei, daß nichts mehr die Sozialdemokratie stärke und wachsen lasse, als solche Repressionen, er aber auf der anderen Seite auch den Sozialdemokraten gern das Recht der freien Rede zugestie, daß sie, die doch immerhin unsere Mitbürger sind, durch Ausnahmegesetze gebunden sind und durch die harten und grau-

jamen Gesetze der Ausweisung und des Belagerungszustandes bedrängt werden. (Lebhafte, wiederholte Bravo.)

Hieran folgte der Interpellant noch eine kurze Erklärung über das von ihm herrührende „Psui“, das nicht gegen die Ausführungen des Herrn Friedländer gerichtet gewesen sei.

Hierauf ertheilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Kirchner, dem Redakteur Karl Vollrath das Wort zu dessen angeklagter Ansprache. Die oft von lebhaftestem Beifall unterbrochene, mehrfach stürmische Heiterkeit erregende Rede desselben werden wir in einer späteren Nummer veröffentlichen.

Die Versammlung schloß mit einem dreimaligen Hoch auf die Candaten von Saucken-Tarpitschen und Stadtrichter a. D. Friedländer.

Handels-Zeitung.

Breslau, 11. Februar.

* Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. Wie uns mitgetheilt wird, soll der bevorstehende General-Versammlung seitens der Verwaltung die Vertheilung einer Dividende von 5½ pCt. pro 1886 (gegen 5 pCt. pro 1885) vorgeschlagen werden.

B. Deutscher Eisenbahn-Verkehrs-Verband. Unter dieser Bezeichnung ist an Stelle des früheren Tarif-Verbandes eine neue Vereinigung von Eisenbahn-Verwaltungen geschaffen, welche die Fortbildung der die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Leichen, Fahrzeugen, lebenden Thieren und Gütern betreffenden Dienstzweige, sowie die Herbeiführung thunlicher Uebereinstimmung der hierauf bezüglichen Vorschriften, insbesondere über das Abfertigungs- und Abrechnungs-Verfahrens bezweckt. Dem neuen Verbande gehören sämtliche preussische Staatsbahnen, die sächsischen, bayerischen, württembergischen und badischen Privatbahnen, die holländische und niederländische Eisenbahn und die niederländische Rhein-Eisenbahn-Gesellschaft, im Ganzen 59 Eisenbahn-Directionen an.

* Berlin-Anhaltische 4 pCt. Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. II. Em. Die nächste Ziehung findet im März statt. Das Bankhaus Carl Neuburger, Berlin, übernimmt die Versicherung für eine Prämie von 9 Pf. pro 100 Mark.

Submissionen.

A—z. Submissionennotizen. Die städtischen Wasserwerke in Berlin hatten die Lieferung von 13 500 000 Kigr. Steinkohlen zur Kesselfeuerung für die Wasserhebungsstationen zu Stralau, Tegel, Charlottenburg, Belforterstrasse und Tempelhoferberg pro 1887/88 zur Submission gestellt. Von den 26 eingegangenen Offerten bezogen sich eine grössere Anzahl auf westfälische Nuss- und Förderkohlen, die Preise hierfür schwankten von 1,47—1,98 M. pro 100 Kigr. Schlesische Kohlen wurden nur von einem Gleiwitzer und Berliner Händler angeboten und zwar beispielsweise: Förderkohle aus Abendröthegrube (N. S.) mit 1,49 Mark, Kleinkohle aus Rubengrube (N. S.) zu 1,51 Mark, Kleinkohle aus Carolinegrube (O. S.) mit 1,53 M., Fettförderkohle der Königin-Louisegrube (O. S.) mit 1,58 M., aus Florentinegrube (O. S.) Kleinkohle per Bahn zu 1,56 M., per Kahn zu 1,50 M., Förderkohle 1,70 resp. 1,64 Mark, Fettförderkohle von Gottesgegen (O. S.) mit 1,53 M. Sämtliche Preise frei Stralau. — Bei der am 9. abgehaltenen Submission der Königl. Eisenbahn-Direktion auf Oele war der niedrigste Preis für Raff. Rübel (312 000 Kigr.) pr. 100 Kigr. 1 M. über Börsennotiz, die Vereinigten Breslauer Oelfabriken verlangten für erste Qualität 1,40 Mark über Notiz frei Berlin; für 905 000 Kigr. Petroleum war die billigste feste Forderung 19,50 M. für kaukasisches, 20,50 M. für amerikanisches pr. 100 Kigr. fr. Berlin.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 11. Febr. **Neueste Handels-Nachrichten.** Heute fand eine weitere Begebung von Reichsschatzcheinen nicht statt, und ermäßigte sich in Folge dessen der Privatdiscont auf 3½ pCt. — Der Inhaber der früheren Bankfirma Ludwig Rabe und der vereidete Fondsmakler J. Spey er sind in der vergangenen Nacht plötzlich gestorben. — Die Verwaltung der consolidirten Redenhardt befußt zum 5. März c. eine außerordentliche Generalversammlung ein, in welcher Bericht erstattet werden wird über den Fortgang der Sanierung des Unternehmens. Gleichzeitig befindet sich auf der Tagesordnung ein Antrag auf Verlängerung der Frist zur Umwandlung der Stammaktionen. — In Folge der Mindereinnah

Glasgow, 11. Februar. Schiffsverkehr. Reisen 43, 101/2.

Berlin, 11. Februar. [Amerikanische Deutscher-Course.] Matt.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Cours vom 10. 11. Schles. Rentenbriefe 102 80 102 80

Mainz-Ludwigshaf. 91 70 91 10 Posener Pfandbriefe 100 80 100 90

Galiz. Carl-Ludw.-B. 78 60 78 50 Goth. Prm.-Pfbr. S. I 102 90 103 50

Gothard-Bahn. 94 60 95 — do. do. 31/2% 96 20

Warschau-Wien. 268 50 268 — do. do. S. II 101 20 100 60

Lübeck-Bützen. 153 50 152 — Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau. 57 — 55 20 Ostspreuss. Südbahn 100 30 100 50

Bank-Aktionen.

Bresl. Discontobank 86 20 88 20 do. Wecklerbank 97 10 97 —

Deutsche Bank. 152 70 151 50 Disc.-Command. ult. 185 90 185 60

Oest. Credit-Anstalt 442 70 443 50 Schles. Bankverein 102 75 103 —

Industrie-Gesellschaften.

Bresl. Bierbr. Wiesner — — —

do. Eisnbg. Wagenb. 95 — 94 —

do. verein. Oefabri. 61 — 60 50 Hofm. Waggonfabrik — — —

Oppeln. Portl.-Cemt. 69 60 69 — Schlesischer Cement — — 99 50

Oppeln. Portl.-Cemt. 69 60 69 — Schlesischer Cement — — 99 50

Bresl. Pferdebah. 127 70 128 — Erdmannsdorf. Spinn. 61 50 60 —

Kramsta Leinen-Ind. — — 124 — Schles. Feuerversich. — — —

Bismarckhütte. 103 — 103 50 Donnersmarckhütte. 40 90 41 —

Dortm. Union St.-Pr. 59 70 60 — Laurahütte. 78 80 79 75

do. 41/2% Oblig. 99 — 99 — Görl. Eis.-Bd. (Lüders) 99 60 99 60

Oberschl. Eisb.-Bd. 47 60 48 10 Schl. Zinkh. St.-Act. 118 50 119 —

do. St.-Fr.-A. 119 70 119 70 Bochumer Gußstahl 117 90 118 40

Inländische Fonds.

D. Reichs-Anl. 4% 104 60 104 50 Preuss. Anl. de 5% 144 50 143 90

Pr. 31/2% St.-Schlech. 100 — 99 90 Paris 100 Frs. 8 T. 80 30

Preuss. 4% cons. Anl. 104 — 103 90 Wien 100 Fl. 8 T. 159 —

Fress. 31/2% cons. Anl. 98 60 98 50 do. 100 Fl. 2 M. 158 50 158 35

Schl. 31/2% Pfdr. L.A. 98 60 98 50 Warschau 100 R.R.T. 182 60 181 20

Privat-Discont 31/2%

Berlin, 11. Februar, 3 Uhr 15 Min. [Dringl. Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Matt. Russen flau.

Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Oesterr. Credit. ult. 445 — 443 — Disc.-Command. ult. 186 50 185 37

Franzosen. 379 50 377 50 Mainz-Ludwigshaf. 91 50 91 50

Lombarden. 144 — 144 50 Russ. 1880er Anl. ult. 79 12 78 —

Conv. Türk. Anleihe. 12 87 12 87 Italiener. 93 12 92 87

Lübeck-Bützen. 152 62 151 25 Russ. II. Orient-A. ult. 55 75 54 87

Egypter. 70 37 70 50 Laurahütte. 79 62 79 62

Marienb.-Mlawka ult. 36 — 36 — Galizier. 78 50 78 50

Ostr. Süd. St.-Act. 66 50 65 50 Russ. Banknoten ult. 183 — 181 50

Dorm. Union St.-Pr. 59 37 59 62 Neueste Russ. Anl. 92 50 91 50

Berlin, 11. Februar. [Schlussbericht.]

Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Weizen. Matt. 163 75 163 50 April-Mai. 165 50 165 —

Roggan. Flau. April-Mai. 131 25 130 75 Mai-Juni. 131 50 131 —

Hafer. April-Mai. 110 75 110 — Mai-Juni. 112 50 111 75

Stettin, 11. Februar, — Uhr

Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Weizen. Unveränd. 166 50 166 50 April-Mai. 166 50 166 50

Petroleum. loco. 11 45 11 40 Wien, 11. Februar. [Schluss-Course.] Schwach.

Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Credit-Aktionen. 270 — 271 80 Marknoten. 62 90 62 90

St.-Eis.-A.-Cert. 238 75 238 30 4% Ungar. Goldrente. 98 10 96 90

Lomb. Eisenb. 90 25 90 — Silberrente. 80 25 80 25

Galizier. 196 50 197 50 London. 128 10 128 10

Napoleonsdor. 10 12 10 12 Ungar. Papierrente. 87 — 87 20

Frankfurt a. M., 11. Februar. Mittags. Credit-Aktionen 215, 25.

Staatsbahn 191, 75. Lombarden. —. Galizier. 158 —. Ungarn 77, 20.

Egypter 71, 30. Laura. —. Credit. —. Ziemlich fest.

Frankfurt a. M., 11. Februar. Italien 100 Lire k. s. 78,15 à 20 bez.

Höfen, 11. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco — per März 16, 95, per Mai 17, 60. Roggen loco — per März 13, 05, per Mai 13, 40. Rüböl loco 24, 00, per Mai 23, 80 Hafer loco 14, 75.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Luise mit dem Kaufmann Herrn Berthold Jakoby aus Berlin beeindrucken wir uns hierdurch ergebenst anzuseigen.

Breslau, im Februar 1887.

Samuel Engel und Frau Lina, geb. Brann.

Luise Engel,
Berthold Jakoby,

Verlobte.

Breslau.

Berlin.

Die Verlobung unserer Tochter Selma mit dem Kaufmann und Fabrikanten Herrn Siegmund Goeritz in Chemnitz beeindrucken wir uns ergebenst anzuseigen.

Krotoschin, im Februar 1887.

[2603]

Moritz Ruhmann und Frau.

Selma Ruhmann,
Siegmund Goeritz,

Verlobte.

Krotoschin.

Chemnitz.

Paris, 11. Februar. 30% Rente 77, 47. Neueste Anleihe von 187. 106, 95. Italiener 93, 20. Staatsbahn 475, —. Lombarden —, —. Neue Anleihe von 1886 —, —. Egypter 359, —. Träge.

Paris, 11. Februar. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Träge. Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Proc. Rente. 77 77 77 32 Türken neue cons. 13 27 13 10 Neue Anl. v. 1886 — — Türkische Loose..

Proc. Anl. v. 1872. 107 05 106 80 Goldrente öster. 881/4 871/2 Ital. 5proc. Rente 93 25 92 75 do. ungar. 4pCt. 771/8 76 56 Oester. St.-E.-A. 476 25 471 25 1877er Russen — —

Lomb. Eisenb. Act. 195 — 192 50 Egypter 361 — 357 —

London, 11. Februar. Consols 100, 15. 1873er Russen 91, 62. Egypter 71, 25. Wetter: Frost.

London, 11. Februar, 2 Uhr 35 Min. Consols 100, 11. Russen 907/8.

London, 11. Februar, 12 Uhr 50 Min. Russen 913/8. Egypter 709/8.

London, 11. Februar, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-discont 27/8 pCt. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. Matt.

Cours vom 10. 11. Cours vom 10. 11.

Consols 100 15 100 11 Silberrente 63 — 63 — Preussische Consols 102 — 102 — Ungar. Goldr. 4proc. 755/8 755/8 Ital. 5proc. Rente. 92 — 913/4 Oester. Goldrente. — —

Lombarden. 75/8 75/8 Berlin 20 59 5proc. Russen de 1871 923/4 92 — Hamburg 3 Monat. 20 59

5proc. Russen de 1873 917/8 907/8 Frankfurt a. M. 20 59 Silber 12 98/4 Wien 25 60

Unificirte Egypter 713/8 701/4 Petersburg. 213/16

Hamburg, 11. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco still, Holsteinischer loco 168—172. Roggen loco ruhig, Mecklenburger loco 132—138. Russischer loco ruhig, 102—105. Rüböl still, loco 421/2. Spiritus ruhig, per Februar 241/4, per April-Mai 243/8, per Mai-Juni 245/8, per Juli-August 257/8. — Wetter: Schön.

Paris, 11. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig, per Februar 22, 40, per März 22, 90, per März-Juni 23, 60, per Mai-August 24, 30. Mehl ruhig, per Februar 51, 60, per März 52, 25, per März-Juni 53, 10, per Mai-August 54, 10. Rüböl behauptet, per Februar 56, 75, per März 57, —, per März-Juni 56, 25, per Mai-August 55, 25. Spiritus ruhig, per Februar 40, 25, per März 40, 75, per März-April 41, 25, per Mai-August 42, 75. — Wetter: Schnee.

Amsterdam, 11. Februar. [Schlussbericht.] Weizen loco unverändert, per Mai 226, —. Roggen loco unverändert, per März 127, — per Mai 129, —. Rüböl loco 233/4, per Mai 235/8, per December 233/4.

Paris, 11. Februar. Rohzucker loco 28,25.

London, 11. Februar. Havannazucker 121/2 nom.

Liverpool, 11. Februar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umsatz 10000 Ball, davon für Umsatz und Speculation 1000 Ball. Stetig.

Abendbörsen.

Wien, 11. Februar, 5 Uhr 30 Min. Oesterr. Credit-Aktion 270, 40.

Ungarische Credit —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier 197, —, Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 62, 90. Oesterr. Goldrente —, —. 4proc. Ungarische Goldrente 96, 40. do. Papierrente —, —. Elbthalbahn —, —. Schwach.

Frankfurt a. M., 11. Februar, 6 Uhr 55 Min. Credit-Aktion 213, 50

Staatsbahn 189, 25. Lombarden —, —. Galizier —, —. Ungar. Goldrente 76, 60. Egypter 70, 60. Laura. —, —. Mainzer —, —. Sehr still.

Hamburg, 11. Februar. Oesterreichische Creditaktion 2121/2, Staatsbahn 472, Ung. Goldrente 761/4, 1884er Russen 863/4, Deutsche Bank 151, Disconto-Commandit 1845/8, Ostspreussen 642/8, Russische Noten 1813/4. — Tendenz: Matt.

Mit Genehmigung der Königlichen Regierung wird vom 1. April d. J. ab in unseren drei Mittelschulen für Mädchen ein Monats-Schulgeld von:

4 Mark für einheimische und

6 Mark für auswärtige Schülerinnen.

erhoben.

Breslau, den 8. Februar 1887. [2063]

Der Magistrat

hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Zu Ehren des Herrn Medicinalrath Prof. Dr. Fritsch, der einen überaus ehrenvollen Ruf an

Stadt-Theater.

Sonnabend. (Kleine Preise.) 43ste Bons-Vorstellung. 149. Abonnements-Bortell. 22. Sonnabend-Vorstellung. "Wallensteins Lager." "Die Piccolomini." Sonntag. Abend. "Der liegende Holländer." Nachmittag. (Halbe Preise.) "Prinzessin Irma." (Bei dieser Vorstellung kann jeder Besucher ein Kind frei einführen.) Montag. "Don Juan."

Lobe-Theater.

Gastspiel des Hrn. Friedrich Haase. Sonnabend. 40. Bons-Vorstellung. "Der Narr des Glücks." Preis-Vorstellung in 5 Acten von C. Wictor. (v. Friesau, Dr. Fr. Haase.) Sonntag. 41. Bons-Vorstellung. Dieselbe Vorstellung. Nachmittags. "Der Eigenerbaron." Montag. 42. Bons-Vorstellung. Zum 11. Male: "Der Viceadmiral."

"Esmi-Theater." (2059) Heute Sonnabend: Zum letzten Male: Margarethe (die Parodistin). Gratis-Bons gültig.

Verein für class. Musik. Mozart, Clarinettenquintett. M. Brosig, 2 Präl. u. Fugen (urspr. f. Orgel). Clavier. Beethoven, Adagio a. op. 22. L. Spohr, Quintett f. Clav. u. Blas-instr., op. 52 [2062] Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

Humboldtverein für Volksbildung.
1) Sonntag, den 13. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Musiksaale der Kgl. Universität: Vortrag des Herrn Redacteurs Karl Vollrath: "Die vervielfältigenden Künste." (865)
2) Montag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, im kleinen Saale von Lieblach's Etablissement: Monatsversammlung. Herr Oberlehrer Dr. Pfanninger: "Geographisches und Geschichtliches über Britisch-Irdien"; Herr Prof. Dr. Born: "Ueber Uebung."

Zeltgarten.
Nur noch kurze Zeit Auftr. des großartig dressirten Elefanten "Blondin", des Pony "Oscar" u. dressirter Affen (der Elephant als Velocipedit, Seitänzter &c.). Aufreten der Johnson-Familie (1 Herr, 3 Damen), die großartigsten Schwimmer u. Tauchervögel der Welt; der berühmten acht Amerikaner Berisor als Akrobaten, der Duettkünstler Herrn Behrens u. Fräulein Stephani, der Komiker Herren Martin Reuter und Zocher und der Sängerin Fräulein Valida. Anfang 7½ Uhr. (2064)

Sonnabend, den 12. Febr. er, 4 Uhr: Extra-Nachmittag-Vorstellung. Auftr. des dressirten Elefanten "Blondin", des Pony "Oscar" u. Affen. Sonntag, 13. Februar: Letzte Nachmittag-Vorstellung. Entrée Kinder 25 Pf., Erwachsene 50 Pf.

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten. Großer Erfolg der neuen Nummern: "Da hat der Aff' ne Freud" — "Papa Wrangl", gefungen von Schmutz & Rück; "Die Reichstagsitzung" — "Uns kann keiner an den Wimpfen klüppern" — "Wir sind die Ersten, wir gehen voran" — "So weit sind wir jetzt" gefungen von Wih. Frobel. (2058)

Auftritt des Affenmenschen Pongorilla, der Mille. Mantlen mit ihren dressirten Tauben, der Ballett-Gesellschaft Lederer, des Equilibristen H. Taylor u. der Soubrette Fräulein Wiener. Nur noch 5 Tage: Prof. Schalkenbach.

Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Alfr. Raymond's Weinhdlg., Carlsstr. 10. Dejeuners, Diners, Soupers, auch ausser Haus. (1750) Gesellschafts-Räume.

E. E.

[2626] Heut in St., morgen wieder i. B.; bitte, gib endlich wieder einmal Nachricht, bestimme eventuell Ort und Zeit für irgend einen Tag der nächsten Woche außer Sonntag. Herzl. Gr.

Berlossen

eine kurze goldene Damenhalskette (Chatelaine, daran ein Hufeisen mit Steinen) Dienstag von Gartenstr. 9 nach dem Concerthaus. Gegen Belohnung abzugeben. Gartenstr. 9 bei Frau Kanter. [2624]

Gesellschaft der Freunde.

Mittwoch, den 16. Februar, Abends 8 Uhr:

Vortrag
des Herrn Professor Dr. Erdmann:
Psychologisches über die Phantasie.

Die Direction.

[2072]

Gesellschaft der Brüder.

Sonntag, den 13. Februar, Vormittags 11 Uhr:

General-Versammlung im Saale der Gesellschaft der Freunde.

Tagesordnung: 1) Erstattung des Rechenschaftsberichts; 2) Bericht der Revisoren; 3) Ertheilung der Decharge; 4) Wahl eines Vorstands-Mitgliedes. [2627]

Der Vorstand.

Verlag von Theodor Fischer in Cassel.

O'Grady's Uebersichtskarte

vom [2067]

Nordöstlichen Frankreich

mit den

Befestigungen der 1. französischen

Vertheidigungslinie:

A. Front der Maaslinie. B. Front der Mosellinie,

C. Front von Belfort.

Maassstab 1 : 1000000. In 8fachem Farbendruck.

Preis 2 Mk.

Durch alle Buchhandlungen, sowie direct v. Verleger zu beziehen.

Knöpfe! Knöpfe!

Nouveautés

in Metall, Perlmutt, Stein-u., Horn, Posament &c., Tüll-Volants in den schönsten Farben, Rockhöhe, M. 1,50 pr. Meter. Seide Guipure- und Chantilly-Tülls u. Spitzen, neueste Dessins, Alle Neuheiten in Perlbinden, Gold- und Silberbesätze zu Maskenwerken empfiehlt [2625] allerbilligst C. Friedmann, 6, I. Goldene Radegasse 6, I.

Central-Brenner, dessen Flamme dem elektrischen Licht gleichgestellt wird, erzielt bei einem ganz geringen Petroleum-Verbrauch ein Licht wie 4 große Rundbrenner und kann auf jede gebrauchte Hänge- und große Tisch-Lampe angebracht werden. Preis pro Stück 4,50. Adolf Gerstel, Lampenfabrik, Ring 54. [2045]

Praktische Neuheit für Damen. Marwede's Moos-Binden, sehr auffällig und weich, praktisch, bequem und billig. Pakete à 5 Stück M. 1.— zu haben bei: Herm. Brade, Hummerie 31, Herm. Haertel, Weidenstr. 33, Julius Henel vorm. C. Fuchs, f. f. Horsterant, am Rathaus 26. [583]

Feine Fleisch- und Wurst-Waren. Specialität Ia. Mastochsenfleisch. L. Scherbel, Kaiser Wilhelmstr. 15, Neue Graupenstr. 16, Eingang Sadowastr. [2604] Ecke Freiburgerstr.

Feuerversicherungsbank f. Deutschland zu Gotha. Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821. Bekanntmachung. Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Geschäftsjahr 1886 beträgt die in demselben erzielte Erfahrung:

75 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Dividenden-Anteil in Gemäßheit des zweiten Nachtrags zur Bankverfassung der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungswise des Versicherungsjahrs, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den in obigem Nachtrag bezeichneten Ausnahmefällen aber auch durch die mitunterzeichnete General-Agentur, bei welcher auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluß zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt. [725]

Im Februar 1887.
A. Reinhardt, General-Agentur, Neue Taschenstraße 31.
Carl Geister i. Fa. Michalowicz Nachf., Schmiedebrücke 17/18.
Alexander Wagner i. Fa. Nicolaus Hartzig, Nicolaistraße 8.

Die Lieferung der in der Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1888 für den diesseitigen Bezirk erforderlichen Schreibmaterialien soll öffentliche Verhandlungen werden. Termin zur Gründung der Angebote am 24. Februar cr., Vorm. 10 Uhr. Die Angebote sind mit der Aufschrift „Angebot auf Schreibmaterialien“ versehen, versiegelt und frankiert bis zum genannten Termin einzurichten. Die Lieferungsbedingungen können in unserem Geschäftsbureau — Zimmer Nr. 18 — eingesehen, oder da selbst gegen Zahlung von 60 Pf. pro Exemplar bezogen werden. — Ausschlagsfrist 3 Wochen nach obigem Termin. [2073]

Breslau, den 7. Februar 1887.
Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (Brieg—Posen).

Julius Nothmann,

Schnittwaren-Kaufmann, Groß-Strehlih.

Zur gefälligen Beachtung. 1 alte, seit 12 Jahr. besteh. Ed.-Materialm.-Geschäft m. Schank und sämmtl. Waren, bill. Miethe, bin ich Willens, weg. Krankheit bill. z. verk. Biw. J. Remsa, Berlin.

Eine gute Bockwindmühle, massiv. Wohnh., Stall, Scheune, Garten, 13 Morgen gutes Land, an der Chausee belegen, ist sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Anfragen sind an den Besitzer P. Paeholt, Müllermeister in Jerka b. Kriewen, m. Retourmarke z. richten. [867]

Pension.

Ich wünsche zu meinem 12jährigen Knaben, Quartaner am Real-Gymn. zum H. Geist, einen Knaben in preiswerte Pension zu nehmen. Gelehrtenfeste Verpflegung und Beaufsichtigung zugeföhrt. [867]

Perw. Fr. E. Gabelt, Matthiasstr. Nr. 26 c.

Deutsche

Militairdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover.

Zugang im Jahre 1886: 19 743 Anträge (bis Police Nr. 80 980)

über M. 22 072 680.

Zugang im Januar 1887: 1491 Anträge (bis Police Nr. 82 471)

über M. 1 603 790.

Günstigste Versicherung zur Versorgung von Knaben im jüngsten Alter bis zu 12 Jahren.

Rähere Auskunft, Prospekte &c. gern gratis. Zum Abschluß von Policien empfiehlt sich [2068]

Adolph Bruck, General-Agent,

Bureau: Gräbschnerstraße Nr. 4, part.

* Geeignete Agenten werden angestellt.

Geschäfts-Abschluß des Consum-Verein Scharley eingetragene Genossenschaft

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1886.

Waren-Umsatz 242 730 Mark.

Für eine Mark Waren-Entnahme kommen 6½ Pf. Dividende an die Mitglieder zur Vertheilung.

Bilance am Schluß des Jahres 1886.

Activa.	Passiva.
Baarer Kassenbestand. M. 10 236,74	Geschäfts-Anteile der Mitglieder M. 37 381,—
Effecten in 4%o preuß.	Reservefond 10 797,78
Consols 12 696,—	Depositen 1 600,—
Bank-Conto 9 052,50	Guthaben der Mitglieder für Waaren 2 406,74
Waarenbestände 35 863,32	Caution 1 600,—
Utensilien 1 908,70	Außenstände f. Waaren 319,94
Caution 1 600,—	Summa M. 71 677,20
Außenstände f. Waaren 319,94	Summa M. 71 677,20

Anzahl der Mitglieder am Tage der letzten Bekanntmachung, d. i. am 13. Februar 1886 988

Seitdem sind neu hinzgetreten 284

ausgeschieden 189 mehr 95

Gegenwärtige Anzahl der Mitglieder 1083

Scharley, den 9. Februar 1887.

Consum-Verein Scharley eingetragene Genossenschaft.

Für den Verwaltungsrath.

B. Fipper.

Die Richtigkeit der vorstehenden Bilance und deren Übereinstimmung mit den Geschäftsbüchern bescheinigt [857]

Die Revisions-Commission.

Baetz. Beling.

Schönsten ital. Blumenkohl,

die Rose 25 Pfennige [2632]

empfiehlt J. Titze, Junferstraße Nr. 8.

der Export-Cie. für Deutsch. Cognac, Köln a. Rh., bei gleicher Güte billiger als französischer.

Verkehr nur mit Wiederverkäufern welche auf Wunsch Muster frei und unentgeltlich erhalten.

Consumenten wollen sich durch Nachfrage in den besten Geschäften der Branche von der Güte u. umbedingten Konkurrenzfähigkeit unseres Cognacs überzeugen u. auf unsere Etiquettes genau achten.

Auf Verlangen teilen wir gern die nächste Verkaufsstelle mit.

Es stehen bei mir im Gathothe zum Kronprinzen, Friedrich Wilhelmstraße 1, im hinteren Hofe, ein frischer Transport bester dänischer Adler- und Wagenpferde, sowie auch belgische Pferde

zum Verkauf. Auch nehme ich Bestellungen für Bayerische u. Schlesische Zugpferde u. Zuchtvieh auf.

Jacob Fleischhauer,

Breslau, Wallstr. 10.

Frisch gezimmerte Kieferne Walzen in jeder beliebigen Stärke und Dimensionen gearbeitet,

dto. dto. Sparren dto.

Beides in vollständig und feinjährigem Waare sowie

feinjähiges I. u. II. Klasse Kiefer-Eischlermaterial

Concursversfahren.

Das Concursversfahren über das Vermögen des Fabrikbesitzers

Felix Ohm,

in Firma „H. Ohm“, zu Hochwald wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 21. Januar 1887 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluss von demselben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben. [2042]

Landeshut, den 8. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Concursversfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns [2043]

Johann von Porembski

zu Alt-Zabrze ist heute am 9. Februar 1887, Vormittags 10½ Uhr, Concurs eröffnet.

Bermalter: Kaufmann Jacob Fröhlich zu Antonienhütte.

Offener Arrest mit Anzeigetritt bis zum 8. März 1887, Anmeldefrist:

bis zum 8. März 1887.

Erste Gläubigerversammlung und allgemeiner Prüfungstermin den 9. März 1887,

Vormittags 9 Uhr.

Zabrze, den 9. Februar 1887.

Felka,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung. (R.-A.)

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 5770, betreffend die Firma

Hugo F. Wegner

hier, heute eingetragen worden: Die Firma ist zufolge Kaufs auf den Kaufmann [2052]

Bruno Oscar Alwin Wache

zu Breslau

übergegangen, und unter Nr. 7139 des FirmenRegisters ist die Firma

Hugo F. Wegner

hier und als deren Inhaber der Kaufmann

Bruno Oscar Alwin Wache

zu Breslau

heute eingetragen worden.

Breslau, den 8. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschafts-Register ist bei Nr. 173 in Spalte 4 zufolge Verfügung vom 2. d. Ms. folgende Eintragung: [855]

a. Am Stelle des durch den Tod aus der Gesellschaft ausgeschiedenen Hausbesitzers **Wilhelm Fuhrmann** sind dessen Erben:

1) die Witwe **Ernestine Fuhrmann**, geborene Flegel, zu Nieder-Hermendorf,

2, 3) die zur Zeit minderjährigen Geschwister Paul und

Fritz Fuhrmann

in die Gesellschaft eingetreten;

b. der Bergmann **Julius Herzog** zu Alt-Wasser ist aus der Gesellschaft ausgetreten;

c. der Bäckermeister **Reinhard Hundi** zu Neu-Lässig, Kreis Waldenburg, ist in die Gesellschaft eingetreten;

d. zur Vertretung der Gesellschaft ist fortan nur, und zwar gemeinschaftlich, befugt:

1) die Witwe **Ernestine Fuhrmann**, geborene Flegel, zu Nieder-Hermendorf,

2) der Hausbesitzer und Böttchermeister **Julius Friesz** zu Nieder-Hermendorf,

heut bewirtschaftet.

Waldenburg,

den 3. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heut die unter Nr. 131 eingetragene Firma

A. Neide

zu Lublinz gelöscht und unter Nr. 182 die Firma

H. Suchanek

zu Lublinz und als deren Inhaber der Apotheker

Hugo Suchanek

dasselbst eingetragen worden.

Lublinz, den 7. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heut die unter Nr. 131 eingetragene Firma

A. Neide

zu Lublinz gelöscht und unter Nr. 182 die Firma

H. Suchanek

zu Lublinz und als deren Inhaber der Apotheker

Hugo Suchanek

dasselbst eingetragen worden.

Lublinz, den 7. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heut die unter Nr. 131 eingetragene Firma

A. Neide

zu Lublinz gelöscht und unter Nr. 182 die Firma

H. Suchanek

zu Lublinz und als deren Inhaber der Apotheker

Hugo Suchanek

dasselbst eingetragen worden.

Lublinz, den 7. Februar 1887.

Königliches Amts-Gericht.

Materiellen-Büro

der Königl. Eisenbahn-Direction.

Wer kauft Biliner- u. an-

brunnen-Blätter? Offerten er-

beten unter Chiffre M. F. 92 an die

Expedition der Bresl. Btg. [866]

Holz-Verkauf.

in der Königlichen Oberförsterei Rybnik.

Donstag, den 15. Februar 1887, von Vormittags 10 Uhr ab, sollen in der Münzerei hier selbst aus dem Einfahrtsgang pro 187 nachfolgende Holzarten öffentlich meistbietend verkauft werden: [2041]

a. Bau und Nutzhölz: aus den Schuhbezirken Słotwina Jag. 8, Janowiz Jag. 34 u. Totalität, Verchenberg Jag. 74 und Totalität, Paruchowitz Totalität und Ochojek Jag. 303 d. circa 200 Stück Eichen und Fichten.

b. Brennholz: aus den Schuhbezirken Słotwina Totalität und Paruchowitz Totalität ca. 200 m³ diverse Brennhölzer.

Paruchowitz, den 7. Februar 1887.

Der Königliche Oberförster.

Müller.

a. Bau und Nutzhölz: aus den Schuhbezirken Słotwina Jag. 8, Janowiz Jag. 34 u. Totalität, Verchenberg Jag. 74 und Totalität, Paruchowitz Totalität und Ochojek Jag. 303 d. circa 200 Stück Eichen und Fichten.

b. Brennholz: aus den Schuhbezirken Słotwina Totalität und Paruchowitz Totalität ca. 200 m³ diverse Brennhölzer.

Paruchowitz, den 7. Februar 1887.

Der Königliche Oberförster.

Müller.

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker 2000 Thaler zu 5 v.G. bei längerer Unfindbarkeit von einem Selbstverleibler gesucht. [1972]

Offerten sub R. M. 62 an die Exped. der Bresl. Btg. [2053]

Für sofort werden von einem Apotheker

Bekanntmachung.

Nachdem der Tag der Wahl zum Deutschen Reichstage auf den 21. Februar 1887 festgesetzt worden ist, bringen wir in Gemäßheit der Bestimmungen des § 8 des zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 die Abgrenzung der Wahlbezirke des östlichen und des westlichen Wahlkreises der Stadt Breslau, die für die einzelnen Wahlbezirke bestimmten Wahllokalen, sowie die von uns ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter hiermit zur öffentlichen Kenntniß:

A. Oestlicher Wahlkreis.

Wahl-Bezirk Nr. 1,

umfassend: Kleine Grotchengasse Nr. 4 bis 20, Harrasgasse, Neugasse Nr. 6 bis 15, Ohlauerstr. Nr. 36 bis 45, Taschenstr. Nr. 1 bis 31 und Liebigs Höhe, Wehnergasse Nr. 1, Weidenstr. Nr. 14 bis 30, Zwingerstr. Nr. 5 und 7, gerade Nr. 2 bis 24.
Wahllokal: Höhere Mädchenschule an der Taschenstr. Nr. 26/28, Klasse I (Zimmer 2), parterre rechts.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Stadtverordneter Eduard Schimmelmann.

Stellvertreter: Kaufmann und Bezirksvorsteher Karl Beyer.

Wahl-Bezirk Nr. 2,

umfassend: Große Grotchengasse Nr. 1 bis 14, Kleine Grotchengasse Nr. 1 bis 3 und Nr. 21 bis 41, Hümmerstr. Nr. 1 bis 24, Schweidnitzerstraße Nr. 26 bis 43, Wachtgebäude und Pfarrhaus zu St. Corpus Christi, Zwingerplatz Nr. 1 bis 8, Zwingerstr. Nr. 1 und 3.

Wahllokal: Realgymnasium am Zwinger, Zwingerplatz Nr. 6/7, Klasse VIa, parterre vorne heraus.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirksvorsteher Ludwig Jahn.

Stellvertreter: Realgymnasial-Director Dr. Franz Messert.

Wahl-Bezirk Nr. 3,

umfassend: Altbürohöle ungerade Nr. 33 bis 39, gerade Nr. 16 bis 20, Altbürohöle Nr. 1 bis 4, Christophoriplatz Nr. 1 bis 10, Graben Nr. 1 bis 11, Grüne Baumbrücke Nr. 1, Hümmerstr. Nr. 25 bis 38, Käzelohle ungerade Nr. 1 bis 11, gerade Nr. 2 bis 18, Kehberg Nr. 32 und 33, Ohlauerstr. Nr. 12 bis 35 und Nr. 56 bis 67, Weidenstr. Nr. 2 bis 13 und Nr. 31 bis 35, Weintraubengasse Nr. 1 bis 8.

Wahllokal: Höhere Mädchenschule an der Taschenstr. Nr. 26/28, Klasse IIa (Zimmer 6), 1 Treppe rechts.

Wahlvorsteher: Kaufmann Albert Kauffmann.

Stellvertreter: Kaufmann Karl Sturm.

Wahl-Bezirk Nr. 4,

umfassend: Albrechtsstr. Nr. 12 bis 26 und Nr. 33 bis 39, Altbürohöle Nr. 5 bis 34, Bischofstr. Nr. 1 bis 18, Catharinenstr. Nr. 10/11, Kleine Fleischbänke, Graben Nr. 36, Kupferschmiedestr. Nr. 1 bis 6 und Nr. 50 bis 65, Langeholzgasse Nr. 1 bis 6, Mäntlergasse, Messergasse Nr. 1 und 40, Ohlauerstr. Nr. 68 bis 77, Predigergasse, Tannengasse Nr. 9.

Wahllokal: Gymnasium zu St. Maria Magdalena, An der Magdalenenkirche Nr. 4/5, Klasse IIa (Zimmer 7), parterre links.

Wahlvorsteher: Gymnasial-Director Prof. Dr. Adolf Möller.

Stellvertreter: Riemermeister u. Bezirks-Armen-Director Gustav Rosenbaum.

Wahl-Bezirk Nr. 5,

umfassend: Albrechtsstr. Nr. 27 bis 32, Breitestr. Nr. 1, Catharinenstraße Nr. 1 bis 9 und Nr. 12 bis 19, Dominikanerplatz Nr. 1 bis 3, Graben Nr. 12 bis 35, Grünebaumbrücke Nr. 2, Käzelohle ungerade Nr. 13 bis 41, gerade Nr. 20 bis 50, Kehberg Nr. 1 bis 31, Langeholzgasse Nr. 7, Neuegasse Nr. 1 bis 5 und Nr. 16 bis 20, Ohlauerstr. Nr. 45a bis 55, Biegengasse Nr. 3 bis 5 und Nr. 7 und 8.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 13, Kirchstr. Nr. 1/2, Klasse 3 (Zimmer 3), parterre.

Wahlvorsteher: Kaufmann Robert Einicke.

Stellvertreter: Kaufmann Ludwig Rösler.

Wahl-Bezirk Nr. 6,

umfassend: Breitestr. Nr. 2 bis 51, Kaiserin Augustaplatz Nr. 1, 3/4, 5, Kirchstr. Nr. 1 bis 7 und Nr. 21 bis 29, Münzstr. Nr. 1 und 2, Seminargasse Nr. 1 bis 6 und Nr. 8 bis 15, Biegelgasse.

Wahllokal: Realgymnasium zum heil. Geist, Kaiserin Augustaplatz Nr. 1, Klasse III b (Zimmer 2), parterre rechts.

Wahlvorsteher: Realgymnasial-Director Professor Dr. Eduard Reimann.

Stellvertreter: Rittergutsbesitzer und Stadtverordneter Heinrich Struve.

Wahl-Bezirk Nr. 7,

umfassend: Postgasse, Heiliggeiststr., Kaiserin Augustaplatz Nr. 2, Kirchstraße Nr. 8 bis 20, Münzstr. ungerade Nr. 3 bis 11, gerade Nr. 2a bis 14, Sandstr. Nr. 1 bis 12, Seminargasse Nr. 7.

Wahllokal: Evang. Mädchenschule am Ritterpl. Nr. 1, Klasse I, 1 Tr. links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Stadtverordneter Oskar Kaiser.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Pult.

Wahl-Bezirk Nr. 8,

umfassend: Einhornsgasse, Langebolzgasse Nr. 8. An der Matthiaskunst, Messergasse Nr. 41, Neumarkt und Garküche, Ritterplatz Nr. 5 bis 17a, Sandstr. Nr. 13 bis 18, Schuhbrücke Nr. 37, Tannengasse Nr. 1 bis 8, Biegengasse Nr. 1, 2, 6, 9.

Wahllokal: Höhere Mädchenschule am Ritterpl. Nr. 1, Klasse I, 1 Tr. links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Stadtverordneter Oskar Kaiser.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Pult.

Wahl-Bezirk Nr. 9,

umfassend: Annengasse, Gneisenauplatz, Gneisenaustr., Hinterbleiche, Kreuzstr. Nr. 14/16/20/22 und 24/26, Lehndamm Nr. 1c und 1d, Martinikirchstr., Mühlgasse, Oberbleiche, An der Sandkirche, Neue Sandstr., Schlesengasse, Sternstr. ungerade Nr. 1 bis 17, gerade Nr. 2 bis 12, Borderbleiche.

Wahllokal: Kathol. Elementarschule Nr. VI, Kreuzstr. Nr. 17/25, Klasse II A (Zimmer 7), parterre hinten heraus.

Wahlvorsteher: Oberlehrer Dr. Rudolf Dieck.

Stellvertreter: Kaufmann und Mühlenspänner Friedrich Zwand.

Wahl-Bezirk Nr. 10,

umfassend: Blücherstr. ungerade Nr. 3 bis 7, 15 und 17, gerade Nr. 6 bis 22, Neue Junkernstr., Lehndamm Nr. 2/4/6/8, Matthiasstr. Nr. 1 a bis 26d.

Wahllokal: Königl. Ober-Realschule, Lehndamm Nr. 3, Klasse VI (Zimmer 6), parterre links.

Wahlvorsteher: Kaufmann Albert Kluge.

Stellvertreter: Klempnermeister und Bezirksvorsteher Gustav Ballmann.

Wahl-Bezirk Nr. 11,

umfassend: Adalbertstr. Nr. 34 und 47, Domstr., Kleine Domstr., Hirschstr. Nr. 51, 52, 54, An der Kreuzkirche, Kreuzstr. ungerade Nr. 1 bis Ende, gerade Nr. 2 bis 12, 28 bis Ende, Monhauptstr. ungerade Nr. 1 bis 25, gerade Nr. 2 bis 28, Sternstr. ungerade Nr. 19 bis 55, gerade Nr. 14 bis 74.

Wahllokal: Königl. Ober-Realschule, Lehndamm Nr. 3, Klasse V (Zimmer 22), 1 Treppe links.

Wahlvorsteher: Stadtrath Eugen Kern.

Stellvertreter: Kunstdichtermeister und Stadtverordneter Karl Buhl.

Wahl-Bezirk Nr. 12,

umfassend: Bartschstr., Blücherstr. Nr. 1, 2/4, 9/11/13, 19, 24, Lehndamm ungerade Nr. 1 bis 1b, 1e bis Ende, gerade Nr. 10 bis Ende, Matthiasstr. Nr. 26e und 27c, Monhauptstr. Nr. 27, Delsnerstr., Weinstr. ungerade Nr. 1 bis 9, gerade Nr. 2 bis Ende.

Wahllokal: Königl. Ober-Realschule, Lehndamm Nr. 3, Beichensaal V (Zimmer 8), parterre rechts.

Wahlvorsteher: Kaufmann Rudolf Neder.

Stellvertreter: Kaufmann und Bezirks-Armen-Director Ernst Stenzel.

Wahl-Bezirk Nr. 13,

umfassend: Hundsfelder Chaussee: Franke-Haus, Vogels Gärtnerei, Thor-Eredition, Amandihaus, Tritschhaus, Stab Ramsau, 1. Endersche Biegelei, 2. Endersche Biegelei, Kühn- (Menzel), Schramme, Cohn, Chrlich, Hayn, Lissner, Burkhardt, Schleifinger-Biegelei, Matthiasstraße Nr. 27 bis 27d und 27d bis 37 und 37a, Michaelisstraße, Mittelfeld, Weinstr. Nr. 11, 13, 15, 17.

Wahllokal: Kathol. Elementarschule Nr. XII, Matthiasstr. Nr. 50a, Klasse 3, parterre links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirksvorsteher Karl Steinig.

Stellvertreter: Kunstmärtner Franz Guillemin.

Wahl-Bezirk Nr. 14,

umfassend: An Brüttenthal ungerade Nr. 15 bis 33 und Wieczorek-Haus, gerade Nr. 14 bis 34, Hirschstraße ungerade Nr. 53 bis 75, gerade Nr. 56 bis 88, Am rothen Graben.

Wahllokal: Königl. Ober-Realschule, Lehndamm Nr. 3, Beichensaal I (Zimmer 3a), 2 Treppen rechts.

Wahlvorsteher: Maurermeister und Bezirksvorsteher Karl Brandt.

Stellvertreter: Generalagent Gustav Staef.

Wahl-Bezirk Nr. 15,

umfassend: Auenstraße und verlängerte Auenstraße, Fürstenstr. ungerade Nr. 43 bis 87, gerade Nr. 50 bis 106, Schoomhaus, Schäferhaus, Gabrielshaus, Thiemichaus, Benkehaus, Hypothek.-Nr. 101, Fügerhaus, Gentnerhaus, Schindlerhaus, Knebelhaus, Wollinstyhaus, Landauhaus, Heimannsche Stiftung, Mühlingsfabrik, Schwittkehaus, Ruppenthal, Stillerhaus, Marxstraße, Novastraße, Parkstraße, Villa Schlesinger, Villa Juliusberg, Villa Lion, Trainranftalt, Parkvilla, Schweizerhaus, Villa Wachsmann, Gosehaus, Schwoitscher Chaussee, Thiergartenstraße incl.

Birkenwäldchen und der auf dem angrenzenden Terrain belegenen Besitzungen und Siegelreien.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 39, Parkstr. Nr. 28, Klasse 6, parterre rechts.

Wahlvorsteher: Chemiker Bruno Anforger.

Stellvertreter: Restaurateur und Bezirksvorsteher Karl Seifert.

Wahl-Bezirk Nr. 16,

umfassend: Brüttenthal Nr. 1, Fürstenstraße ungerade Nr. 1 bis 41, gerade Nr. 2 bis 48, Kleine Scheitnigerstr. Nr. 20 bis 24, 40 bis 47.

Wahllokal: Kathol. Elementarschule Nr. XXVIII, Schulgasse Nr. 24, Klasse 2, parterre links.

Wahlvorsteher: Deichhauptmann und Stadtverordneter Hugo Priesemuth.

Stellvertreter: Stadtbaupfarrkassenbuchhalter Oskar Krause.

Wahl-Bezirk Nr. 17,

umfassend: An Brüttenthal ungerade Nr. 1a bis 13, gerade Nr. 2 bis 12, Hirschstr. ungerade Nr. 21 bis 49, gerade Nr. 24 bis 38 und 42 bis 50, Laurentiusstr. Nr. 1, Scheitnigerstr. Nr. 10, 10a, 10b, 21, 22, Kleine Scheitnigerstr. Nr. 12 bis 17 und 48 bis 57.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 48, Kreuzstr. Nr. 17/25, Klasse 3a (Zimmer 1), 1 Treppe vorne heraus.

Wahlvorsteher: Bäckermeister und Bezirks-Armen-Director Julius Schell.

Stellvertreter: Zimmermeister und Bezirksvorsteher Comad Schoom.

Wahl-Bezirk Nr. 18,

umfassend: Adalbertstr. ungerade Nr. 17 bis 45, gerade Nr. 22 bis 32, Domplatz, Hirschstr. Nr. 40, Scheitnigerstr. Nr. 1 bis 5, 7 bis 9 und 23 bis 31, Kleine Scheitnigerstr. Nr. 1 bis 11 und 58 bis 69.

Wahllokal: Domschule, Kleine Domstr. Nr. 1, Klasse 1, parterre links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirks-Armen-Director Theodor Trautwein.

Stellvertreter: Kaufmann und Bezirksvorsteher Robert Fischer.

Wahl-Bezirk Nr. 19,

umfassend: Kleine Fürstenstr. Nr. 2, Laurentiusstr. ungerade Nr. 3 bis 5, 11 bis Ende, gerade Nr. 2 bis Ende, Kleine Scheitnigerstr. Nr. 18/19, 25 bis 29, 32 bis 39a.

Wahllokal: Kathol. Elementarschule Nr. XXVIII, Schulgasse Nr. 25, Klasse 3, parterre links.

Wahlvorsteher: Brennereibesitzer und Bezirksvorsteher Julius Günther.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Mühl.

Wahl-Bezirk Nr. 20,

umfassend: Adalbertstr. ungerade Nr. 1 bis 15, gerade Nr. 2 bis 20, Gräupnergasse, Hirschstr. ungerade Nr. 3 bis 19a, gerade Nr. 4 bis 22, Paulstr. ungerade Nr. 1 bis 9, gerade Nr. 2 bis 10, Scheitnigerstraße Nr. 6, Uferstr. Nr. 1 und 8.

Wahllokal: Kathol. Elementarschule Nr. XIV, Uferstr. Nr. 34/35, Klasse 3, parterre links.

Wahlvorsteher: Stadthaupt

B. Westlicher Wahlkreis.

Wahl-Bezirk Nr. 1,

umfassend: Antonienstr. Nr. 1 bis 5 und Nr. 20 bis 36, Karlsplatz, Golde Neudegasse Nr. 1 bis 17, Grauenstr. Nr. 1 bis 10, Neuenhohle 2. Wallstr. Nr. 6 und Nr. 12/a bis 20.

Wahllokal: Königl. Friedrichs-Gymnasium, Carlsstraße Nr. 29, Gesangsaal, Borderhaus, parterre links.

Wahlvorsteher: Handelsfamme-Syndikus u. Stadtv. Dr. phil. Wolfgang Gras.

Stellvertreter: Buckerwaarenfabrikant u. Bezirksvorsteher Siegfried Grelitzer.

Wahl-Bezirk Nr. 2,

umfassend: Carlsstr., Dorotheengasse Nr. 1 bis 8, An der Dorotheenkirche, Grauenstr. Nr. 11a bis 13, Junkernstr. Nr. 1 bis 12, Königstr. ungerade Nr. 1 bis 11, gerade Nr. 2 bis 4, Minoritenhof, Schloßkohl ungerade Nr. 1 bis 15, gerade Nr. 2 bis 22, Schloßstr. Nr. 2, Schweidnitzerstr. Nr. 5 bis 25, Siebenradehle gerade Nr. 2 bis 20, Wallstr. Nr. 7 bis 11, Königliches Palais.

Wahllokal: Kath. Elementarschule Nr. XXXI, Minoritenhof Nr. 1/3, Klasse 1, parterre links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirks-Armen-Director Berthold Rabe.

Stellvertreter: Kaufmann Dr. Oskar Büchler.

Wahl-Bezirk Nr. 3,

umfassend: Albrechtsstr. Nr. 1 bis 11, Altbüßerholle ungerade Nr. 1 bis 31, gerade Nr. 2 bis 14, Altbüßerstr. Nr. 59 bis 62, Hintermarkt, Himmerei Nr. 39 bis 57, Junkenstr. Nr. 13 bis 26, A. d. Magdalenenkirche, Marstallgasse, Oblauestr. Nr. 1 bis 11 u. Nr. 78 bis 87, Ring Nr. 29 bis 41, Schubrücke Nr. 1 bis 12 u. Nr. 71 bis 84, Schweidnitzerstr. Nr. 44 bis 55.

Wahllokal: Magdalenen-Gymnas. A. d. Magdal.-Kirche, Sim. 5, part. rechts.

Wahlvorsteher: Kaufmann Paul Joh. Wolff.

Stellvertreter: Particulier und Bezirks-Armen-Director Karl Költing.

Wahl-Bezirk Nr. 4,

umfassend: Blücherplatz Nr. 6 bis 19, Gold. Neudegasse Nr. 18 bis 29, Hinterhäuser, Junkenstr. Nr. 27 bis 37, Neufeststr. Nr. 56 bis 68, Neuenhohle unger. Nr. 1 bis 29, gerade Nr. 4 bis 28, Ring Nr. 12 bis 28, Nöthmarkt Nr. 1 bis 14, Schweidnitzerstr. Nr. 1 bis 4, Siebenradehle unger. Nr. 1 bis 13.

Wahllokal: Königl. Friedrichs-Gymnasium, Carlsstr. Nr. 29, Klasse V, Borderhaus, parterre rechts.

Wahlvorsteher: Destillateur Ernst Haenel.

Stellvertreter: Generalagent Friedlein von Klinkowström.

Wahl-Bezirk Nr. 5,

umfassend: Antonienstr. Nr. 6 bis 19, Grenzhausgasse, Königsplatz Nr. 7, Nikolaistr. Nr. 44 bis 62, Neufeststr. Nr. 16 bis 55, Wallstr. Nr. 21 bis 26.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 50, Nikolaistr. Nr. 63, 1. Hausflur, parterre links, Klasse 2.

Wahlvorsteher: Apotheker Dr. Rudolf Gissmann.

Stellvertreter: Liqueurfabrikant und Bezirksvorsteher Hermann Knauer.

Wahl-Bezirk Nr. 6,

umfassend: Büttnerstr. Nr. 1 bis 7 und Nr. 26 bis 34, Herrenstr. Nr. 26 bis 31, Neuwestgasse Nr. 1 bis 16 und Nr. 41 bis 49, Nikolaistr. Nr. 63 bis 76, Neufeststr. Nr. 1 bis 15, Neuenhohle ungerade Nr. 31 bis 63, gerade Nr. 30 bis 58, Weißgerbergasse Nr. 1 bis 11 und Nr. 49 bis 66.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 50, Nikolaistr. Nr. 63, 2. Haustür, Klasse 5 und 6, parterre links.

Wahlvorsteher: Kaufmann Ferdinand Kramer.

Stellvertreter: Generalagent Robert Ulrich.

Wahl-Bezirk Nr. 7,

umfassend: Am internen Bär, Barbaragasse Nr. 1 bis 10, An der Barbarakirche, Burgfeld Nr. 1 bis 21, Königsplatz Nr. 8, Neuwestgasse Nr. 30 bis 40, Nikolaistr. Nr. 20 bis 43, Röhrgasse.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 50, Nikolaistr. Nr. 63, Seitenhaus, parterre rechts, Klasse 4.

Wahlvorsteher: Gelbdruckfabrikant und Bezirksvorsteher Rudolf Anger.

Stellvertreter: Magistratssekretär Theodor Fliegner.

Wahl-Bezirk Nr. 8,

umfassend: Büttnerstr. Nr. 8 bis 25, Burgstr. Nr. 1 bis 3, Engelsburg, Gerbergasse Nr. 1 bis 7 und Nr. 12 bis 14, Herrenstr. Nr. 8 bis 25, Malergasse Nr. 25 bis 31, An den Mühlen Nr. 16 und 17, Neuwestgasse Nr. 17 bis 29, Nikolaistr. Nr. 7 bis 19, Oderstr. Nr. 20 bis 30, Weißgerbergasse Nr. 13 bis 48.

Wahllokal: Elisabet-Gymnas. a. d. Elisabetkirche, Kl. VII 2, hochpart. rechts.

Wahlvorsteher: Particulier und Bezirksvorsteher Stellvertreter Max Menzel.

Stellvertreter: Kaufmann Georg Hippau.

Wahl-Bezirk Nr. 9,

umfassend: Blücherplatz Nr. 1 bis 5, Eisenkram, An der Elisabetkirche, Elisabetstr., Große Fleißbänke, Herrenstr. Nr. 1 bis 7a, Kupferschmiedestr. Nr. 26 bis 40, Malergasse Nr. 1 bis 24, Nadlergasse, Nicolaistr. Nr. 1 bis 6 und Nr. 77 bis 80; Oderstr. Nr. 1 bis 8 und Nr. 31 bis 40, Am Rathause, Ring Nr. 1 bis 11 und Nr. 42 bis 60, Schmiedebrücke Nr. 56 bis 68, Stockgasse Nr. 1 bis 4 und Nr. 27 bis 32, Topfkram.

Wahllokal: Elisabet-Gymnas. a. d. Elisabetkirche, 1. Vorschule, hochpart. links.

Wahlvorsteher: Apothekenbesitzer Karl Fritsch.

Stellvertreter: Kaufmann Karl Karnach.

Wahl-Bezirk Nr. 10,

umfassend: Albrechtsstr. Nr. 40 bis 59, Altbüßerstr. Nr. 43 bis 58, Kupferschmiedestr. Nr. 7 bis 17 u. Nr. 41 bis 49, Meißergasse Nr. 2 bis 4 u. Nr. 34 bis 39, Schmiedebr. Nr. 1 bis 23, Schuhbr. Nr. 13 bis 32 u. Nr. 53 bis 70.

Wahllokal: Magdalenen-Gymnas. a. d. Magdal.-Kirche, Sim. 3, part. rechts.

Wahlvorsteher: Stadtrath Anton Hübler.

Stellvertreter: Buchhändler und Bezirksvorsteher Abdolar Schrotty.

Wahl-Bezirk Nr. 11,

umfassend: Gerbergasse Nr. 8 und 9, Kupferschmiedestr. Nr. 18 bis 25, Meißergasse Nr. 10 bis 33, Oderstr. Nr. 9 bis 19, Schmiedebrücke Nr. 43 bis 55, Stockgasse Nr. 5 bis 12 und Nr. 18 bis 26, Ursulinenstr. Nr. 20 bis 28.

Wahllokal: Elisabet-Gymnasium, a. d. Elisabetkirche, Klasse I A, 1 Treppe links.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirksvorsteher Gustav Biller.

Stellvertreter: Goldschläger und Stadtverordneter Theodor Desmann.

Wahl-Bezirk Nr. 12,

umfassend: Altbüßerstr. Nr. 35 bis 42, Burgstr. Nr. 4 bis 7, Gerbergasse Nr. 10 und 11, Meißergasse Nr. 5 bis 9, Oderstr. Nr. 18 und 19, Ritterplatz Nr. 1 bis 4, Schmiedebrücke Nr. 24 bis 42, Schuhbr. Nr. 33 bis 36 und Nr. 38 bis 52, Stockgasse Nr. 13 bis 17, Universitätsplatz, Ursulinenstr. Nr. 1 bis 19 und 29.

Wahllokal: Höh. Mädchenschule am Ritterplatz Nr. 1, Kl. 4, 1 Tr. rechts.

Wahlvorsteher: Elementardirector Hermogenes Bielche.

Stellvertreter: Kaufmann Oskar Rumler.

Wahl-Bezirk Nr. 13,

umfassend: An den Kasernen Nr. 4, Koblenzstr. Nr. 9, Matthiasstr. Nr. 96 bis 99, An den Mühlen Nr. 5 bis 14, Rosenthalerstr. Nr. 15 und 18, Salzstr., Schießwerderstr. ungerade Nr. 1 bis 17, gerade Nr. 2 bis 12, Waffergasse, Am großen Wehr, Werderstr. Nr. 1 bis 15a und Nr. 25 bis 39, An der Wilhelmsbrücke.

Wahllokal: Kath. Elementarschule Nr. XIX, Matthiasstr. Nr. 1c, Klasse 6, part. rechts.

Wahlvorsteher: Particulier und Stadtverordneter Karl Müller.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Volze.

Wahl-Bezirk Nr. 14,

umfassend: Fährgasse, An den Kasernen Nr. 1/2 und 3, 5 bis 8 und Kasernen 3, 5, 6, 7, Werderstr. Nr. 16 bis 24 und Kasernen 2 und 4.

Wahllokal: Kath. Elementarschule Nr. XIX, Matthiasstr. Nr. 1c, Klasse 3, part. links.

Wahlvorsteher: Particulier und Bezirks-Armen-Director Karl Niembs.

Stellvertreter: Ofensfabrikant Robert Minzpost.

Wahl-Bezirk Nr. 15,

umfassend: Abolstr., Kleine Dreilindengasse Nr. 5, Kohlenstr. Nr. 1 bis 8 u. Nr. 10 bis 15, Magazinstr., Schießwerderpl. Nr. 32 u. 34, Schießwerderstr. ungerade Nr. 19 bis 69, gerade Nr. 14 bis 44, Kochs Wasserh.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 11, Am Wäldchen, Klasse 4, Südseite, part. rechts.

Wahlvorsteher: Particulier Robert Vahl.

Stellvertreter: Destillateur Heinrich Neumann.

Wahl-Bezirk Nr. 16,

umfassend: Große Dreilindengasse Nr. 1, Kleine Dreilindengasse Nr. 3, Heinrichstr. ungerade Nr. 1 bis 11, gerade Nr. 2 bis 10, Matthiasstraße Nr. 92 bis 95, Webgasse gerade Nr. 2 bis 62, Paulinenstr. Nr. 1 u. 2, Rosenthalerstr. Nr. 1a bis 14a und Nr. 16 und 17, Schrotgasse, Vincenzstraße Nr. 1/3/5/7, Am Wäldchen Nr. 1 bis 21 (incl. Schulhaus).

Zur Vollziehung der Wahl laden wir alle in den Wahllisten verzeichneten wählenden Wähler auf.

Montag, den 21. Februar 1887,

besteigt in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr, in die vorbezeichneten Wahllokale mit dem ausdrücklichen Bemerkung ein, daß die Wahlvorsteher gemäß § 17 des Reglements gehalten sind, um 6 Uhr Nachmittags die Abstimmung für geschlossen zu erklären, und daß, nachdem dies geschehen, keine Stimmentwurf mehr angenommen werden darf.

Jeder Stimmzettel muß von weinigem Papier und darf mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein; derselbe ist außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, zu versetzen und vor der Abgabe an den Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter derart zusammenzuhalten, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeutlicht ist.

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Wahlvorsteher: Maurermeister und Bezirksvorsteher Emil Schön.

Stellvertreter: Kaufmann Heinrich Krösch.

Wahl-Bezirk Nr. 32,

umfassend: Berlinerstr. Nr. 23 bis 50 und Metahof, Striegauerplatz Nr. 8.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 32, Berlinerstr. Nr. 30, Klasse 1, 1 Treppe links.

Wahlvorsteher: Bäckermeister und Bezirksvorsteher Johann Goldner.

Stellvertreter: Kaufmann Otto Mehlis.

Wahl-Bezirk Nr. 33,

umfassend: Berlinerstr. Nr. 18 bis 22 e und Nr. 51 bis 69, Mariannenstr.

Wahllokal: Ev. Elementarschule Nr. 36, Neue Oderstr. Nr. 12, Kl. 4, part. links.

Wahlvorsteher: Provinzial-Ausschuß-Sekretär August Feige.

Stellvertreter: Elementarschul-Rector Gustav Mayer.

Wahl-Bezirk Nr. 34,

umfassend: Berlinerplatz Nr. 1 bis 11 und Nr. 13 bis 19, Berlinerstr.

Nr. 1 bis 13 und Nr. 70 bis 79, Karlsstr. Nr. 1 und 3 und Nr. 7 bis 17, gerade Nr. 2 bis 18, Märkischestr. Nr. 1 bis 5, Schwerstr. ungerade Nr. 1 bis 17, gerade Nr. 4 bis 8 und Nr. 14 bis Ende.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 36, Neue Oderstr. Nr. 12, Klasse 5a, parterre rechts.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Bezirksvorsteher Hermann Grubl.

Stellvertreter: Feilenhauermeister und Bezirksvorsteher Wilhelm Sirowatky.

Wahl-Bezirk Nr. 35,

umfassend: Berlinerplatz Nr. 20, Friedrichstr. ungerade Nr. 87 bis 99,

Nr. 100 und 102, Gräbchenstr. Nr. 29 bis 43, Holteistr. Nr. 1, Siebenhüenerstr. Nr. 1 bis 25 b, Sonnenstr. Nr. 1.

Wahllokal: Evang. Elementarschule Nr. 25, Holteistr. Nr. 36, Klasse 5a/ba, Seiten